

VERFASSUNGS SCHUTZ BERICHT 1993



Bayerisches
Staatsministerium
des Innern

VERFASSUNGSSCHUTZ
BERICHT

BAYERN

19
93

Herausgeber
Bayerisches Staatsministerium des Innern
Odeonsplatz 3, 80539 München
RB Nr. 03 / 94 / 08

Druck
J. Gotteswinter, Buch- und Offsetdruck,
Joseph-Dollinger-Bogen 22, 80807 München

**Gedruckt auf Recyclingpapier
aus 100 % Altpapier**

Der jährlich erscheinende Verfassungsschutzbericht informiert zusammenfassend, aber ohne Anspruch auf Vollständigkeit über den politischen Extremismus und über Aktivitäten fremder Nachrichtendienste. Dieser Bericht gibt die Situation im Jahr 1993 wieder. Er gibt einen Überblick über Bestrebungen, die unmittelbar oder mittelbar gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung verfassungsmäßiger Organe des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben. Er informiert ferner über Vorhaben, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.

Der Bericht für das Jahr 1993 ist insgesamt durch einen Rückgang der bundesweit registrierten rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten gekennzeichnet. Die Welle fremdenfeindlicher Gewalt scheint den Höhepunkt überschritten zu haben. Die dennoch große Zahl von Gewalttaten und insbesondere der Brandanschlag am 29. Mai 1993 in Solingen, bei dem fünf Menschen den Tod fanden, zeigen aber, daß der Rechtsextremismus eine ernstzunehmende Bedrohung für die innere Sicherheit darstellt. Er ist Brutstätte menschenverachtender Gewalt und Nährboden für nationalistisch-rassistisch motivierte Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus.

Gefahren für den inneren Frieden drohen aber auch aus dem linksextremistischen Bereich. Hier liefern vielfach ausländergefeindliche Übergriffe dem linksextremistisch motivierten, vorwiegend von Autonomen getragenen militanten „Antifaschismus“ Anlaß zu gewalttätigen Angriffen auf erkannte und vermeintliche Rechtsextremisten. Schwere Gewalttaten haben ausländische Extremisten, insbesondere Anhänger der mittlerweile vom Bundesministerium des Innern verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans, verübt.

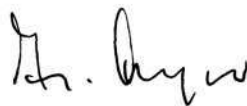
Die wehrhafte Demokratie braucht aufgeklärte Bürger, die über Gefahren unterrichtet sind, die unserem Staat durch Extremisten aller Schattierungen drohen. Der vorliegende Verfassungsschutzbericht soll dazu einen Beitrag leisten, indem er über Hintergründe, Zielsetzungen sowie Methoden des Extremismus informiert.

Trotz der im Bericht dokumentierten verfassungsfeindlichen und sicherheitsgefährdenden Bestrebungen hat sich unsere Demokratie auch im Jahr 1993 als stabil erwiesen. Dazu hat die Tätigkeit des Bayerischen Landesamts für Verfassungsschutz beigetragen. Wir danken den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landesamts für ihre engagierte Arbeit.

München im Mai 1994



Dr. Günther Beckstein
Staatsminister



Hermann Regensburger
Staatssekretär

Inhaltsverzeichnis

Verfassungsschutz in Bayern

1.	Gesetzliche Grundlagen	9
2.	Aufbau und Organisation	10
3.	Aufgaben des Verfassungsschutzes	10
4.	Informationsbeschaffung	11
5.	Kontrolle	12
6.	Verfassungsschutz durch Aufklärung	13

1. Abschnitt

Rechtsextremismus

1.	Allgemeines	15
1.1	Merkmale des Rechtsextremismus	15
1.2	„Die Republikaner“ als Beobachtungsobjekt	16
1.3	Entwicklung	17
2.	Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	19
2.1	Ideologisch-politischer Standort	19
2.2	Organisation	22
2.3	Aktivitäten	23
2.4	Junge Nationaldemokraten (JN)	24
3.	Deutsche Volksunion (DVU)	25
3.1	Ideologisch-politischer Standort	25
3.2	Organisation	29
3.3	Wahlbeteiligung	30
3.4	Sonstige Aktivitäten	30
4.	Deutsche Volksunion e.V. (DVU)	31
4.1	Ideologie und Organisation	31
4.2	Aktionsgemeinschaften der DVU	31
5.	Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH)	32
5.1	Ideologisch-politischer Standort	32
5.2	Organisation	33
6.	Neonazismus	34
6.1	Allgemeines	34
6.2	Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP)	37
6.3	Nationaler Block (NB)	40
6.4	Die Deutsche Freiheitsbewegung (DDF)	41
6.5	Neonazistisches Potential bei Skinheads	42
6.6	Neonazistische, antisemitische und sonstige rassistische Vorfälle	46
7.	Sonstige rechtsextremistische Organisationen	47

7.1	Wiking-Jugend (WJ)	47
7.2	Gesellschaft für Freie Publizistik (GFP)	48
7.3	Freundeskreis Ulrich von Hutten	49
8.	Organisationsunabhängige Publizistik	50
9.	Revisionismus-Kampagne	53
9.1	Ziele und Methoden	53
9.2	Entwicklung	53
9.3	Träger der Revisionismus-Kampagne	55
10.	Einfluß des ausländischen Rechtsextremismus	58
11.	Übersicht über erwähnenswerte rechtsextremistische Organisationen und Verlage sowie deren wesentliche Presseerzeugnisse	61

2. Abschnitt

Linksextremismus

1.	Allgemeines	65
2.	Marxisten-Leninisten und andere revolutionäre Marxisten	67
2.1	Überblick	67
2.2	Deutsche Kommunistische Partei (DKP)	68
2.2.1	Ideologisch-politischer Standort	68
2.2.2	Organisation	71
2.2.3	Bündnis- und Aktionseinheitspolitik, Betriebsarbeit	72
2.2.4	Sonstige Aktivitäten	73
2.3	Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)	74
2.3.1	Ideologische Ausrichtung der PDS	74
2.3.2	Gliederung der PDS	76
2.3.3	Aussagen und Aktivitäten der PDS und ihrer Funktionäre	78
2.4	Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD (AB)	80
2.5	Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)	82
3.	Autonome, Anarchisten und sonstige Sozialrevolutionäre	84
3.1	Überblick	84
3.2	Autonome	84
3.3	Publikationen	88
3.4	Aktivitäten autonomer Gruppen in Bayern	91
4.	Bündnisse gegen Rassismus	92
5.	Übersicht über erwähnenswerte linksextremistische und linksextremistisch beeinflusste Organisationen sowie deren wesentliche Presseerzeugnisse	93

3. Abschnitt

Extremistische und sicherheitsgefährdende Bestrebungen von Ausländern

1.	Allgemeines	97
2.	Kurdische Gruppen	98
2.1	Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)	98
2.2	KOMKAR – Verband der Vereine aus Kurdistan e. V.	105
3.	Türkische Gruppen	106
3.1	Linksextremisten	106
3.1.1	Türkische Kommunistische Partei/ Marxisten-Leninisten (TKP/ML)	106
3.1.2	Devrimci Sol (Revolutionäre Linke)	108
3.2	Extreme Nationalisten	110
3.3	Islamische Extremisten	111
4.	Iranische Gruppen	114
5.	Übersicht über erwähnenswerte extremistische Organisationen von Ausländern, deren Neben- und beeinflusste Organisationen sowie deren wesentliche Presseerzeugnisse	116

4. Abschnitt

Terror und sonstige politisch motivierte Gewalt

1.	Entwicklung im Bundesgebiet	120
1.1	Rechtsextremistische Gewalt	120
1.2	Linksextremistische Gewalt	123
1.3	Gewalttaten ausländischer Extremisten	125
2.	Politisch motivierte Gewalt in Bayern	125
2.1	Rechtsextremistische Gewalt	126
2.2	Linksextremistische Gewalt	131
2.3	Gewalt zwischen Links- und Rechtsextremisten	132
2.4	Gewalttaten ausländischer Extremisten	135
3.	Rote Armee Fraktion (RAF)	138
3.1	Aktivitäten der RAF	138
3.2	Spaltung der RAF	140
4.	Revolutionäre Zellen (RZ)	143

5. Abschnitt

Spionageabwehr

1.	Ausgangslage	144
2.	Nachrichtendienstliche Aktivitäten der GUS-Staaten	144
2.1	Rußland	144
2.2	Ukraine	146
2.3	Weißrußland	146
3.	Sonstige fremde Nachrichtendienste	147
3.1	Polen	147
3.2	Rumänien	147
3.3	Andere ehemalige Satellitenstaaten	148
3.4	China	148
3.5	Nachrichtendienstliche Bedrohung aus dem Nahen und Mittleren Osten	149
4.	Aufarbeitung der ehemaligen DDR-Nachrichtendienste	150
5.	Ausblick	150

Anhang 1

Entwicklung des Mitgliederpotentials extremistischer Organisationen im Bundesgebiet und in Bayern in den letzten zehn Jahren	152
--	-----

Anhang 2

Stichwortverzeichnis	154
----------------------------	-----

Verfassungsschutz in Bayern

Einführung

Der Verfassungsschutz dient dem Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes und der Sicherheit des Bundes und der Länder. Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ist unter der freiheitlichen demokratischen Grundordnung eine Ordnung zu verstehen, die unter Ausschluß jeglicher Gewalt- und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und Gleichheit darstellt. Zu den grundlegenden Prinzipien dieser freiheitlichen Grundordnung gehören mindestens

*Prinzipien
der freiheitlichen
demokratischen
Grundordnung*

- **die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten**
- **die Volkssouveränität**
- **die Gewaltenteilung**
- **die Verantwortlichkeit der Regierung**
- **die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung**
- **die Unabhängigkeit der Gerichte**
- **das Mehrparteienprinzip**
- **die Chancengleichheit für alle politischen Parteien**
- **das Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.**

Der Verfassungsschutz hat den gesetzlichen Auftrag, Bestrebungen, die sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richten, zu beobachten. Er informiert die Verantwortlichen frühzeitig über davon ausgehende Gefahren. Er versetzt die zuständigen staatlichen Stellen damit in die Lage, verfassungsfeindliche Kräfte rechtzeitig und angemessen zu bekämpfen.

1. Gesetzliche Grundlagen

Die Aufgaben und Befugnisse des Verfassungsschutzes sind gesetzlich genau festgelegt. Rechtsgrundlage für das Bundes-

*Aufgaben
und Befugnisse*

amt für Verfassungsschutz und zugleich für die Zusammenarbeit mit den Landesbehörden für Verfassungsschutz ist das „Gesetz über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes und über das Bundesamt für Verfassungsschutz“ (BVerfSchG) vom 20. Dezember 1990 (BGBl. I S. 2970). In diesem Gesetz hat der Bundesgesetzgeber die von Bund und Ländern auf dem Gebiet des Verfassungsschutzes gemeinsam zu erfüllenden Aufgaben definiert. Neben diesem Bundesgesetz bestehen in allen Ländern eigene Verfassungsschutzgesetze. Diese Gesetze regeln die Aufgaben und Befugnisse der jeweiligen Landesbehörden. In Bayern regelt das „Bayerische Verfassungsschutzgesetz“ (BayVSG) vom 24. August 1990 (BayRS 12-1-I), das in dieser Neufassung am 1. November 1990 in Kraft getreten ist, die Aufgaben und Befugnisse des Bayerischen Landesamts für Verfassungsschutz.

2. Aufbau und Organisation

Das Bayer. Landesamt für Verfassungsschutz in München ist dem Bayer. Staatsministerium des Innern unmittelbar unterstellt. Das in fünf Abteilungen gegliederte Landesamt für Verfassungsschutz wird von einem Präsidenten geleitet. Als Personalstand des Amtes wurden im Haushaltsplan 1993 insgesamt 427 Stellen für Beamte, Angestellte und Arbeiter ausgewiesen. Das Haushaltsvolumen 1993 betrug 33 Millionen DM.

3. Aufgaben des Verfassungsschutzes

Nach dem BayVSG hat die Behörde im wesentlichen den Auftrag,

- Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind,
- sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeit für eine fremde Macht (Sabotage und Spionage) und

Beobachtungsauftrag

- Bestrebungen, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden,

zu beobachten.

Darüber hinaus wirkt das Landesamt für Verfassungsschutz u. a. bei Sicherheitsüberprüfungen mit.

Im Mittelpunkt der Beobachtung stehen Aktivitäten von extremistischen Organisationen. Dabei müssen allerdings zwangsläufig auch die handelnden Personen, die Mitglieder dieser Organisationen sind oder deren Aktivitäten unterstützen, erfaßt werden. Aber auch die Beobachtung von „Einzeltätern“, z.B. im Bereich des rechtsextremistischen Revisionismus, ist zulässig.

4. Informationsbeschaffung

Zur Erfüllung seines gesetzlichen Auftrags ist der Verfassungsschutz verpflichtet, Informationen zu beschaffen, auszuwerten und zu speichern. Diese Nachrichten werden zum weit überwiegenden Teil aus offenen Quellen gewonnen (z.B. aus Zeitungen, Zeitschriften, Flugblättern, Programmen, Broschüren und sonstigem Material). Etwa 20% der Informationen werden durch Anwendung nachrichtendienstlicher Mittel beschafft. Zu den nachrichtendienstlichen Mitteln gehören z.B.

- der Einsatz verdeckt arbeitender Vertrauensleute (V-Leute) in extremistischen Vereinigungen,
- das kontinuierliche Beobachten verdächtiger Personen (Observation) sowie
- verdeckte Bild- und Tonaufzeichnungen.

Eingriffe in das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Öffnen von Briefen, Abhören von Telefongesprächen) sind besonders strengen rechtsstaatlichen Anforderungen unterworfen. Sie sind in einem eigenen Gesetz geregelt, das nach dem Grundrecht des Brief- und Fernmeldegeheimnisses „Gesetz zu Art. 10 Grundgesetz“ (G 10) genannt wird. Ein Verfahren mit

*Quellen
des Verfassungs-
schutzes*

mehreren voneinander unabhängigen Kontrollinstanzen stellt sicher, daß in dieses Grundrecht nur eingegriffen wird, wenn die im Gesetz genannten besonderen Gründe vorliegen. Die gleichen Sicherungen gelten für den Einsatz besonderer technischer Mittel im Schutzbereich des Art. 13 GG, also für den Einsatz verdeckter Mikrofone oder Kameras in Wohnungen und Büros.

Verfassungsschutz hat keine polizeilichen Befugnisse

Dem Verfassungsschutz stehen jedoch keine polizeilichen Befugnisse zu. Polizeibehörden und Verfassungsschutz sind in der Bundesrepublik Deutschland voneinander getrennt. Deshalb dürfen die Mitarbeiter des Verfassungsschutzes keinerlei Zwangsmaßnahmen wie z.B. Festnahmen, Durchsuchungen, Beschlagnahmen usw. durchführen. Verfassungsschutzbehörden dürfen auch keiner polizeilichen Dienststelle angegliedert werden. Die notwendige informationelle Zusammenarbeit zwischen Polizei und Verfassungsschutz wird dadurch nicht beeinträchtigt. Erscheint aufgrund der dem Verfassungsschutz vorliegenden Informationen ein polizeiliches Eingreifen erforderlich, so wird die zuständige Polizeidienststelle von den Beobachtungen unterrichtet. Diese entscheidet dann selbständig, ob und welche Maßnahmen zu treffen sind.

Vielfältige Kontrollen

5. Kontrolle

Die Tätigkeit der Verfassungsschutzbehörden unterliegt auf verschiedenen Ebenen einer vielfältigen Kontrolle. Dazu gehört die allgemeine parlamentarische Kontrolle, die durch die Berichtspflicht des verantwortlichen Ministers gegenüber dem Landtag im Rahmen von aktuellen Stunden, Anfragen von Abgeordneten, Petitionen usw. ausgeübt wird. Spezifische Kontrollen obliegen der Parlamentarischen Kontrollkommission (PKK) und der G 10-Kommission. Die Verwaltungskontrolle erfolgt durch den Innenminister im Rahmen der Dienst- und Fachaufsicht, ferner durch den Landesbeauftragten für Datenschutz und den Bayerischen Obersten Rechnungshof. Diese Kontrollen werden ergänzt durch eine mögliche gerichtliche Nachprüfung im Falle belastender Einzelmaßnahmen sowie durch Presse, Funk und Fernsehen.

6. Verfassungsschutz durch Aufklärung

Der Schutz unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung kann dauerhaft nur durch eine geistig-politische Auseinandersetzung mit dem Extremismus gesichert werden. Dem Verfassungsschutz kommt dabei eine wesentliche Bedeutung zu. Seine Tätigkeit gewährleistet, daß Regierung und Parlament, aber auch die Bürger über Aktivitäten und Absichten verfassungsfeindlicher Organisationen informiert werden. In Bayern werden die Aufgaben des „Verfassungsschutzes durch Aufklärung“ durch das Innenministerium mit Unterstützung des Landesamtes für Verfassungsschutz durchgeführt. Die Tätigkeit wird durch zwei gemeinnützige Vereine unterstützt, die 1993 wiederum zahlreiche Vorträge und Seminare zu Themen des politischen Extremismus und des Verfassungsschutzes durchführten. Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit können kostenlos der Verfassungsschutzbericht sowie weitere Informationsbroschüren zur Verfügung gestellt werden.

*Aufklärungs-
tätigkeit*

Vor dem Hintergrund der erschreckenden Zunahme überwiegend politisch motivierter Gewalttaten gegen Ausländer und ihre Unterkünfte beschlossen die Innenminister des Bundes und der Länder 1992 eine gemeinsame Aufklärungskampagne gegen Extremismus und Fremdenfeindlichkeit. Ziel dieser Kampagne war die Aufklärung über den Extremismus und seine Gefahren, über Fremdenfeindlichkeit, über Rassismus und Antisemitismus als Elemente rechtsextremistischer Ideologie und Propaganda.

*Aufklärungs-
kampagne*

Die Kampagne richtete sich vor allem an Jugendliche, um für mehr Toleranz, ein besseres gesellschaftliches Miteinander und den überragenden Wert der Demokratie zu werben. Die Kampagne wurde am 26. März 1993 mit einer bundesweiten Plakataktion (Großflächenplakate) mit dem Logo „FAIRSTÄNDNIS – Menschenwürde achten – gegen Fremdenhaß“ eingeleitet. Sie wurde unterstützt durch zentral gesteuerte Anzeigenschaltungen in Jugendzeitschriften und Schülerzeitun-



gen sowie durch die Erstellung des Lehrer- und Schülerheftes „Halt! Keine Gewalt“. An der Gesamtauflage dieses Schülerheftes von über 1,8 Millionen Exemplaren waren die bayerischen Schulen mit rund 202.000 Exemplaren beteiligt. Als weitere Werbemittel wurden in Bayern u.a.

13.000 Poster,
85.000 Bogen Aufkleber,
60.000 Buttons

verteilt. In die Verteilungsaktion einbezogen waren alle bayerischen Ministerien, ferner die Regierungen, Landratsämter, kreisfreien Städte und Gemeinden, die Polizeidienststellen sowie die Universitäten und Schulen. Ab September 1993 fanden auch zentral gesteuerte Werbeaktionen in ausgesuchten Großdiscotheken und Musikgaststätten statt. Seit Dezember 1993 werden in Kooperation mit einer Fernsehanstalt Fernsehspots zu dem Thema „FAIRSTÄNDNIS“ ausgestrahlt.

Verfassungsschutz- bericht

Teil der Öffentlichkeitsarbeit ist auch dieser Verfassungsschutzbericht, der in den folgenden Abschnitten über Rechts-
extremismus, Linksextremismus sowie über extremistische
und sicherheitsgefährdende Bestrebungen von Ausländern,
ferner über Terror und politisch motivierte Gewalt sowie über
Spionage informiert.

1. Abschnitt

Rechtsextremismus

1. Allgemeines

1.1 Merkmale des Rechtsextremismus

Der Rechtsextremismus verfügt im Gegensatz zum Linksextremismus, der im Marxismus-Leninismus ein geschlossenes, inzwischen allerdings weitgehend obsolet gewordenes ideologisches Weltbild vorfand, über kein vergleichbar gefestigtes theoretisches System. Die Bestrebungen rechtsextremistischer Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland sind im wesentlichen dadurch gekennzeichnet, daß sie die Grundlagen der Demokratie ablehnen und – aus taktischen Gründen meist nicht offen erklärt – eine totalitäre Regierungsform unter Einschluß des Führerprinzips anstreben, die mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht zu vereinbaren ist. Bestimmende Merkmale des organisierten Rechtsextremismus sind vor allem

- die pauschale Überbewertung der Interessen der „Volksgemeinschaft“ zu Lasten der Interessen und Rechte des Einzelnen, die auf eine Aushöhlung der Grundrechte abzielt (völkischer Kollektivismus),
- ein den Gedanken der Völkerverständigung mißachtender Nationalismus,
- die offene oder verdeckte Wiederbelebung des Antisemitismus und anderer rassistischer Thesen, die mit dem Schutz der Menschenwürde und dem Gleichheitsprinzip nicht vereinbar sind,
- immer wiederkehrende Versuche, die nationalsozialistische Gewaltherrschaft unter Herausstellung angeblich positiver Leistungen des Dritten Reiches zu rechtfertigen, die Widerstandskämpfer gegen das NS-Regime zu diffamieren und die Verbrechen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft zu verschweigen, zu verharmlosen oder sogar zu leugnen.

- Hinzu kommt die allen Extremisten gemeinsame planmäßige Verunglimpfung der bestehenden Staatsform und ihrer Repräsentanten in der Absicht, den überragenden Wert der freiheitlichen demokratischen Grundordnung in den Augen der Bevölkerung zu erschüttern.

Im Bereich des unorganisierten Rechtsextremismus treten vor allem Angehörige der neonazistisch geprägten Skinheadszone durch menschenverachtende Gewalt insbesondere gegen Ausländer in Erscheinung.

Diese Merkmale sind nicht gleichmäßig bei allen Rechtsextremisten zu beobachten. Manchmal sind nur Teilaspekte bestimmend; auch die Intensität und die Mittel des Kampfes gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung sind unterschiedlich. Auch einzelne der genannten Merkmale können tatsächliche Anhaltspunkte liefern, die eine Beobachtung durch den Verfassungsschutz rechtfertigen. Dies gilt z.B. für die Partei „Die Republikaner“.

1.2 Die Partei „Die Republikaner“ als Beobachtungsobjekt der Verfassungsschutzbehörden

Prüffall „Die Republikaner“

Die Partei „Die Republikaner“ (REP) wird seit Mitte Dezember 1992 von den Behörden für Verfassungsschutz beobachtet, weil tatsächliche Anhaltspunkte für eine verfassungsfeindliche Zielsetzung der REP vorliegen. Der Bayer. Verwaltungsgerechtshof hat mit Entscheidung vom 7. Oktober die Zulässigkeit der Beobachtung der Partei mit nachrichtendienstlichen Mitteln bestätigt, weil in der Partei Ausländerfragen teilweise in gegen die Menschenwürde verstoßender Weise behandelt werden. Wie ein roter Faden ziehe sich durch die Reden und Schriften der REP nicht nur die Auffassung, daß zu viele Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland lebten und zuzögen, sondern es würden dabei – zu häufig, um es als „Entgleisungen“ einzelner Personen ansehen zu können – Ausländer und/oder Asylbewerber in extrem diskriminierender Weise als Schmarotzer der Arbeit deutscher Bürger und des deutschen Sozialsystems sowie pauschal als Kriminelle dargestellt. Das Gericht erwähnte als Beispiele hierfür das sog.

„Neue Deutschlandlied“ und ein weiteres die Ausländer verunglimpfendes Gedicht. Die Prüfung, ob die REP bundesweit als rechtsextremistische Partei einzustufen sind, dauert noch an; einige Länder haben aufgrund der überwiegend aus den dortigen Landesverbänden gewonnenen Erkenntnisse diese Frage bereits bejaht.

Die Partei zählt in Bayern rund 6.000 Mitglieder. Sie ist in acht Bezirksverbände und 80 Kreisverbände gegliedert. Als Parteiorgan erscheint mit einer Auflage von 135.000 Exemplaren die Zeitung „Der Republikaner“.

1.3 Entwicklung

Die zahlenmäßige Entwicklung der rechtsextremistischen Gruppierungen in Bayern und ihrer Mitgliederstärken ist aus der folgenden Übersicht zu ersehen (erkannte Mehrfachmitgliedschaften sind durch Abzug bereits berücksichtigt).

	1991	1992	1993
Anzahl der Organisationen	23	23	22
Mitgliederstärke			
NPD mit JN und NHB	1.110	870	860
DVU*	3.100	3.100	3.100
Neonazistische Organisationen	200	200	100
Sonstige Organisationen	310	440	440
	4.720	4.610	4.500
Neonazistische Einzelaktivisten	20	20	40
rechtsextr. Skinheads	160	240	300
Erkannte Rechtsextremisten insgesamt**	4.900	4.870	4.840

Hinweise:

* Die Mitglieder der aufgrund einer Satzungsänderung der DVU (Partei) angeschlossenen Deutschen Volksunion e.V. (DVU) einschließlich ihrer Aktionsgemeinschaften sind mit eingerechnet.

** Nicht berücksichtigt sind wegen des noch nicht abgeschlossenen Prüfverfahrens die rund 6.000 Mitglieder der Partei „Die Republikaner“.

Ähnlich wie im Vorjahr stellten die Deutsche Volksunion (DVU) mit dem ihr angeschlossenen gleichnamigen Verein und die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) einschließlich ihrer Jugend- und ihrer Studentenorganisation in Bayern über 80 Prozent des gesamten rechtsextremistischen Potentials. Bei Wahlen ist es der DVU nicht mehr gelungen, an die Erfolge der Vorjahre anzuknüpfen. Die insbesondere von der NPD initiierten Bemühungen um ein Bündnis des rechtsextremistischen Lagers für das Wahljahr 1994 blieben bislang ergebnislos.

Im Bereich des organisierten Neonazismus sind in Bayern die Mitgliederzahlen aufgrund der Ende 1992 bzw. Mitte 1993 verfügten Verbote der Nationalistischen Front (NF), der Deutschen Alternative (DA), der Nationalen Offensive (NO) und des Nationalen Blocks (NB) um rund 50 Prozent zurückgegangen. Soweit sich ehemalige Mitglieder der verbotenen Gruppen noch extremistisch betätigen, sind sie den neonazistischen Einzelaktivisten zuzurechnen. Der deutliche Anstieg von rund 25 Prozent bei den neonazistischen Skinheads beruht zum Teil auf einem verbesserten Erkenntnisstand.

Die rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten sind bundesweit um etwa 15 Prozent zurückgegangen; in Bayern stagnierten sie auf dem relativ niedrigen Vorjahresniveau (vgl. 4. Abschnitt). Die Mehrzahl der meist jugendlichen Täter trat erstmals in Erscheinung. Eine Steuerung der Gewalttaten durch rechtsextremistische Organisationen war nicht erkennbar; allerdings hat vor allem deren fremdenfeindliche Agitation zu einer Senkung der Hemmschwelle beigetragen. Nach wie vor stellt damit der Rechtsextremismus eine ernstzunehmende Bedrohung für die innere Sicherheit und das internationale Ansehen Deutschlands dar. Er ist unverändert Brutstätte brutaler, menschenverachtender Gewalt und Nährboden für Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und nationalistische Exzesse. Einen neuen Gefährdungsfaktor bilden organisationsübergreifende Vernetzungsbestrebungen auf der Basis der Nutzung moderner Kommunikationsmittel. Unverminderter Aufmerksamkeit bedarf insbesondere der sich abzeichnende Aufbau eines bundesweiten Nachrichten- und Informationssystems mittels Info-Telefonen und Mailboxen, aber auch die

forcierte Anti-Antifa-Kampagne, die zur Gewalt gegen politische Gegner aufstachelt und sich als Reaktion auf die links-extremistische Antifaschismusbewegung und deren Gewalt gegen Rechtsextremisten versteht.

Die Mitgliederentwicklung im Bundesgebiet und in Bayern in den letzten zehn Jahren ist im Anhang 1 dargestellt.

2. Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

2.1 Ideologisch-politischer Standort

Obwohl die NPD in ihren Ende Mai 1992 unter der Bezeichnung „Nationaldemokratisches Manifest“ aktualisierten programmatischen Aussagen einen „demokratisch“ organisierten Staat fordert und dabei insbesondere die Volkssouveränität betont, lehnt sie wesentliche Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung ab. Trotz ihres Lippenbekenntnisses zum Grundgesetz erstrebt sie in Wirklichkeit einen Staat mit einer von völkisch-kollektivistischen Strukturen bestimmten Volksgemeinschaft, womit sie an ein Leitbild anknüpft, das wesentlicher Bestandteil der nationalsozialistischen Ideologie war. Die Unterschiede zwischen der Staats- und Gesellschaftsordnung des Grundgesetzes und den Vorstellungen der NPD beruhen vor allem auf unvereinbar gegensätzlichen Auffassungen zur Stellung des Einzelnen in der Gemeinschaft und zur Stellung des Staates ihm gegenüber. Die NPD gibt dem Staat vor dem Einzelnen den Vorrang. Diese Betrachtungsweise läuft dem Rang der in Art. 1 des Grundgesetzes normierten Menschenwürde, insbesondere dem daraus resultierenden Primat des Individuums vor dem Staat, zuwider. Die pauschale Überbewertung der „Volksgemeinschaft“ im Sinne eines völkischen Kollektivismus und die Absicht, Interessengegensätze innerhalb der Gesellschaft durch die uneingeschränkte Unterordnung des Einzelnen unter nicht näher definierte Gemeinschaftsinteressen aufzuheben, stehen außerdem in unauflösbarem Gegensatz zur Verbindlichkeit der Grundrechte gegenüber jeder Form staatlicher Gewalt.

*Völkischer
Kollektivismus*

Nationalismus und Rassismus



Aufkleber der NPD

Ferner lassen Veröffentlichungen der Partei nach wie vor rassistische und nationalistische Zielsetzungen und Denkweisen erkennen. Ihre für Rechtsextremisten charakteristische Ablehnung alles Andersartigen, hinter der sich die Überzeugung von der Höherwertigkeit der eigenen Rasse und Nation verbirgt, versucht die NPD unter Berufung auf die „Vielfalt des

Lebens und seiner Erscheinungen“ zu rechtfertigen, wobei sie sich als Gegnerin des „längst überholten Dogmas von der angeblichen Gleichheit aller Menschen“ präsentiert. Entsprechend dieser Grundeinstellung, die auf eine mit Art. 3 Abs. 3 des Grundgesetzes unvereinbare Rassendiskriminierung hinausläuft, behandelt die Partei das Ausländer- und Asylantenproblem auch nach der Änderung des Art. 16 des Grundgesetzes vorwiegend unter dem Gesichtspunkt der „Überfremdung“ und vertritt die Auffassung, die als Integration getarnte „Zwangsgermanisierung“ der hier lebenden Ausländer bedrohe die „deutsche Volkssubstanz“. Während „unser Land mit Hunderttausenden von Fremden überschwemmt“ werde und die „ethnische Einheit Deutschlands“ bereits ernsthaft in

Frage gestellt sei, strebten „politische Machthaber dieses Landes bewußt und offen die Einführung multinationaler und multirassischer Verhältnisse an“. In dieselbe Richtung weisen Aufrufe wie „Stoppt die Ausländer-Republik“ und „Ja zu Deutsch-Land, Nein zu Exoten-Land!“ sowie die gegen die „Zeugungs- und Geburtenfreudigkeit der Ausländer“ gerichtete Forderung „Kindergeld nur für deutsche Staatsbürger!“. Deutschland werde immer mehr zum „Taubenschlag“, aus dem die halbe Welt ihr Futter hole, weil die politisch Verantwortlichen das deutsche Volk zu „Fußabtreter der Welt“ herabwürdigten. Dabei ließen sich etliche Milliarden Mark sparen, sofern die Bundesregierung begriffe, daß „Deutschland nicht das Sozialamt der Welt“ sei und eine Entlastung des Haushalts nicht dadurch erreicht werde, daß wir „jedem Negerstamm in Obervolta Millionen in den Hi... pusten“.

NS-Apologie

Im Bereich der NS-Apologie lag der Schwerpunkt der Agitation in der Polemik gegen die Strafbarkeit der „Auschwitz-Lüge“. So behauptete die NPD, die „Siegertribunale“ hätten

„deutsche Kriegsschuld und -verbrechen (und zwar ausschließlich deutsche) zu offenkundigen Tatsachen erklärt“, die keiner Beweise bedürften. Nunmehr sei auch die Bundesregierung „auf Weisung der Alliierten dazu übergegangen, bestimmte öffentlich geäußerte politische Ansichten unter Abweisung sämtlicher Beweisanträge wegen Offenkundigkeit der Tatsachen gerichtlich zu verfolgen“. Immer öfter würden „historische Meinungsäußerungen über bestimmte Vorgänge in der Zeit der NS-Herrschaft, die ohnehin umstritten“ seien, strafrechtlich unterdrückt.

Zu den Hauptangriffszielen der Partei gehören nach wie vor die demokratischen Institutionen der Bundesrepublik Deutschland und ihre Repräsentanten. Dabei tritt an die Stelle konstruktiver Kritik eine bewußt entstellende und überspitzt verallgemeinernde Form der Darstellung. So nannte die NPD den bayerischen Ministerpräsidenten einen „bürgerlich-rechten Wadlbeißer“ und behauptete, in Bayern vollziehe sich „der Schritt vom historischen Austrofaschismus zum real existierenden Bavaro-Faschismus“. Andere demokratische Politiker bezeichnete sie als „Politbonzen“, „etablierte Heuchler“, „Politversager“, „Überfremdungsextremisten“ und „Mata-dore des real vegetierenden Systems“. Ferner erklärte sie, der „Selbstbedienungsladen der Regierenden und aller Bundestagsparteien“ laufe wie geschmiert, während die „Bonner Beutelschneiderei“ gerade die sozial Schwachen besonders hart treffe. „Lug und Betrug“, „Schmarotzertum und Parasiten“ kennzeichneten die politische Wirklichkeit dieser von „Affären, Filz und Kumpaneie“ geprägten „verlotterten Republik“ und ihrer Bonner Parteien, die „zu allem fähig, aber zu nichts zu gebrauchen“ seien. Diese Flut von Beschimpfungen, die alle im Bundestag vertretenen Parteien trifft, läßt erkennen, daß die NPD die Prinzipien des Mehrparteiensystems und der Chancengleichheit der Parteien trotz ihres formalen Bekenntnisses zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung ablehnt.

Die Eskalation rechtsextremistisch motivierter Gewalt ist nach Auffassung der NPD eine „mittelbare Folge der gegen den Mehrheitswillen der Deutschen gehandhabten Asyl- und Ausländerpolitik“. Dieselben „Scheinheiligen“, die den „linken

*Diffamierung
demokratischer
Institutionen*

*Haltung
zur Gewalt*

und ausländischen Mob bis zur Raserei“ aufstachelten, wenn es Versammlungen Andersdenkender zu verhindern gelte, heuchelten umgekehrt Fassungslosigkeit, wenn „einige versprengte junge Leute, denen man bewußt kein anderes Ventil ließ, in Gewaltaktionen durchdrehen“. „Betroffenheitsgehebe“ und „Terror“ könnten indes „Volksbewegungen“ insbesondere „gegen die gezielte Überfremdung des eigenen Landes“ nicht aufhalten. Für die Anschläge von Mölln und Solingen, die „am allerwenigsten mit nationalen Parteien zu tun“ hätten, seien „ausschließlich diejenigen verantwortlich“, die „gegen den Willen der übergroßen Mehrheit der deutschen Bevölkerung aus diesem Land einen Vielvölkerstaat gemacht“ hätten und nun angesichts der katastrophalen Folgen dieser „verbrecherischen Politik“ Sündenböcke suchten. Angesichts dieser Agitation, die Sympathien zumindest für die Motive der Gewalttäter signalisiert, bestehen weiterhin begründete Zweifel am verbalen Bekenntnis der NPD zur Gewaltlosigkeit.

2.2 Organisation

Die NPD gliedert sich derzeit in 15 Landesverbände, die wiederum in Bezirks- und Kreisverbände unterteilt sind. Die Partei konnte die personellen Verluste der letzten Jahre nicht egalisieren. Sie zählte Ende 1993 bundesweit wie im Vorjahr rund 5.000 Mitglieder. Parteivorsitzender ist seit Juni 1991 Günter Deckert aus Weinheim; er wurde auf dem Bundesparteitag am 18. September in Copenbrügge/Niedersachsen in seiner Funktion bestätigt. Seine Stellvertreter sind Walter Bachmann aus Regensburg, Udo Holtmann aus Oberhausen und Thomas Salomon aus Berlin.

Stagnierende
Mitgliederzahl

Parteiorgan der NPD

Deutsche Stimme
Blattwoche Nr. 2/90 Nationaldemokratische Zeitung E 9077 F 18. Jahrgang Ausgabe Juli/August 1990

Betrug am deutschen Steuerzahler geht weiter!

Aktuell

- Ist das System am Ende?
- Seite B
- Einigkeit! - Angewandte Politik
- Seite B
- Ehrlich von Bewusstseinsgehalt
- Seite B
- Diebst. Arbeiter - Blasenmacher
- Seite C
- Diebst. des Staates?
- Seite C
- RRP für Ausländer?
- Seite C
- Arbeiter verlassen den DGB
- Seite D
- Deutsche Chose Trite, macht
- Seite B
- SATI manipuliert
- Seite B

Der Landesverband Bayern mit Sitz in München zählt wie im Vorjahr rund 800 Mitglieder (ohne JN und NHB). Er gliedert sich in sieben Bezirks- und rund 50 Kreisverbände, von denen aber mehr als die Hälfte nicht aktiv ist. Landesvorsitzender ist der Diplom-Politologe Udo Voigt aus Moosburg a.d. Isar.

*Organisation
in Bayern*



2.3 Aktivitäten

Der Bundesparteitag der NPD, der ursprünglich am 5./6. Juni in Pocking, Landkreis Passau, stattfinden sollte, wurde am 3. Juni auf Veranlassung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern vom Landratsamt Passau verboten, weil die verfügbaren Kräfte der Polizei bereits anderweitig gebunden und daher nicht in der Lage waren, zu erwartende gewaltsame Auseinandersetzungen mit Gegen-demonstranten wirksam zu unterbinden. Der Antrag der NPD, die aufschiebende Wirkung ihres Widerspruchs gegen das für sofort vollziehbar erklärte Verbot wieder herzustellen, blieb vor dem Bayerischen Verwaltungsgerichtshof erfolglos. Der Parteitag wurde daraufhin abgesagt. Die NPD bezeichnete das Verbot als „ungeheuerlichen Anschlag auf die Rechte einer zugelassenen demokratischen Partei“ und behauptete, die Bayerische Staatsregierung habe damit „die Verfassung praktisch zur Makulatur erklärt“. Solche „kriminellen Methoden“ seien indes nicht geeignet, politische Veränderungen in Deutschland aufzuhalten.

Unter dem Motto „Aufbruch 2000“ hielt die bayerische NPD am 3. Juli in Mainburg, Landkreis Kelheim, ihren Landesparteitag ab, an dem sich rund 100 Delegierte und Gäste beteiligten. In einer einstimmig angenommenen EntschlieÙung forderte der Parteitag den Rücktritt des bayerischen Innenministers wegen seines angeblich „rechtswidrigen Verhaltens“ beim „offenkundig verfassungswidrigen“ Verbot des geplanten NPD-Bundesparteitags am 5./6. Juni in Pocking. Der bayerische Landesvorsitzende Udo Voigt äußerte in seinem Rechenschaftsbericht, dieses Verbot zeige, daß autonome Gewalttäter im bayerischen Innenminister offenbar

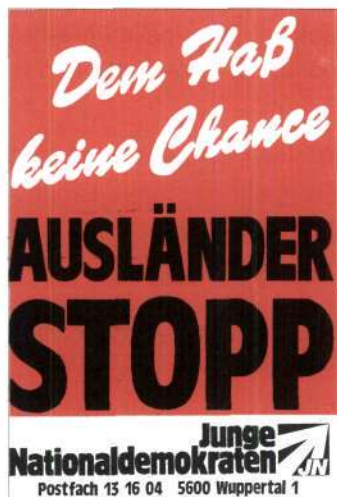
einen Bündnispartner gefunden hätten. Als Gastredner trat der britische Schriftsteller David Irving auf. Er kritisierte das gegen ihn im Januar 1993 von der Landeshauptstadt München verfügte eingeschränkte Redeverbot, das ihm insbesondere die Verbreitung revisionistischer Thesen untersagte, und sah in diesem „Angriff auf die Meinungs- und Informationsfreiheit“ einen „Beweis für die tatsächliche Ausländerfeindlichkeit in Deutschland“.

2.4 Junge Nationaldemokraten (JN)

Die JN als Jugendorganisation der NPD sind nach ihrem Statut zur aktiven Mitarbeit in den Gremien der NPD verpflichtet. Obwohl sie sich in Ideologie und Zielsetzung zum Programm der Mutterpartei bekennen, sind sie mitunter um mehr Eigenständigkeit bemüht. Auch artikulieren und verhalten sie sich in der Öffentlichkeit wesentlich aggressiver. Die JN verstehen sich als „Vorhut des anderen Deutschland, des neuen Reiches“. Als „nationalistische Gesinnungs- und Kampfgemeinschaft“ wollen sie „nicht Bestandteil des Systems sein“, sondern dieses „künstliche Gebilde der Siegermächte“ durch einen „nationalistischen Volksstaat“ ersetzen und auf diese Weise die „Wiederauferstehung unseres Vaterlandes, unseres Volkes, des Reiches“ einleiten.

Ideologisch-politischer Standort unverändert

Aufkleber der JN



Die durch Führungsschwächen und Mitgliederverluste bedingte Krise der JN hielt an. Ende 1993 zählten die JN bundesweit wie im Vorjahr rund 200 Mitglieder, davon etwa 50 (1992: 60) in Bayern. Auf dem 22. ordentlichen Bundeskongreß am 27. Februar in der Nähe von Gelnhausen/Hessen wählten die Delegierten Andreas Storr aus Berlin, der die JN seit Mitte 1992 kommissarisch geleitet hatte, zum neuen Bundesvorsitzenden. Sein Stellvertreter ist der niedersächsische Landesvorsitzende Holger Apfel aus Hildesheim. Der Landesverband Bayern gliedert sich in die beiden „Regionalen Aktionsgruppen“ (RAG) Franken und München/Ebersberg; Landesvorsitzender ist Eugen Bauer, der auf dem Landeskongreß am 27. November in München zum Nachfolger von Christian Ehrenstraßer bestellt wurde.

*Anhaltend
desolante Lage*

Die schwindende Zahl mobilisierbarer Aktivisten führte dazu, daß die JN in Bayern fast nur noch mit – teilweise allerdings spektakulären – Einzelaktionen in Erscheinung traten. Erwähnenswert sind insbesondere die Proteste einiger JN-Anhänger gegen die Rede des Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe im Bundestag auf dem Schlesiertreffen am 11. Juli in Nürnberg, die Eierwürfe führender JN-Funktionäre gegen den Bayerischen Ministerpräsidenten bei der Eröffnung der Bayreuther Festspiele am 25. Juli und die Störung der Gedenkfeier der Stadt Nürnberg zum Volkstrauertag am 14. November durch zwei JN-Aktivisten.

*Sporadische
Aktivitäten*

3. Deutsche Volksunion (DVU)

3.1 Ideologisch-politischer Standort

Die DVU hat im Sommer 1993 ein neues Parteiprogramm beschlossen, das der aktuellen politischen Situation seit der Wiedervereinigung Deutschlands und der Entstehung neuer Nationalstaaten in Europa Rechnung tragen soll. Im Vergleich zum bisherigen Programm sind keine durchgreifenden Änderungen in Aufbau und Inhalt erkennbar; allerdings war die Programmkommission sichtlich bestrebt, problematische Aussagen zu tilgen oder zumindest zu entschärfen, um die verfassungsfeindliche Zielsetzung der Partei noch effizienter zu

*Neu formuliertes
Programm*

tarnen. So wurden die Forderung nach einer Generalamnestie für deutsche Kriegsverbrecher und die bisherige Ehrenerklärung für die ehemalige Waffen-SS ersatzlos gestrichen; Begriffe wie „Lebensinteressen des deutschen Volkes“, „anti-deutsche Politik“ und „ausländische Einflüsse“ wurden durch die Formeln „Werte des Grundgesetzes“, „eine die Menschenrechte verletzende Politik“ und „fremde Einflüsse“ ersetzt. Neu aufgenommen sind die Forderung nach einer Revision der deutschen Ostgrenze, die Ablehnung der europäischen Einigung, insbesondere der Währungsunion sowie der Programmpunkt „Jugend und Bildung“. Nach wie vor warnt die DVU vor einer angeblich von Politikern geplanten Auflösung Deutschlands in einem „Vielvölkerstaat“ und tritt mit Parolen wie „Bewahrung der deutschen Identität“ und „Gleichberechtigung für Deutschland“ dafür ein, den Ausländeranteil zu begrenzen, den „zunehmenden Ausländerzuström“ in das Bundesgebiet zu stoppen und die „Zuweisung von Kollektivschuld oder Kollektivverantwortung“ an die Deutschen einzustellen.

Die am Programm nicht ohne weiteres erkennbare rechtsextremistische Grundhaltung der Partei wird vor allem an den ihr zurechenbaren Äußerungen führender Funktionäre sowie am Inhalt ihrer publizistischen Sprachrohre deutlich, die im Verlag des Bundesvorsitzenden Dr. Frey erscheinen. Diese lassen durchwegs kein systematisiertes weltanschauliches und ideologisches Konzept erkennen, sondern greifen regelmäßig Tagesthemen auf, die sie den von ihnen langjährig entwickelten Feindbildern wie etwa den „unverschämten“ Polen, den „erpresserischen“ Juden oder den „kriminellen“ Ausländern zuordnen.

Einen Agitationsschwerpunkt der letzten Jahre bildeten nationalistisch und rassistisch geprägte Kampagnen, die sich unter Verstoß gegen den Grundsatz der Menschenwürde (Art. 1 des Grundgesetzes) und das Diskriminierungsverbot des Art. 3 des Grundgesetzes vor allem gegen Asylbewerber und sonstige Minderheiten richteten. So erklärte die DVU, die „Überfremdung unseres Landes“ durch eine „extrem inländerfeindliche Asylpolitik“ stelle eine „offene Provokation“ dar. Ferner warnte sie vor einer „Entdeutschung unseres Vaterlandes“

und einer angeblich geplanten „Umvolkung der Deutschen“ durch Einführung des Ausländerwahlrechts und „Masseneinbürgerungen von Ausländern auch aus entfernten Kulturen“. Auch nach dem Asylkompromiß und der damit verbundenen Änderung des Art. 16 des Grundgesetzes setzte die Partei ihre ausländerfeindliche Hetze unverändert fort: Während Millionen Bundesbürger unterhalb des Existenzminimums vegetierten, könnten uns „nach wie vor alljährlich Hunderttausende Scheinasylanten und illegale Ausländer heimsuchen“, für die wir „bald 40 Milliarden je Jahr“ aufwendeten. Da für die eigenen Bedürfnisse des deutschen Volkes kein Geld vorhanden sei, werde die Familienförderung weiter reduziert, anstatt eine für die „Erhaltung unseres Volkes“ ausreichende Zahl deutscher Kinder anzustreben.

Einen weiteren Agitationsschwerpunkt bildeten Versuche, die NS-Zeit durch Relativierung von NS-Verbrechen zu verharmlosen bzw. zu rechtfertigen. So kritisierte die Partei, daß etablierte deutsche Politiker die „massenmordenden Sieger, auf deren Kerbholz ein Großteil der über 150 Kriege seit 1945“ gehe, als „Befreier“ feierten. Während die Propaganda des NS-Regimes mit dessen Untergang verschwunden sei, lebten die „Lügen und Fälschungen der Sieger“ in Schul- und Geschichtsbüchern sowie in Medien fort. Die „Totalumerziehung“ sei „bis zum Exzeß gesteigert“ worden, um die Deutschen zu „willfähigen Bütteln der jeweiligen Vormacht“ zu machen. Täglich veröffentliche die Meinungsindustrie ohne jede Rücksicht auf die wahren Gegebenheiten neue Lügen gegen Deutschland unter Konstruktion einer auch alle künftigen Generationen der Deutschen umfassenden „Kollektivverantwortung“. Immer wieder werde das „NS-Gespenst“ aus dem Grab geholt, um „Forderungen praktisch jeder Art gegen Deutschland durchzusetzen und das deutsche Volk an einem Nasenring durch die Weltgeschichte zu führen“.

Ein Hauptziel der Agitation war wie bisher das wesentlich auf der Mitwirkung der Parteien beruhende politische System der Bundesrepublik Deutschland. So bezeichnete die DvU demokratische Politiker und Parteien als „Polit-Schickeria“, „Selbstbediener“, „volksferne Ausbeuterkaste“ und „Erfüllungsgehilfen obskurer Hintergrundmächte“, die ihr natio-

NS-Apologie

*Diffamierung
demokratischer
Institutionen*

nales Empfinden „gegen einen geradezu schon exzessiven Nationalmasochismus eingetauscht“ hätten. Die „bis zur Lächerlichkeit abgeschlafften alten Parteien“ hätten „mit aller Arroganz der Macht eine Parteiendiktatur errichtet“, in der es nur noch vorwiegend um die Verteilung von lukrativen Ämtern gehe. Die „Bonner Bonzen“, die sich mit Zähnen und Klauen an ihre Schlüsselpositionen klammerten und immer anfälliger für Korruption geworden seien, hätten die moralische Legitimation zum Regieren längst verspielt. Allzu lange habe „die Egozentrik dieser Bankrotteure über Gesetz und Moral triumphiert“. Auf dem glatten Parkett unserer „Bonner Oligarchie“, auf dem sich bald nur noch „munter absahnende Cliques“ tummeln, werde „mit einer atemraubenden Dummdreistigkeit“ lediglich ein Rückzugsgefecht nach dem anderen ausgetragen. Die „Verlotterung der politischen Kultur in diesem Lande“ habe „geradezu Alptraum erzeugende Dimensionen angenommen“. Niemals seit 1949 sei „so verantwortungslos drauflosregiert worden wie in diesen Tagen, in denen systematisch die Beendigung der deutschen Geschichte vorbereitet“ werde. Dieser permanente verbale Rundumschlag gegen die „alten Parteien“ belegt, daß die DVU ebenso wie die NPD dem Mehrparteienprinzip des Grundgesetzes ablehnend gegenübersteht.

Haltung zur Gewalt

In einem auch als Flugblatt verbreiteten Beitrag in der „Deutschen Wochen-Zeitung“ (DWZ) vom 18. Juni distanzierte sich deren Herausgeber Dr. Frey unter der Überschrift „Geht Deutschland unter? Auswirkungen der Solinger Morde“ verbal von den Gewaltaktionen gegen Ausländer. Er bezeichnete die Täter als „Mörder“, „Banditen“, „psychopathische Verbrecher“ und „Todfeinde unseres Volkes“, die „die Horrorvision des schmutzigen Deutschen“ wahr machten und „zugleich alle Erwartungen antideutscher Geheimdienste im Übermaß“ erfüllten. Die DVU wende sich entschieden gegen jenes „ehrlose Lumpengesindel“, das unser Volk durch Brandanschläge nach dem Muster von Solingen in den Schmutz ziehe und die Schleusen für immer weitergehendere Forderungen der „anti-deutschen Lobby“ öffne. Jeder Anschlag auf einen Ausländer diene der „Durchsetzung von Zielen wie Ausländerwahlrecht, doppelte Staatsbürgerschaft usw. gegen den Willen der

großen Mehrheit des deutschen Volkes“. Wenn sich die Anschlagsserie fortsetze, sei „die Gleichberechtigung unseres Vaterlandes in der Völker- und Staatenfamilie für lange Zeit verspielt“; dann habe in Deutschland eine „antideutsche Lobby“ das Sagen.

Die DVU verurteilt danach die fremdenfeindliche Gewalt in erster Linie unter dem Aspekt der Gefährdung nationaler Interessen. Vom vorrangigen individuellen Grundrecht der Opfer auf Leben und körperliche Unversehrtheit ist bezeichnenderweise kaum die Rede. Ursache der Ausschreitungen ist nach Auffassung der DVU eine „lebensfeindliche Politik“, die „den Zorn des Volkes zum Überkochen gebracht“ habe.

3.2 Organisation

Die DVU zählte Ende 1993 einschließlich der vier Jahre zuvor nach einer Satzungsänderung übernommenen 11.500 Angehörigen des gleichnamigen Vereins nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes bundesweit rund 26.000 (1992: 25.000) Mitglieder, davon wie im Vorjahr etwa 3.100 in Bayern. Bundesvorsitzender ist der Verleger Dr. Gerhard Frey aus München, der seit Frühjahr 1992 Kontakte zum Vorsitzenden der Liberaldemokratischen Partei Rußlands (LDP) Wladimir Schirinowskij unterhält. Seine Stellvertreter sind Peter Jürgensen aus Baden-Württemberg und Johann Schüler aus Sachsen. Ende 1993 verfügte die Partei in allen Bundesländern über Landesverbände. In Bayern bestehen die Bezirksverbände Oberbayern, Niederbayern, Mittelfranken, Oberpfalz und Schwaben sowie 16 Kreisverbände und vier Ortsverbände in München.

Im Verlag des Parteivorsitzenden erscheinen die „Deutsche National-Zeitung“ (DNZ) und die teilweise inhaltsgleiche „Deutsche Wochen-Zeitung“ (DWZ). Beide fungieren als



Defizitäre Finanzlage

Werbeträger und publizistische Sprachrohre sowohl der Partei als auch des gleichnamigen eingetragenen Vereins.

Die finanzielle Lage der Partei ist nach wie vor durch eine hohe Verschuldung gekennzeichnet. Nach dem Rechenschaftsbericht beträgt das Defizit der DVU rund 11 Millionen DM.

3.3 Wahlbeteiligung

Bei der Hamburger Bürgerschaftswahl am 19. September versuchte die DVU, an die bisherigen Erfolge von 1991/1992 in Bremen und Schleswig-Holstein anzuknüpfen. Trotz eines finanziell aufwendigen Wahlkampfes, in dessen Mittelpunkt das Asylproblem stand, erreichte sie aber nur einen Stimmenanteil von 2,8 Prozent und hat damit ihr Wahlziel deutlich verfehlt. Einen ähnlichen Mißerfolg (2,7 Prozent) verzeichnete die Partei bei den hessischen Kommunalwahlen am 7. März, wo sie lediglich in Frankfurt a. M. kandidierte. Diese für die DVU enttäuschenden Ergebnisse führten an der Basis der Partei zu Forderungen nach einer Zusammenarbeit des „rechten Lagers“. Dr. Frey umwarb daraufhin insbesondere die Partei „Die Republikaner“ (REP) mit dem Angebot, das „Trennende zu überwinden und künftig eine gemeinsame Strategie zu erarbeiten“; seine Annäherungsversuche fanden indes keine Resonanz.

3.4 Sonstige Aktivitäten

Unter dem Motto „Deutschland muß leben!“ führte die DVU am 2. Oktober in der Nibelungenhalle in Passau ihre alljährliche Großkundgebung durch. Unter den rund 2.000 Besuchern befanden sich auch Gäste aus Österreich und Südtirol. Der Parteivorsitzende Dr. Frey kritisierte in seiner Rede die „ausufernde Kriminalität und Überfremdung“ Deutschlands, wobei er betonte, „kriminelle Ausländer und Scheinasylanten“ hätten „in Deutschland nichts verloren“. Ferner propagierte er eine „deutsch-russische Partnerschaft“ als Alternative zur „Unterdrückung in der EG“. Besondere Beachtung

fanden seine Äußerungen zur „Zukunft der deutschen Rechten“. So befürwortete er eine Zusammenarbeit mit der Partei „Die Republikaner“ (REP), insbesondere mit Blick auf das „Superwahljahr 1994“. Als weiterer Hauptredner trat der von Dr. Frey als „Freund und Partner“ bezeichnete Vorsitzende der LDP Wladimir Schirinowskij für eine Vertiefung der deutsch-russischen Beziehungen ein; er bekräftigte auch eine frühere Äußerung, er werde über die Rückgabe Königsbergs an Deutschland mit sich reden lassen.

4. Deutsche Volkunion e.V. (DVU)

4.1 Ideologie und Organisation

Der eingetragene Verein DVU entspricht ideologisch der gleichnamigen Partei. Nach seiner Satzung haben die Mitglieder außer der Zahlung monatlicher Beiträge keine weiteren Verpflichtungen.

Der Verein zählt derzeit im Bundesgebiet zusammen mit seinen Aktionsgemeinschaften nach Erkenntnissen der Verfassungsschutzbehörden wie im Vorjahr rund 11.500 Mitglieder, davon etwa 2.100 in Bayern. Bundesvorsitzender ist Dr. Gerhard Frey. Seit der Gründung der DVU als Partei entwickelt der Verein kaum mehr eigene Initiativen. Nach einer Ende 1988 beschlossenen Satzungsänderung gehören die über 16 Jahre alten Vereinsmitglieder zugleich der Partei an, sofern sie nicht widersprechen. Dadurch sollten offensichtlich die Unterschiede zwischen Verein und Partei verwischt und der Öffentlichkeit und potentiellen Interessenten eine steile Aufwärtsentwicklung der Partei suggeriert werden.

4.2 Aktionsgemeinschaften der DVU

Die vom Verein geschaffenen Aktionsgemeinschaften, deren Mitgliedsbeiträge attraktiv niedrig gehalten werden, sind integrierte Bestandteile des Vereins. Ihre Veröffentlichungen erscheinen fast ausschließlich in den

*Übereinstimmung
mit der DVU
(Partei)*

*Konstante
Mitgliederzahlen*

*Integration in
die DVU (Partei)*

Werbeanzeige
(Auszug)

Für Deutschlands Freiheit Anzeige

DVU Die Partei für Deutschland
DEUTSCHE VOLKSUNION (DVU)
 Überparteiliche Vereinigung der verfassungstreuen Rechten und freiheitlichen Mitte

Deutsche Volkunion e. V.
 verteidigt den deutschen Charakter Deutschlands

Initiative für Ausländerbegrenzung (I. f. A.)
 Gemeinschaft zum Schutz der Frontsoldaten

Ehrenbund Rudel
 setzt sich für ein deutsches Deutschland in gerechten Grenzen ein

Aktion Oder-Neiße (AKON)
 wie die Interessen des deutschen Volkes bei diesen Medien durchsetzen

Aktion deutsches Radio und Fernsehen (ARF)
 kämpft für den Erhalt des Lebens und der Heimat

Deutscher Schutzbund für Volk und Kultur
 Volksbewegung für Generalamnestie (VOGA)
 arbeitet für ein Ende der Kriegsverbrecherprozesse gegen Besiegte des II. Weltkrieges

*Insgesamt
breites Agitations-
spektrum, aber
kaum Aktivitäten*

„national-freiheitlichen“ Wochenblättern von Dr. Frey. Der Beitritt zu einer Aktionsgemeinschaft begründet kraft Satzung gleichzeitig die Mitgliedschaft im Verein. Die Anziehungskraft und Gefährlichkeit dieser Propagandainstrumente beruht insbesondere darauf, daß sich ihre Aussagen nur auf Teilbereiche rechtsextremistischer Agitation beziehen und bei isolierter Betrachtungsweise vielfach nicht erkennen lassen, welche Grundhaltung hinter anscheinend unverfänglichen, auch Nichtextremisten vermittelbaren Forderungen wie z.B. „Schutz der deutschen Kultur“ steht.

Wie im Vorjahr traten die sechs Aktionsgemeinschaften mit eigenständigen Aktionen kaum an die Öffentlichkeit.

5. Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH)

5.1 Ideologisch-politischer Standort

Die DLVH versteht sich als Sammlungsbewegung aller „rechten“ Parteien und wirbt – bislang erfolglos – für den Zusammenschluß „nationaler“ Parteien und Verbände zu einer gemeinsamen Wahlpartei, um auf diese Weise alle „rechten“ Kräfte zu bündeln. Sie bekennt sich zwar formal zur „Demokratie“ und zum „pluralistischen Rechtsstaat“. Ihr bewußt zurückhaltend formuliertes Parteiprogramm enthält gleichwohl eine nationalistische, rassistische und völkisch-kollektivistische Grundhaltung, die den Vorrang der in den Grundrechten konkretisierten Menschenrechte (Art. 1 Abs. 3 GG) und das verfassungsrechtliche Diskriminierungsverbot (Art. 3 Abs. 3 GG) in Frage stellt. Die Übereinstimmung mit rechtsextremistischem Gedankengut insbesondere der NPD ist offensichtlich. So lehnt die Partei „Gleichmacherei, Überfremdung und Bevormundung“ ab, bekennt sich zur „Völkervielfalt“ und betont die „Eingebundenheit des Menschen in Volk und Heimat“ sowie die „Unterschiedlichkeit der Menschen und Nationen“. Folgerichtig läßt sie auch eine nationalistisch motivierte fremdenfeindliche Grundtendenz erkennen. Nach Auffassung der DLVH ist Deutschland u.a. durch „wachsende Asylanten- und Einwandererströme“ infolge politischen Versagens der „Altparteien“ in seinem Bestand und seinem

Wohlstand bedroht. Deshalb tritt die Partei dafür ein, die Zahl der Ausländer in Deutschland zu senken und zu begrenzen, die Zahlung von Kindergeld an die deutsche Staatsbürgerschaft zu binden, Kindergartenplätze „vorrangig deutschen Kindern“ zur Verfügung zu stellen sowie Arbeit, Wohnraum und soziale Versorgung „vorrangig den Einheimischen“ zuzuteilen. Außerdem fordert die Partei eine „Geschichtsschreibung, die der Wahrheit entspricht und sich nicht für Kollektivschuldthesen und andere politische Manipulationen mißbrauchen läßt“. Vergangenheitsbewältigung und Wiedergutmachung dürften nicht zur „politischen Erpressung“ führen. Die Partei versucht damit offenbar eine Relativierung der NS-Verbrechen.

Die extremistische Zielsetzung der Partei wird durch die personelle Zusammensetzung der Führungsspitze bestätigt. Dem Bundesvorstand gehören – ebenso wie dem bayerischen Landesvorstand – mehrere Personen mit rechtsextremistischer Vergangenheit zum Teil in maßgebenden Funktionen an, die bisher nicht erkennen ließen, daß sie ihre frühere politische Überzeugung geändert hätten und nunmehr demokratische Positionen anstreben.

5.2 Organisation

Die DLVH zählte Ende 1993 bundesweit rund 900 (1992: 800) Mitglieder, davon wie im Vorjahr etwa 200 in Bayern. An der Spitze der Partei stehen als gleichberechtigte Vorsitzende die bekannten Rechtsextremisten Harald Neubauer (früher: NPD, DNZ) und Jürgen Schützing (früher: NPD) sowie der ehemalige DVU-Funktionär Ingo Stawitz. Das Parteiorgan „Deutsche Rundschau“ erschien bis Ende 1993 im „RVG-Verlag“* in Landshut.



* Die Schrift wurde ab Januar 1994 von der Europa Verlag GmbH in Coburg übernommen.

Landesverbände bestehen mittlerweile in Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein; der organisatorische Aufbau verläuft aber nach wie vor schleppend. Vorsitzender des in die Bezirksverbände Oberbayern, Oberfranken, Mittelfranken, Unterfranken und Oberpfalz gegliederten Landesverbandes Bayern ist Werner Eichinger, der auf dem Landesparteitag am 22. September in München seinen Vorgänger Franz Glasauer ablöste.

Mit der Partei personell verzahnt ist der bereits 1990 gegründete „Förderverein Vereinigte Rechte“ in Landshut, der ähnlich wie die DLVH für den „Zusammenschluß nationaler Parteien und Verbände zu einer gemeinsamen Wahlpartei“ eintritt.

6. Neonazismus

6.1 Allgemeines

Eine besonders abstoßende Erscheinungsform des Rechtsextremismus ist nach wie vor der Neonazismus (neuer Nationalsozialismus). Er umfaßt alle Aktivitäten und Bestrebungen, die ein offenes Bekenntnis zur Ideologie des Nationalsozialismus darstellen und auf die Errichtung eines vom Führerprinzip bestimmten autoritären bzw. totalitären Staates gerichtet sind.

Die Zahl der Neonazis in Bayern ist gegenüber 1992 von rund 220 auf 140 gesunken; davon gehören etwa 100 (1992: 200) den neonazistischen Organisationen als Mitglieder an. Dieser deutliche Rückgang beruht im wesentlichen darauf, daß die meisten der insgesamt etwa 100 bayerischen Mitglieder der Ende 1992 bzw. Mitte 1993 verbotenen Gruppierungen Nationalistische Front (NF), Deutsche Alternative (DA), Nationale Offensive (NO) und Nationaler Block (NB) ihre Aktivitäten eingestellt haben. Soweit sich einzelne Aktivisten der verbotenen Vereinigungen weiterhin extremistisch betätigen, sind sie nunmehr den nicht organisierten „Einzelgängern“ zuzurechnen, deren Zahl in Bayern auf 40 (1992: 20) gestiegen ist. Gegen vereinzelte Versuche, den organisatorischen Zusam-

menhalt verbotener Vereinigungen fortzusetzen, wurde konsequent eingeschritten. So ist gegen den früheren NO-Vorsitzenden Michael Swierczek im Zusammenhang mit der Herausgabe der Schrift „Rechtskampf“ ein Ermittlungsverfahren wegen Verdachts eines Verstoßes gegen ein vollziehbares Verbandsverbot anhängig.

Bei den rechtsextremistischen Skinheads ist eine Zunahme auf knapp 300 (1992: 240) festzustellen, die zum Teil auch auf einem verbesserten Erkenntnisstand beruht.

Die 27 (1992: 33) erkannten neonazistischen Zusammenschlüsse im Bundesgebiet sind zum Teil lose Gesinnungs- und Kampfkader, deren Anhänger sich teilweise auch in anderen Gruppen engagieren. Klare organisatorische Strukturen sind oft nicht erkennbar; regelmäßig dominiert jedoch ein „Führer“, von dem auch der Bestand der Gruppe abhängt.

Die Agitation der Neonazis richtet sich insbesondere gegen die vom Grundgesetz (Art. 1, 3 und 20) garantierte Menschenwürde, den Gleichheitsgrundsatz und das Demokratieprinzip. Sie ist vor allem durch Bestrebungen zur Wiedereinführung des NS-Systems, unverhohlenen Antisemitismus und sonstigen Rassismus, Verharmlosung und Leugnung der NS-Verbrechen sowie durch Verherrlichung von Institutionen und Personen der Hitler-Diktatur gekennzeichnet. Einen Schwerpunkt neonazistischer Aktivitäten bilden seit Jahren die maßgeblich von Neonazis getragenen Veranstaltungen zum Gedenken an den 1987 verstorbenen „Stellvertreter des Führers“ Rudolf Heß. Militante fremdenfeindliche Aktionen belegen eine massive Ablehnung des verfassungsrechtlichen Diskriminierungsverbots. In neonazistische Aktivitäten sind neben Skinheads häufig auch andere militante Rechtsextremisten eingebunden. Der überwiegende Teil der Skinheads, der eine zumindest unterschwellig von rassistischer Ausländerfeindlichkeit und übersteigertem Nationalbewußtsein geprägte Einstellung aufweist, ist wie bisher dem unorganisierten Neonazismus zuzurechnen.

In letzter Zeit wurden Rechtsextremisten zunehmend das Ziel von Gewaltaktionen linksextremistischer Gruppierungen, insbesondere von „Autonomen“, die auf diese Weise den „anti-

*Agitations-
schwerpunkte*

*Anti-Antifa-
Bewegung*

faschistischen Kampf“ beleben wollen. Als Reaktion darauf betrieb das neonazistische Spektrum die Gründung einer „Anti-Antifa-Bewegung“, die derzeit ein wesentliches Bindeglied zwischen den unterschiedlichen Neonazigruppen darstellt. Ziel dieser Kampagne ist zum einen die logistisch vor-

Aufkleber



bereitete Bekämpfung politischer Gegner, zum anderen die Mobilisierung von Anhängern des rechtsextremistischen Lagers zu einer organisationsübergreifenden Aktionsgemeinschaft. So erschien Ende November erstmals die über eine Postfachadresse in Dänemark anonym vertriebene Schrift „Der Einblick“ mit dem Untertitel „Die nationalistische Widerstandszeitschrift gegen zunehmenden Rotfront- und Anarchoterror“.

Das Druckwerk will „alle aufbauenden Kräfte in diesem Land zum Widerstand gegen den politischen und weltanschaulichen Gegner aus der militanten Linken solidarisieren“. Die Schrift veröffentlichte – nach Regionalbereichen gegliedert – zahlreiche Anschriften von tatsächlichen oder vermeintlichen Linksextremisten und deren Einrichtungen. Die Verfasser betonten, diese Veröffentlichungen über die „linke Gewalttätterszene“ müßten „entsprechende Konsequenzen für unsere Gegner haben“; es gelte nunmehr, diese Kriminellen zu entlarven und sie „mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln“ zu bestrafen (vgl. 4. Abschnitt Nr. 2.3).

Neue Informations- und Kommunikationssysteme

Seit März 1993 finden sich im rechtsextremistischen, insbesondere neonazistischen Spektrum Ansätze einer kommunikativen Vernetzung. Eine bedeutende Rolle beim Aufbau geeigneter Infrastrukturen für die Anti-Antifa-Arbeit spielen die „Nationalen Info-Telefone“, bei denen über Anrufbeantworter Nachrichten abgerufen werden können. Initiator der „Anti-Antifa“-Kampagne war der Hamburger Neonazi Christian Worch, der über einschlägige Erfahrungen im Einsatz moderner Kommunikationsmittel verfügt. Er nimmt mittlerweile eine zentrale Position im neonazistischen Spektrum ein und ist bestrebt, die rechtsextremistische Szene aktionistisch und informationell zusammenzuführen.

Zur Förderung ihrer informationellen – nicht organisatorischen – Vernetzungsbestrebungen setzen Rechtsextremisten

neben Info-Telefonen inzwischen auch verstärkt Mailboxen und deren Zusammenschluß in Form des „Thule-Netzwerks“ ein, durch die den Benutzern („Usern“) je nach Art und Umfang ihrer Zugangsberechtigung bestimmte Informationen zugänglich sind. In dem dazu erforderlichen zentralen Rechner existiert neben einem für alle User offenen Bereich für jeden einzelnen ein eigenes „Postfach“, in dem nur für ihn bestimmte Nachrichten enthalten sind. Umgekehrt können die User auch eigene Informationen in die Mailbox einstellen bzw. an bestimmte andere Benutzer richten. Auf diese Weise ist auch eine abgeschottete direkte Kommunikation zwischen einzelnen Benutzern möglich.

6.2 Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP)

In ihrem Programm „Unser Weg in das neue Jahrtausend“ propagiert die FAP den „völkischen Sozialismus“ und orientiert sich mit Parolen wie „Europäischer Gemeinnutz geht vor europäischem Eigennutz“ in kaum verhüllter Weise an Grundzügen des NSDAP-Programms vom 24. Februar 1920. Diese für das Gesamterscheinungsbild der Partei typische, die Verfassungsfeindlichkeit begründende Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus zeigt sich in zahlreichen weiteren Aussagen der Partei. So fordert die FAP eine „gesetzliche Kontrolle der Zinswirtschaft“, um das „mühevolle Einkommen“ der Unternehmer, Aktionäre und Banken zu begrenzen, und vertritt die Auffassung, der „Schaffende“ als „wichtigster Faktor innerhalb der Volkswirtschaft“ verdiene mehr Anerkennung. Soziale Probleme sollten nach Vorstellung der FAP durch „Gemeinschaftssinn statt Klassenkampf und Ausbeutung“, insbesondere durch eine „Mitbeteiligung des Arbeiters“ am Betriebskapital und den Produktionsmitteln, gelöst werden; „Gemeinschaftsschädlinge“ seien „nötigenfalls durch Enteignung“ zur Verantwortung zu ziehen. Der Arbeitslosigkeit will die FAP mit einem „Arbeits- und Sozialdienst“ begegnen. Ferner wendet sie sich gegen eine angeblich drohende „massive Völkervermischung“ und tritt für eine „Ausländerrückführung nach Volksabstimmung“ sowie für einen strikten „Einwanderungsstop für Ausländer“ ein. Die

*Ideologische
Orientierung
an der NSDAP*

Stunde habe geschlagen, da „das ganze schaffende Deutschland die marxistischen Lumpen und Gauner sowie die Unterwerfungslakaien und Verfassungsverächter aller Schattierungen von sich schütteln“ und sich wieder in der „Volksgemeinschaft eines freiheitlichen, antiimperialistischen und klassenlosen Volksstaates“ zusammenfinden müsse.

Flugblatt der FAP



Gegen
"Multikulturelle Gesellschaft"
und "Ausländerintegration"

FÜR
DEUTSCHLAND



Freiheitliche
Deutsche Arbeiterpartei
Postfach 10 05 31 • 4600 Dortmund 1

Die FAP war bis 1983 eine völlig unbedeutende Partei. Anfang 1984 begannen Anhänger der im Dezember 1983 verbotenen neonazistischen Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten (ANS/NA), die FAP zu unterwandern und für ihre Ziele umzufunktionieren. Die Partei nahm seit 1986 eine von heftigen internen Differenzen gekennzeichnete Entwicklung. Nach einer längeren, insbesondere durch Führungsschwächen bedingten Rezessionsphase konnte die FAP ihre organisatorischen Strukturen mittlerweile festigen. Sie zählt bundesweit rund 430 (1992: 150) Mitglieder, davon wie im Vorjahr etwa 15 in Bayern. Die bundesweit höheren Zahlen im Vergleich zum Vorjahr beruhen indes im wesentlichen nicht auf einem realen Mitgliederzuwachs, sondern auf einem verbesserten Erkenntnisstand. Bundesvorsitzender ist seit 1988 Friedhelm Busse aus München. Einzige Untergliederung in Bayern ist der nur wenig aktive Kreisverband Aschaffenburg.

Organisation

Auf einem außerordentlichen Bundesparteitag am 10. Juli in Thüringen erklärte der FAP-Vorsitzende Busse, „Endziel der Partei“ sei es, die „gesamte Macht in Deutschland“ zu übernehmen. Falls dies gelinge, werde es zwar keine Konzentrationslager, aber „Arbeitslager“ geben, wo „die Feinde des deutschen Volkes und vor allem die Ausländer nutzbringende Arbeit verrichten“ sollten. „Feinde“ der Partei wie etwa Polizeipräsidenten, die jemals eine Veranstaltung der FAP verboten hätten bzw. Zeitungsverleger wie die Verleger der Bildzeitung, die gegen rechte Parteien hetzten und die multikulturelle Gesellschaft propagierten, müßten nach der Machtübernahme mit dem Tod durch Erschießen rechnen.

Die Bundesregierung beschloß am 2. September, ein Verbot der FAP beim Bundesverfassungsgericht zu beantragen. Im Vollzug dieses Beschlusses stellte der Bundesminister des Innern mit Schriftsatz vom 15. September den Antrag, das Bundesverfassungsgericht möge die Verfassungswidrigkeit der Partei feststellen, die Partei auflösen, die Bildung von Ersatzorganisationen verbieten und das Vermögen der FAP einziehen. Kurz danach stellte auch der Bundesrat auf Initiative Niedersachsens und Bayerns einen entsprechenden Verbotsantrag.

Verbotsanträge

6.3 Nationaler Block (NB)

*Dürrtiges
Programm
mit verdeckter
neonazistischer
Zielsetzung*

Dem von Manfred Eichner geleiteten NB gehörten zuletzt rund 40 Aktivisten an. Der NB forderte eine „Gemeinschaft aller Deutschen“ und die Errichtung eines „Deutschen Reiches“ unter Einschluß aller ehemals „von deutscher Mehrheit besiedelten Gebiete“ auf der Grundlage des „Selbstbestimmungsrechts der Völker“. Diese Ziele erinnerten an Punkt 1 des NSDAP-Programms vom 24. Februar 1920. Sie ließen in der darin zum Ausdruck kommenden mangelnden Distanz zur nationalsozialistischen Gewaltherrschaft eine tendenzielle Ablehnung der auf Ausgleich und Völkerverständigung angelegten verfassungsmäßigen Grundordnung (vgl. Art. 9 und 26 GG) erkennen. Dies ergab sich auch aus der offenbar auf eine Rehabilitierung des Nationalsozialismus zielenden Forderung nach der „Entwicklung eines Revisionismus, der mit der vorherrschenden Geschichtsschreibung bricht und neu deutet“. Nach Vorstellung des NB hatte die Wirtschaft „dem Volke zu dienen“. Deutsche Arbeitsplätze seien für deutsche Arbeiter bestimmt; „Fremdarbeiter und Wirtschaftsflüchtlinge“ seien „in ihre Heimatländer zurückzuführen“. Ferner propagierte der NB die „Erhaltung des deutschen Volkes“ und die Erziehung der deutschen Jugend zur „Pflichterfüllung in der Gemeinschaft des deutschen Volkes“. Als weiteres Ziel erstrebte er die Wiedereinführung der Todesstrafe für Kindermord, Rauschgifthandel und Landesverrat.

Verbot

Das Bayerische Staatsministerium des Innern verbot am 7. Juni den organisatorisch und in seiner wesentlichen Tätigkeit auf Bayern beschränkten Verein, weil er nach seinem Gesamtbild Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus zeigte und sich in aggressiv-kämpferischer Weise gegen die verfassungsmäßige Ordnung richtete. Im Vollzug des Verbots durchsuchte die Polizei am 11. Juni die Wohnräume von neun Funktionären und Aktivisten in Oberbayern, Niederbayern und Oberfranken. Dabei konnten umfangreiches Schrift- und Propagandamaterial (u.a. Fahnen, Plakate und Aufkleber des NB), ein Computer, Videobänder sowie zwei geladene Schreckschußpistolen und ein Baseballschläger sichergestellt werden. Das Verbot wurde inzwischen vom Bayerischen Verwaltungsgerichtshof bestätigt.

6.4 Die Deutsche Freiheitsbewegung (DDF)

Die DDF propagiert die Identität von „Staat und Volk“. Ihrer Staatsidee zufolge soll sich der Wille des Volkes in der Person eines „Führers“ bündeln, der „vom Volk, nicht von Parteien an die Spitze des Staates gewählt wird“ und als „Willensvollstrecker des Volkes“ fungiert. Die heutige Demokratie wurde als „Pöbelherrschaft“ bzw. als „Machtausübung durch Elemente der Gasse“ diffamiert; sie habe sich „als das beste Instrument zur Willensunterdrückung von Nationen und Völkern“ erwiesen. Nach Ansicht der DDF wurde der NS-Staat „leider in seiner Entwicklung zum idealen Volksstaat hin von einem verbrecherisch gegen ihn angezettelten Krieg überrollt und in seiner Vollendung verhindert“. Das derzeitige „System“, das bereits von innerer Fäulnis befallen sei, könne „nur durch einen Volkssturm, durch eine allen Dreck hinwegspülende Volksbewegung beseitigt werden“. Unsere „Ausverkaufspolitiker“, die das deutsche Volk behandelten, als ob sie die „Enkel von Verbrechern“ regierten, zählten als „Totengräber unserer Freiheit“ zum „Abschaum“ und könnten ihre Macht „nur mit Zustimmung des ‚Drecks von der Straße‘ aufrecht erhalten“. Die „Revolution“ von morgen beginne in den Herzen und Hirnen von einigen wenigen Überzeugungsträgern der „völkischen Idee“. Ferner wandte sich die DDF gegen den „selbsterstörerischen Weg der Gleichmacherei“ und betonte die Bedeutung der „Volksgemeinschaft“, die auf einer „gottgewollten“ Abwehrhaltung gegenüber dem „Eindringen fremder Erbträger in den in sich geschlossenen Rasseverband“ beruhe. Wenn „unseres Volkes Blut erst in den Adern einer Mischlingsgesellschaft“ fließe, sei eine Rückkehr zu den „Empfindungen einer germanischen Seele“ nicht mehr möglich. Damit zeigt die DDF ihre geistige Nähe zum Nationalsozialismus.

Die DDF zählt bundesweit rund 140 (1992: 160) Mitglieder, davon wie im Vorjahr etwa 40 in Bayern. Vorsitzender der Vereinigung ist Georg Albert Bosse. Er ist zugleich Herausge-

*NS-Apologie,
Rassismus und
Diffamierung
demokratischer
Institutionen*



*Organisation
unverändert*

ber ihres Organs „Recht und Wahrheit“, in dem vor allem die deutsche Kriegsschuld bestritten, Führungspersonen des Dritten Reiches glorifiziert und NS-Verbrechen geleugnet wurden.

6.5 Neonazistisches Potential bei Skinheads

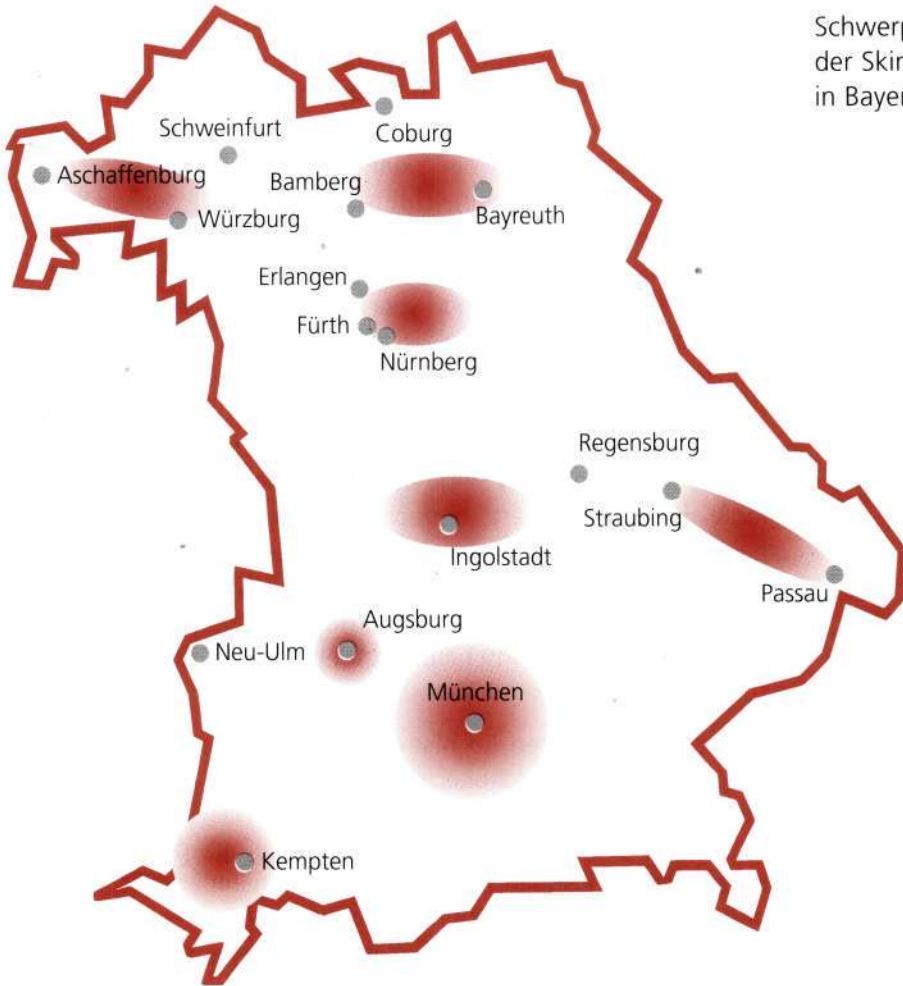
Die in Großbritannien entstandene, Ende der 70er Jahre erstmals auch im Bundesgebiet in Erscheinung getretene Skinhead-Bewegung war ursprünglich eine jugendliche Subkultur, deren äußeres Erscheinungsbild eine extreme Ablehnung der bürgerlichen Gesellschaft signalisiert. Obwohl Skinheads zu einer rational bestimmten politischen Meinungsbildung häufig nicht fähig und deshalb an einer fundierten politischen Auseinandersetzung kaum interessiert sind, hat sich in diesen Kreisen inzwischen eine vom organisierten Rechtsextremismus unabhängige diffuse rechtsextremistische Weltanschauung herangebildet, die vielfach von rassistischer Ausländerfeindlichkeit und übersteigertem Nationalbewußtsein geprägt ist und das Handeln motiviert. Diese Einstellung, die vor allem wegen ihrer rassistischen Grundhaltung an wesentliche Elemente des Nationalsozialismus anknüpft, ist indes regelmäßig nicht verstandesmäßig geprägt und spiegelt sich daher nicht in einer programmatisch-ideologischen Ausrichtung, sondern meist in spontanen, vielfach militanten Aktionen wider.

*Weltanschauung
und „Politik-
verständnis“*

*Einfluß der
Skinhead-Bands
und „Fanzines“*

Die von Skinhead-Bands vorgetragene sogenannte „Oi-Musik“ ist das wichtigste Medium der Szene und übt einen anhaltenden rechtsextremistischen Einfluß aus. Die Liedertexte solcher Gruppen diffamieren und bedrohen Ausländer, propagieren Gewalt und verbreiten nationalistisch-rassistisches Gedankengut bis hin zur Glorifizierung des Nationalsozialismus. Der „typische“ Skinhead wird darin als „Faschist“ und „Rassist“ idealisiert, der die Feinde der Nation bekämpft und die nordisch-arische Rasse gegen eine „Vermischung“ mit fremden Rassen verteidigt. Auch die intern verbreiteten Skinhead-Publikationen („Fanzines“) weisen vielfach rechtsextremistische Bezüge auf. Der Einfluß rechtsextremistischen Gedankenguts auf die Skinheadszene hat im Berichtsjahr kontinuierlich zugenommen.

Schwerpunkte der Skinheads in Bayern



Regionale Verteilung (in Prozenten)

Gewaltbereitschaft

Hemmungslos praktizierte Gewalt ist das bevorzugte Mittel der von Skinheads auf der Straße ausgetragenen „politischen“ Auseinandersetzung mit tatsächlichen oder vermeintlichen Gegnern. Als „Vorbild“ für den „Straßenkampf“ um die – nach Auffassung der Skinheads bislang nur vom NS-Regime erfolgreich verwirklichte – Vorherrschaft der weißen Rasse dient dabei der SA-Mann. Die Brutalität und Härte, mit der die ehemalige SA gegen politische Gegner vorging, findet erheblichen Anklang und spornt zur Nachahmung an. Gewalttaten von Skinheads richten sich vor allem gegen „Linke“, Homosexuelle sowie Asylbewerber und andere Ausländer, aber auch gegen Stadtstreicher und Obdachlose, die als „undeutsche Gestalten“ angesehen werden. Selbst vor Behinderten, die sie im Sinne der nationalsozialistischen Ideologie als „lebensunwert“ betrachten, macht ihre Gewalt nicht halt. Wie bei keiner anderen jugendlichen Subkultur haben sich hier Militanz und exzessiver Alkoholgenuß in Verbindung mit einer innerhalb der Szene eigenständig gebildeten rechtsextremistischen Weltanschauung zu einer erheblichen Gefahr für die innere Sicherheit entwickelt.

*Werbeversuche
von
Rechtsextremisten*

Die von organisierten Rechtsextremisten versuchte Rekrutierung von Skinheads scheiterte meist daran, daß dieser Personenkreis institutionelle Bindungen grundsätzlich ablehnt und sich auch nicht auf Dauer für das politische Konzept von straff organisierten Gruppen und Parteien vereinnahmen läßt. Trotz partieller inhaltlicher Berührungspunkte sind daher nachhaltige Werbeerfolge – abgesehen von in Bayern festgestellten gemeinsamen Stammtisch-Treffs von Skinheads und Neonazis – bislang durchwegs ausgeblieben.

In der Bundesrepublik Deutschland gibt es derzeit rund 5.600 (1992: 6.400) militante Rechtsextremisten, insbesondere rechtsextremistische Skinheads. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr beruht im wesentlichen auf einer statistischen Bereinigung. In Bayern sind – auch aufgrund eines verbesserten Erkenntnisstands – mittlerweile rund 300 (1992: 240) Skinheads mit rechtsextremistischem Hintergrund bekannt, darunter auch die Mitglieder der Skinhead-Band „Sturmtrupp“ in Neuburg a.d.Donau. Obwohl die Szene



auf nationaler und zum Teil auch auf internationaler Ebene verflochten ist, waren bisher keine festen Organisationsstrukturen mit formellen Anführern erkennbar.

Rechtsextremistische Skinhead-Bands und deren Verleger waren am 3. Februar Ziel von bundesweit koordinierten Strafverfolgungsmaßnahmen u.a. wegen Verdachts der Gewaltdarstellung, Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhaß. In sieben Bundesländern durchsuchte die Polizei Wohnungen und Übungsräume von zehn Bands sowie die Geschäftsräume von zwei Verlagen, die Tonträger mit Skinheadmusik vertreiben. Dabei wurde umfangreiches Beweismaterial wie Tonträger, Videofilme und Schriftverkehr sichergestellt. Einer der Schwerpunkte war die Durchsuchung der Wohn- und Geschäftsräume des Inhabers der Vertriebsfirma „Rock-o-Rama“ in Köln und Brühl, die Tonträger von zahlreichen in- und ausländischen Skinhead-Bands anbietet. In Bayern richtete sich die Aktion „Notenschlüssel“ gegen zwei Objekte von Mitgliedern der inzwischen aufgelösten Nürnberger Skinhead-Band „Radikahl“ in Erlangen und Nürnberg. Dabei konnte die Polizei Versandbelege und Musikkassetten mit dem Lied „Hakenkreuz“ sicherstellen.

*Exekutiv-
maßnahmen und
Strafverfahren*

Das Landgericht Nürnberg-Fürth verhängte am 30. März gegen die vier Mitglieder der Nürnberger Skinheadband „Radikahl“ Geldstrafen zwischen 7.200 und 10.800 DM wegen Verbreitens von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen. Die Band hatte im Januar 1991 das Demotape „Retter Deutschlands“ aufgenommen und in einer Auflage von über 500 Stück in Umlauf gebracht. Das darauf enthaltene Lied „Hakenkreuz“, das eine musikalische Huldigung an die Hakenkreuzflagge darstellt und „Rache für Heß“ fordert, hatte sie wiederholt in Konzerten vorgetragen.

Als zweite bundesweite Exekutivmaßnahme gegen die rechtsextremistische Skinhead-Szene wurde am 15. Juli in sechs Bundesländern die Aktion „Druckstock“ durchgeführt. Sie richtete sich gegen die Herausgeber von rechtsextremistischen Skinhead-Schriften („Fanzines“) und die Inhaber eines Versandhandels rechtsextremistischer Skinhead-Materialien. U.a. wegen des Verdachts der Verwendung von Kennzeichen

verfassungswidriger Organisationen, der Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole, der Volksverhetzung sowie des Verdachts des Anbietens indizierter Schriften und Schallplatten durchsuchte die Polizei die Wohnungen und Geschäftsräume von vierzehn Personen. Sicherergestellt wurden neben einer Reihe von Fanzines, die z.T. bisher unbekannt waren, auch Bild- und Tonträger sowie Geschäftsunterlagen. Auch diese Aktion, von der Bayern nicht betroffen war, hatte eine nachhaltige Verunsicherung der Skinhead-Szene zur Folge.

Im Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, des Abspielens von indizierten Schallplatten mit Skinheadmusik und eines Verstoßes gegen das Waffengesetz durchsuchte die Polizei am 7. August eine Diskothek in Otzing, Landkreis Deggendorf, zu der zeitweise nur Skinheads Zutritt hatten. Die Beamten nahmen 43 Personen vorübergehend fest. Außerdem wurden Tonträger, die zum Teil indiziert sind, sichergestellt sowie Waffen und NS-Propagandamaterial beschlagnahmt. 14 der vorläufig Festgenommenen sind bereits als Teilnehmer an Gewaltaktionen gegen Ausländer bekanntgeworden.

6.6 Neonazistische, antisemitische und sonstige rassistische Vorfälle*

Die Gesamtzahl der bekanntgewordenen neonazistischen, antisemitischen und rassistischen Vorfälle ist in Bayern gegenüber dem Vorjahr erheblich, nämlich von 484 auf 699, d.h. um 44 %, gestiegen. Nicht mitgezählt sind dabei weitere äußerlich vergleichbare Fälle, in denen ein rechtsextremistisches Motiv nicht vorhanden oder nicht erkennbar war (z.B. beim Verwenden von NS-Symbolen als Mittel der politischen Diffamierung). Meist handelte es sich um Schmier- und Klebeaktionen, bei denen Hakenkreuze und SS-Runen gesprüht oder Parolen wie „Heil Hitler“, „Sieg Heil“ und „Ausländer raus“ verbreitet wurden.

* ohne die im 4. Abschnitt genannten Gewalttaten

So wurden am 23. Januar in Cham Flugblätter mit einem Hakenkreuz und Aufschriften wie „Asylanten raus“ und „Jeder Asylant ist ein Schmarotzer unserer Gesellschaft“ festgestellt. In der Nacht zum 16. Mai beobachtete ein Zeuge in Augsburg vier junge Männer, die vor dem Bert-Brecht-Haus das „Horst-Wessel-Lied“ sangen, den „Hitlergruß“ zeigten und „Sieg Heil“ riefen. Danach entfernten sie sich in einem Lieferwagen, wobei sie Parolen wie „Ausländer raus“ und „Rotfront verrecke“ riefen. In der Nacht zum 3. Juni wurde die Fassade der israelitischen Kultusgemeinde in Amberg mit einem Davidstern und den Worten „Judenschweine“, „Juden raus aus Deutschland“, „Haß und Tod den Juden!“ und „Drecksjude verrecke!“ beschmiert. Unbekannte Täter beschmierten zwischen dem 9. und 12. Juli die Fahrradhalle einer Schule in Ingolstadt mit einem Hakenkreuz, einem Keltenkreuz und Parolen wie „Ausländer raus aus Deutschland“, „Heil Hitler unserem Führer“ und „Hoch mit den Türken, an jeden Baum einen“. Mitte September stellte die Polizei fest, daß unbekannte Täter in einer Unterführung in Freising Hakenkreuze und Parolen wie „Ausländer raus“, „Rotfront verrecke“ und „Stoppt Tierversuche – Nehmt Ausländer“ geschmiert hatten. Am 9. November und 14. Dezember wurden in München bzw. Abensberg, Landkreis Kelheim, Hakenkreuzaufkleber mit der Aufschrift „Die Juden sind unser Unglück!“ verbreitet. Anlässe für Ermittlungsverfahren waren auch das Tragen von NS-Symbolen an Kleidungsstücken, die Beschädigung jüdischer Gedenkstätten sowie anonyme Beleidigungen und Bedrohungen aus rassistischen bzw. antisemitischen Motiven.

Eine Aufklärung gelang in rund 42% (1992: 20%) der Fälle. Unter den ermittelten 331 Tätern (1992: 171) befanden sich 144 Jugendliche/Heranwachsende.

7. Sonstige rechtsextremistische Organisationen

7.1 Wiking-Jugend (WJ)

Die WJ ist eine straff nach dem Führerprinzip geleitete, „volkstreu nordländische“ Jugendorganisation, die sich als

„Nordland-ideologie“

„heranzubildende Elite“ versteht und ihre „kämpferische“ Weltanschauung betont. Sie bekennt sich zu einer „Lebensgemeinschaft auf völkischer Grundlage“ und betrachtet das Gesetz der „Auslese alles Starken und Gesunden“ in sozialdarwinistischer Weise als „entscheidende Kraft im Leben“. Mit dem herausragenden Rang der in den Grundrechten konkretisierten Menschenrechte, die gerade für die Schwachen und Kranken von besonderer Bedeutung sind, ist dieses Bekenntnis unvereinbar. Die WJ sieht sich zudem in der Tradition der ehemaligen „Hitlerjugend“ und läßt auf diese Weise mangelnde Distanz zum Nationalsozialismus erkennen.

*Organisation
unverändert*

Die in „Gäue“ gegliederte WJ mit Sitz in Stolberg/Nordrhein-Westfalen zählt wie im Vorjahr bundesweit rund 400 Mitglieder, davon etwa 30 in Bayern. „Bundesführer“ ist seit Juli 1991 Wolfram Nahrath. In Bayern bestehen die Gäue „Bayern“ in Freising und „Franken“ in Stockstadt, Landkreis Aschaffenburg. Öffentliche Aktivitäten in Bayern waren nicht erkennbar.

7.2 Gesellschaft für Freie Publizistik (GFP)

Zielsetzung

Die von ehemaligen SS- und NSDAP-Angehörigen gegründete GFP stellt vor allem ein Podium für Publizisten dar, die rechtsextremistisches Gedankengut vertreten. Sie will in einer angeblich „durch Siegerrechte und Besiegtenpflichten beschränkten Öffentlichkeit“ eine „Freistatt für den deutschen Gedanken und das deutsche Wort“ schaffen und erhalten. So wendet sie sich gegen die „Entstellungen in der deutschen Geschichtsbetrachtung“ und die „unwahren Darstellungen der Ursachen und Hintergründe beider Weltkriege“ sowie „gegen jede Unterdrückung der Meinungsvielfalt“. In Wirklichkeit scheint sich ihr „geistiger Kampf“ in erster Linie gegen die Indizierung rechtsextremistischer Veröffentlichungen durch die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften zu richten. Ihre verfassungsfeindliche Zielsetzung ergibt sich u. a. aus der Mitgliedschaft führender Aktivisten rechtsextremistischer Organisationen, insbesondere der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) und der Verbreitung deren Gedankenguts bei Vorträgen.

Die Vereinigung, die ihren Sitz in München hat, zählt im Bundesgebiet wie im Vorjahr rund 420 Mitglieder, davon etwa 40 in Bayern. Vorsitzender ist seit Mai 1992 der frühere „Chefideologe“ der NPD Dr. Rolf Kosiek. Als Organ der GFP erscheint vierteljährlich die Schrift „Das Freie Forum“ in einer Auflage von rund 700 Exemplaren.

*Mitgliederstärkste
rechtsextremistische
Kulturvereinigung*

Unter dem Motto „Volk und Rechtsstaat in Gefahr – Grundrechte und Verfassungswirklichkeit“ hielt die GFP vom 7. bis 9. Mai in Schmiedefeld/Thüringen ihren „4. Gesamtdeutschen Kongreß“ ab. In einer EntschlieÙung kritisierten die rund 200 Teilnehmer angebliche Bestrebungen, das deutsche Volk durch „Masseneinwanderungen und Masseneinbürgerungen in eine multikulturelle und multiethnische Gesellschaft zu verwandeln“, und riefen dazu auf, der „Erhaltung des deutschen Volkes“ höchsten Verfassungsrang einzuräumen.

7.3 Freundeskreis Ulrich von Hutten

Der von Rechtsextremisten gegründete Freundeskreis Ulrich von Hutten vertritt rechtsextremistische, insbesondere rassistische Thesen und verbreitet Äußerungen, die das NS-Regime verharmlosen und die Bundesrepublik Deutschland verunglimpfen. Die Vereinigung zählt wie im Vorjahr bundesweit rund 300 Mitglieder, davon etwa 30 in Bayern. Vorsitzende ist die Präsidentin der Deutschen Kulturgemeinschaft (DKG) in Österreich Lisbeth Grolitsch.

Wie im Vorjahr trat der Freundeskreis vorwiegend mit der Herausgabe und Verbreitung der Schrift „Huttenbriefe – für Volkstum, Kultur, Wahrheit und Recht“ in Erscheinung. Darin diffamierte er demokratische Politiker als „Rattenfänger“ und „Karnevalsdemokraten“ und behauptete, die Ausländerpolitik des „Bonner Altparteienkartells“ liefere uns einem Experiment aus, dessen Ausgang „nur der Volkstod des gewachsenen deutschen Volkes sein“ könne. Darüber hinaus nähmen die „Bonner Machthaber“ das gesamte deutsche Volk in alle Ewigkeit



in Haftung für Taten, die es nicht begangen habe und die durch die Wahrheit zu widerlegen man ihm nicht erlaube, und stellten es auf diese Weise „vor aller Welt als eine Verbrecherbande“ hin.

8. Organisationsunabhängige Publizistik

Die sechs (1992: sieben) Verlage, Vertriebs- und Buchdienste in Bayern, die Publikationen mit rechtsextremistischem Inhalt herausgeben bzw. verbreiten, entwickelten 1993 wiederum eine beachtliche Tätigkeit. Die Auflage der periodisch herausgegebenen einschlägigen Druckschriften ging zwar gegenüber dem Vorjahr um nahezu zehn Prozent zurück, betrug aber immer noch monatlich 330.000 (1992 : 365.000) Exemplare, wobei erhöhte Auflagen zu besonderen Anlässen nicht eingerechnet sind. Das Angebot umfaßte außerdem Bücher mit rechtsextremistischem Inhalt sowie Schallplatten, Tonkassetten und Videofilme.

Wirkungsvollstes Propagandainstrument des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland ist weiterhin die **Druckschriften- und Zeitungsverlag GmbH (DSZ-Verlag)** in München unter der Leitung von Dr. Gerhard Frey. Im Verlag erscheinen die „Deutsche National-Zeitung“ (DNZ) mit

einer Wochenaufgabe von etwa 50.000 (1992: 52.000) und die „Deutsche Wochen-Zeitung“ (DWZ), die im Untertitel den Namen des Ende 1990 eingestellten „Deutschen Anzeigers“ führt, mit wöchentlich rund 30.000 (1992: 32.000) Exemplaren. Bei

Werbeaktionen werden die Auflagen beträchtlich erhöht. Dr. Frey ist auch Geschäftsführer der **Freiheitlichen Buch- und Zeitschriftenverlags GmbH (FZ-Verlag)** in München, deren Buchdienst Werke gegen „Geschichtslügen“ und „Umerziehung“ anbot.

*Rückgang der
Auflagenzahlen*

*DSZ-Verlag als
Schwerpunkt der
rechtsextremisti-
schen Publizistik*



Die Wochenzeitungen Dr. Freys, die auch als Sprachrohre der DVU fungieren, betrieben wiederum, wie auch in den Vorjahren, unverändert militant-ausländerfeindliche Hetze. So wandten sie sich gegen „das Treiben Hunderttausender Asylbetrüger, Sozialschmarotzer und anderer krimineller Ausländer“, die „aus der Bundesrepublik einen Selbstbedienungsladen machen“ wollten, und behaupteten, die Umsetzung des Maastrichter Vertrages würde „das Ende der Bundesrepublik Deutschland als eigenständigem Staat bedeuten“. Die Abschaffung der Deutschen Mark, die Einführung des Ausländerwahlrechts sowie die totale Öffnung der Grenzen seien „die vorgesehenen Stationen auf dem Weg zum deutschen Selbstmord“. Ferner polemisierten sie gegen die fortdauernde „systematische Umerziehung“ des deutschen Volkes und betonten, die „Kommerzialisierung des jüdischen Leidens in den furchtbaren KZs“ sowie die „Inflation von Holocaust-Museen“ und gleichartiger Einrichtungen zur „Anprangerung Deutschlands“ seien selbst im Ausland nicht mehr unumstritten. Neben der „Unzahl einseitig die deutsche Seite belastender Gedenkstätten und Ehrenmale in Deutschland“ übernehme die Bundesrepublik Deutschland nun zunehmend die Finanzierung solcher Einrichtungen auch im Ausland. Auf diese Weise werde die sanierungsbedürftige KZ-Gedenkstätte Auschwitz zum „Millionengrab deutscher Steuergelder“.

In der **Nation Europa Verlags GmbH** in Coburg erscheint die Monatsschrift „Nation und Europa – Deutsche Monatshefte“ in einer Auflage von rund 15.000 Exemplaren. Herausgeber sind seit Anfang 1992 der Funktionär der Deutschen Liga für Volk und Heimat (DLVH) Peter Dehoust, der frühere NPD-Vorsitzende Adolf von Thadden und der Vorstandssprecher der DLVH Harald Neubauer. Der Verlag wird von dem 1954 gegründeten Verein „Nation Europa-Freunde“ finanziell unterstützt. Gesellschafter des Verlages und Vorsitzender des Unterstützungsvereins ist Peter Dehoust.



Die Schrift wandte sich gegen die „Bonner Parteienclique“, die „fremden Interessen unterworfen“ sei und einen „stillen, aber konsequenten Krieg gegen das eigene Volk“ führe. Dem derzeitigen „System“ gehe es längst nicht mehr um deutsche Interessen, sondern vielmehr um die „möglichst gründliche und möglichst baldige Liquidierung des deutschen Volkes und seiner Lebensmöglichkeiten“. Ursache der zunehmenden Gewalt sei die alle Traditionen und Bindungen einer intakten Volksgemeinschaft zerstörende liberalistische Gesellschaftspolitik des herrschenden Parteienkartells. Aus dem zeitgebundenen repräsentativen Mandat habe sich eine „auf Dauer angelegte, repressive Vormundschaft“ entwickelt. Wahlen dienten dabei lediglich der „Wahrung demokratischen Scheins“. Die „Inhaber jenes Herrschaftsmonopols, das sich in den letzten vier Jahrzehnten durch Inzucht und Vetternwirtschaft auf sämtlichen Führungsebenen etabliert“ habe, wollten „des Volkes Willen nicht vollziehen, sondern brechen“, und mit blankem Meinungsterror vollendete Tatsachen schaffen.



Rechtsextremistische
Schriften



9. Revisionismus-Kampagne

9.1 Ziele und Methoden

Als Revisionismus im weiteren Sinne werden in einem ursprünglich von Rechtsextremisten verwendeten Sprachgebrauch Bestrebungen bezeichnet, die angeblich in der Nachkriegszeit falsch dargestellte Geschichte der Weltkriege und des Dritten Reiches zugunsten des Nationalsozialismus zu korrigieren. Das rechtsextremistische Lager ist sich weitgehend darin einig, daß das deutsche Volk in wesentlichen Fragen seiner jüngeren Geschichte rehabilitiert werden müsse. Als Revisionismus im engeren Sinne ist die Leugnung des sogenannten „Holocaust“ zu verstehen. Das ursprünglich weiter gefaßte Thema erfährt damit eine deutliche Einengung auf einen Teilaspekt der Judenverfolgung im Dritten Reich, nämlich die von Rechtsextremisten vehement bestrittene massenhafte Ermordung europäischer Juden in Gaskammern deutscher Konzentrationslager während des Zweiten Weltkriegs. In Verfolgung ihres Ziels, das nationalsozialistische Unrechtsregime aufzuwerten, müssen die rechtsextremistischen Revisionisten freilich Regeln der kritischen Geschichtswissenschaft mißachten und Forschungsergebnisse negieren, die nicht ihrem vorgefaßten Geschichtsbild entsprechen. Ihre Argumentation liegt damit zwangsläufig neben der historischen Realität und führt zu falschen Ergebnissen. Diese Art von „Geschichtsrevision“ ist also weder Selbstzweck noch politisch neutral noch der historischen Wahrheit verpflichtet, sondern soll als Mittel fungieren, sich von einem vermeintlich aufgezwungenen „Schuldkomplex“ zu befreien. Nationalismus und Antisemitismus bilden die Wurzeln dieses Revisionismus, der letztlich die Opfer zu Tätern und die Täter zu Opfern einer angeblich falschen Geschichtsschreibung machen will.

*Versuch einer
Rehabilitierung des
Nationalsozialismus
durch unseriösen
Umgang mit histo-
rischen Quellen*

9.2 Entwicklung

Revisionismus war von Anfang an keine deutsche, sondern eine internationale Erscheinung. Ursprünglich ging es den rechtsextremistischen Revisionisten vor allem darum, Hitlers alleinige Verantwortung für den Ausbruch des Zweiten Welt-

kriegs zu leugnen. Als bald mußten sie aber feststellen, daß sämtliche Versuche, den Nationalsozialismus mit einer nur auf die „Kriegsschuldflüge“ gestützten Agitation zu rechtfertigen, regelmäßig scheitern, solange es nicht zugleich gelingt, die millionenfache Ermordung von Juden durch die nationalsozialistische Gewaltherrschaft mit scheinbar plausiblen Argumenten zu bestreiten. Dies gab den Anstoß zu der zunächst von Frankreich und den USA ausgehenden rechtsextremistischen Propaganda unter dem Schlagwort „Auschwitzlüge“.

Ab Mitte der 60er Jahre erschien eine große Anzahl von Büchern, die den „historischen“ Nachweis führen wollten, daß es keine Tötung von Juden in Gaskammern gegeben habe. Es fällt auf, daß die maßgeblichen Autoren keine Historiker waren, sondern andere Berufe hatten. So war der Autor der Schrift „Es gab keine Gaskammern“ Robert Faurisson Dozent für französische Literatur des 20. Jahrhunderts. Der deutsche Agrarjournalist Thies Christophersen und der Jurist Wilhelm Stäglich verfaßten die Schrift „Die Auschwitz-Lüge“ bzw. das Buch „Der Auschwitz-Mythos“.

Seit den Jahren 1988/89 ist eine verstärkte Revisionismus-Kampagne festzustellen. Sie wurde ausgelöst durch einen Strafprozeß, der 1988 vor dem Bezirksgericht Toronto gegen den in Kanada lebenden deutschen Revisionisten Ernst C. F. Zündel anhängig war. Zündel war der wissentlichen Verbreitung falscher Nachrichten durch Leugnung des „Holocaust“ angeklagt. Er legte zu seiner Entlastung ein auf Robert Faurissons Initiative von Fred A. Leuchter aus Boston verfaßtes technisches „Gutachten“ vor, wonach es in Auschwitz und einigen anderen Konzentrationslagern aufgrund der technischen Gegebenheiten nicht möglich gewesen sei, Menschen in Gaskammern zu töten. Obwohl dieses als „Leuchter-Bericht“ bekanntgewordene „Gutachten“ nichts anderes als eine pseudowissenschaftliche, ziemlich plump gemachte NS-apologetische Propagandaschrift darstellt, wird es von europäischen Revisionisten als Beweis für ihre Thesen angesehen. Die in zweiter Instanz gegen Zündel verhängte Freiheitsstrafe wurde nicht rechtskräftig, da das Berufungsurteil im Sommer 1992 aus verfassungsrechtlichen Gründen aufgehoben

wurde. Der Freispruch verschaffte Zündel erhebliche Publizität. Er kündigte im kanadischen Fernsehen an, er werde jetzt „weitermachen“.

9.3 Träger der Revisionismus-Kampagne

Der wohl bekannteste Vertreter des Revisionismus ist der international agierende britische Schriftsteller **David Irving**, der sich nach eigenen Angaben durch den Leuchter-Bericht „überzeugen“ ließ, daß der Holocaust nur eine Propagandalüge der Sieger des Zweiten Weltkrieges sei. Seitdem vertritt er diese These auf bezahlten Vorträgen in verschiedenen Staaten Europas und Amerikas. Irving war zur Zurückweisung an der Grenze ausgeschrieben; trotzdem gelang es ihm aber immer wieder, nach Deutschland einzureisen. Als er am 55. Jahrestag des nationalsozialistischen Judenpogroms in München eine viertägige Vortragsreihe eröffnen wollte, wurde er von der Landeshauptstadt München mit Bescheid vom 9. November aus Deutschland ausgewiesen.

Das Landgericht München I verhängte gegen Irving in einer Berufungsverhandlung am 13. Januar eine Geldstrafe von 30.000 DM wegen Beleidigung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener. Die Revision des Angeklagten wurde am 30. November vom Bayer. Obersten Landesgericht als unbegründet verworfen. Anlaß des Verfahrens war die Verbreitung der „Auschwitz-Lüge“. Irving hatte am 21. 04. 1990 bei einer Vortragsveranstaltung im Münchener Löwenbräukeller erklärt, die in Auschwitz gezeigten Gaskammern seien nur Attrappen, für die der deutsche Staat gleichwohl Milliardenbeträge an Wiedergutmachung zahle.

Zu den Trägern der Revisionismus-Kampagne in Bayern gehörte in erster Linie das von dem Neonazi Ewald Bela Althans repräsentierte strukturlose Propagandagebilde **„Amt für Volksaufklärung und Öffentlichkeitsarbeit“ (AVÖ)** in München, auch „Althans Vertriebswege und Öffentlichkeitsarbeit“ genannt. Althans war maßgeblicher Kontaktmann Zündels im Bundesgebiet. Er organisierte mit dessen finanzieller Unterstützung bundesweit Vortragsveranstaltungen mit

führenden Revisionisten. Das „AVÖ“ fungierte dabei als eine Art Verbindungs- und Kontaktbüro. Im Herbst 1992 wurde der Geschäftsbetrieb wegen finanzieller und organisatorischer Probleme weitgehend eingestellt.

An die Stelle des früheren AVÖ-Büros sollte am 1. September 1993 ein „nationaler“ Buchladen unter Leitung eines engen Vertrauten von Althans treten. In einem Einladungsflugblatt hieß es dazu unter der Überschrift „1. September 5.45 . . . seit 5.45 Uhr wird zurückgeschossen, von nun an wird Lüge um Lüge mit Wahrheit um Wahrheit vergolten . . .“; Ziel der Buchhandlung sei die Schaffung eines „Informationsknotenpunktes für revisionistische und volkstreue Literatur“ sowie die Bildung einer Plattform für Diskussionen mit Außenstehenden. In erster Linie werde aber

„NATIONALE
ANTIKUARISCHE
ZEITGESCHICHTLICHE
INTERNATIONALE LITERATUR“

vertrieben. Mit Verfügung vom 31. August stellte die Landeshauptstadt München fest, die Einladung enthalte einen unmittelbaren Bezug zu Hitlers Kriegserklärung an Polen am 01.09.1945, und verbot die Eröffnung des Ladens mit der Begründung, das Projekt störe die freiheitliche demokratische Grundordnung und gefährde zudem die öffentliche Sicherheit und Ordnung. Nach Anrufung des Verwaltungsgerichts wurde am 1. September der bloße Verkauf von Büchern von diesem Verbot ausgenommen. Am 2. September stellte die Polizei bei einer Durchsuchung der Geschäftsräume neun Musikkassetten und mehr als 200 Aufkleber mit Odal-Runen sicher. Anschließend untersagte die Landeshauptstadt München sowohl Althans als auch seinem „Strohmann“ die Ausübung des Gewerbes wegen Unzuverlässigkeit. Die Behörde verwies dazu insbesondere auf einschlägige Vorstrafen der Betroffenen sowie auf deren revisionistische Aktivitäten, die zentrale Rechtsgüter gefährdeten und dem Ansehen der Bundesrepublik Deutschland Schaden zufügten. Das Gewerbeverbot wurde vom Verwaltungsgericht München im Verfahren nach § 80 Abs. 5 VwGO vorläufig bestätigt.

Erhebliches öffentliches Aufsehen erregte Althans durch seine Mitwirkung in einem 1993 produzierten Dokumentarfilm über Neonazismus mit dem Titel „Beruf Neonazi“. Darin leugnete er die systematische Ermordung von Juden im ehemaligen Konzentrationslager Auschwitz und bezeichnete die dortigen Gaskammern als „Attrappen“. Wegen dieser Äußerungen ist bei der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Berlin ein Ermittlungsverfahren gegen ihn anhängig.

Der bekannte Rechtsextremist Otto Ernst Remer verbreitet seit Sommer 1991 die revisionistische Schrift **„Remer-Depesche“**, deren verantwortliche Herausgabe und Chefredaktion seit der Ausgabe 2/93 auf einen bisher unbekanntenen Personenkreis übergegangen ist. Mit einer angeblichen Auflage von 200.000 Exemplaren begann die Schrift in der Ausgabe 4/93 einen „ständigen Beschuß der Lügenfestung Holocaust“. Die Redaktion, die nach eigenen Angaben „um einige ehrenamtlich kämpfende Mitarbeiter“ erweitert wurde, will zukünftig bei monatlicher Erscheinungsweise der Publikation andere politische Themen zugunsten „der Bekämpfung der Lüge in der Geschichtsschreibung und der Entlarvung der Lügner“ zurückstellen. Mit Hilfe eines Aufrufes zur massenhaften selbstfinanzierten Verteilung der Schrift soll die „Schweigespирale der Medien“ durchbrochen werden, damit „kein Gericht der Welt mehr eine Verurteilung“ wegen Anzweifeln des Holocaust wage. Aufmachung und journalistische Gestaltung der Ausgabe Nr. 4/93 der „Remer-Depesche“ lassen größere organisatorische Veränderungen erkennen. Die erneut forcierte Revisionismus-Kampagne sowie die erstmals genannte hohe Auflagenzahl und der erweiterte Mitarbeiterkreis deuten auf bessere wirtschaftliche Möglichkeiten hin.

Der von Hans-Jürgen Witzsch geleitete **Arbeitskreis für Zeitgeschichte und Politik e. V. (AZP)** in Fürth erklärte, es stehe „außerhalb jedes vernünftigen Zweifels fest, daß die Behauptung von Gaskammern in der NS-Zeit als Vernichtungs-



einrichtungen eine Erfindung der Kriegs-Greuelpropaganda“ sei, für die es „keinerlei Sachbeweis“ gebe. Gleichwohl würden Wissenschaftler und Historiker verfolgt und verurteilt, wenn sie hinsichtlich der NS-Judenverfolgung zu einem von der „Siegergeschichtsschreibung“ abweichenden Ergebnis kämen.

10. Einfluß des ausländischen Rechtsextremismus

Neben den vorstehend erwähnten Aktivitäten ausländischer Revisionisten zeigte sich der Einfluß des ausländischen Rechtsextremismus auf Bayern insbesondere in der Einfuhr und Verbreitung vorwiegend neonazistischer und antisemitischer Zeitschriften, Rundbriefe, Flugblätter und Aufkleber, die überwiegend aus Österreich, Kanada, der Schweiz und den USA stammten.

Die neonazistische **NSDAP-Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP-AO)** in den USA fordert die „Ausschaltung des jüdischen Einflusses“, die Überwindung des „Materialismus“ durch den Nationalsozialismus und die „Neugründung der NSDAP als legale Partei“. Endziel sei die „Schaffung eines nationalsozialistischen Staates“ in einem „nevereinigten Großdeutschen Reich“ und die „Errichtung einer Neuen Ordnung auf einer rassistischen Grundlage in der gesamten arischen Welt“. Der „Propagandaleiter“ der NSDAP-AO Gary Rex Lauck gibt große Mengen an Agitationsmaterial heraus, darunter das zweimonatlich erscheinende Publikationsorgan „NS Kampfruf“. Dieses in den USA straffrei hergestellte NS-Propagandamaterial geht von der „Auslandszentrale“ in Lincoln/Nebraska den oft nur aus einer Person bestehenden Stützpunkten der NSDAP-AO im Bundesgebiet zu, denen die Weiterverbreitung im Inland obliegt. Der NS Kampfruf veröffentlichte in der Mai/Juni-Ausgabe einen Beitrag des NS-Aktivisten Gottfried Küssel zu den Gewalttaten gegen Ausländer in Deutschland. Darin erklärte der seit Januar 1992 in Wien inhaftierte österreichische Neonazi, er habe „das gewaltige Explodieren des Volkswillens“ gegen die „Überbevölkerung mit fremden, vorwiegend außereuropäischen Nomaden“ seit Jahren vorausgesagt. Ferner trat er für eine schrittweise Rück-

führung aller Scheinasylanten, Asylanten und Ausländer in ihre Heimatländer ein; andernfalls werde es in Deutschland – wie im ehemaligen Jugoslawien – zu einem Bürgerkrieg kommen. Die in Bayern festgestellten Hakenkreuzaufkleber der NSDAP-AO enthielten Aufschriften wie „Ausländer raus“, „Wir sind wieder da“ und „Die Juden sind unser Unglück“.

Der Inhaber des in Toronto/Kanada ansässigen **Verlags Samisdat Publishers Ltd.**, der deutsche Staatsangehörige Ernst C. F. Zündel, erklärte in seinem „Germania“-Rundbrief vom 15. November, er beabsichtige, aus einem bevorstehenden Strafprozeß in Mannheim gegen seinen Anhänger, den amerikanischen Staatsbürger Fred A. Leuchter, eine revisionistische Werbeveranstaltung zu machen. Das Schicksal habe „uns diesen Leuchter-Prozeß auf deutschem Boden beschert“. Jetzt komme „es darauf an, was wir Deutsche, wir Revisionisten und die Alliierten-Kollaborateure daraus machen“. Dem Rundbrief lagen mehrere vorgedruckte Postkarten an die Bundesministerin der Justiz, an Menschenrechtsorganisationen und an Zeitungsredaktionen bei, auf denen „Freiheit für Fred Leuchter“ gefordert bzw. dieser als „Deutschlands politischer Gefangener“ bezeichnet wurde.

Die Monatsschrift **„Sieg“**, eine der bedeutendsten neonazistischen Propagandaschriften, wird in einer Auflage von mehreren tausend Exemplaren in das Bundesgebiet eingeschleust. Ihr Herausgeber, der österreichische Staatsangehörige Walter Ochsenberger, ist einer der führenden Revisionisten. Er wurde im Februar 1993 bei einer Grenzkontrolle in Kiel festgenommen und Anfang Mai an Österreich ausgeliefert; dort hat er eine zweijährige Freiheitsstrafe wegen „Wiederbetätigung im nationalsozialistischen Sinne“ zu verbüßen. Vor der Strafverfolgung in Österreich war er im vergangenen Jahr nach Spanien geflohen, wo die Publikation „Sieg“ seitdem gedruckt wurde. In



dieser Schrift, die letztmals Anfang 1993 erschienen ist, hieß es, das Jahr 1993 sei in mehrfacher Hinsicht ein Schicksalsjahr. Es erinnere an eine sechs Jahrzehnte zurückliegende Zeit, als ein geschundenes Volk von seinem „neuen Messias“ Adolf Hitler „Erlösung aus allen Nöten erhoffte“. Dieser habe sich freilich „durch ein gigantisches Täuschungs- und Ränkespiel des internationalen Zionismus in den Weltkrieg zerren“ lassen. Nach dem „Wunder der Wiederauferstehung des deutschen Volkes“ drohe nunmehr eine neue nationale Katastrophe. Sämtliche Altparteienpolitiker hätten nämlich Deutschland öffentlich zum Einwanderungsland erklärt. Seit 1. Januar 1993 könnten die „fremdrassigen Ausländer“ aus allen Richtungen in Millionenmassen ungehindert nach Deutschland strömen und damit den „Volkstod des deutschen Volkes“ einleiten. Zwar versuche die deutsche Jugend mit Molotowcocktails und Steinen, die „heranbrandende Millionensturzflut farbiger Ausländer“ aufzuhalten. Diese verzweifelte Abwehr werde aber erst dann Erfolg haben, wenn sich das ganze deutsche Volk geschlossen erhebe und „seine bestochenen Ausländerregierungen samt allen faulenzenden Asylbetrügern und ausländischen Verbrechern“ aus Deutschland hinwegfege.

Der schweizerische Revisionist Dr. Max Wahl erklärte in seiner auch in Deutschland verbreiteten Zeitschrift **„Eidgenoss“**, das

„unter USraelischer Knute funktionierende Tributregime am Rhein“ führe den Krieg der Alliierten gegen das deutsche Volk mit anderen Mitteln weiter. Das

durch die „nationalsozialistische Kriegsgeneration“ bewerkstelligte Wirtschaftswunder sei „in den Händen der mit einer späteren Geburt Begnadeten zu einer Quelle geworden, an der sich alle Durstigen der Welt bedienen“, am meisten das „Weltjudentum und Israel“. Für jüdische Interessen sei „der deutsche Michel der seit 1945 aufgebaute Tributsklave“. Im Ermittlungsverfahren wegen Beleidigung, Volksverhetzung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener erließ das Amtsgericht Stuttgart am 13. September gegen die Schrift einen allgemeinen Beschlagnahmebeschuß.



11. Übersicht über erwähnenswerte rechtsextremistische Organisationen und Verlage sowie deren wesentliche Presseerzeugnisse

Organisation	Mitglieder Ende 1993	Publikationen
a) Gründung	c) Bayern	e) Erscheinungsweise
b) Sitz	d) Bund	f) Auflage
1. Nationaldemokratische Organisationen:		
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)		Deutsche Stimme
a) 28. 11. 1964	c) 800	e) monatlich
b) Stuttgart	d) 5.000	f) 48.000
Junge Nationaldemokraten (JN)		Einheit und Kampf
a) 1969	c) 50	e) unregelmäßig
b) Stade	d) 200	f) 1.500
		Der Aktivist
		e) unregelmäßig
		f) 500
Nationaldemokratischer Hochschulbund (NHB)		Vorderste Front
a) 1967	c) unter 10	e) halbjährlich
b) Wuppertal	d) 50	f) 500
2. National-Freiheitliche Organisationen:		
Deutsche Volksunion (DVU)		(Publizistische Sprachrohre: siehe DSZ-Verlag)
a) 05. 03. 1987	c) 3.100	
b) München	d) 26.000	
Deutsche Volksunion e. V. einschl. Aktionsgemeinschaften		(siehe DVU)
a) 16. 01. 1971		
b) München		
3. Neonazistische Organisationen:		
Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front (GdNF)		Die Neue Front
a) Anfang 1984	Funktionärsgruppe	e) unregelmäßig
		f) 300

Organisation	Mitglieder Ende 1993	Publikationen
a) Gründung	c) Bayern	e) Erscheinungsweise
b) Sitz	d) Bund	f) Auflage

Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP)		Standarte (bisher: Neue Nation)
a) März 1979	c) 15	e) zweimonatlich
b) Halstenbek	d) 430	f) 700

Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG)		Nachrichten der HNG
a) 02.07.1979	c) 30	e) monatlich
b) Frankfurt a. Main	d) 220	f) 300

Die Deutsche Freiheitsbewegung e.V. (DDF)		Recht und Wahrheit
a) 01.04.1983	c) 40	e) zweimonatlich
b) Kaufbeuren	d) 140	f) 2.000

Nationaler Block (NB)		
a) 06.07.1991	c) 40	
b) München		

NSDAP-Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP-AO)		NS Kampfruf
b) USA/Stützpunkte im Bundesgebiet		e) zweimonatlich f) 2.000

4. Sonstige Organisationen:

Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH)		Deutsche Rundschau
a) 03.10.1991	c) 200	e) monatlich
b) Berlin	d) 900	f) 10.000

Wiking-Jugend e. V. (WJ)		Wikinger
a) 1952	c) 30	e) viermal jährlich
b) Stolberg	d) 400	f) 500

Organisation	Mitglieder Ende 1993	Publikationen
a) Gründung	c) Bayern	e) Erscheinungsweise
b) Sitz	d) Bund	f) Auflage
<hr/>		
Gesellschaft für Freie Publizistik e.V. (GFP)		Das Freie Forum
a) 1960	c) 40	e) vierteljährlich
b) München	d) 420	f) 700
<hr/>		
Freundeskreis Ulrich von Hutten e.V.		Huttenbriefe – für Volks- tum, Kultur, Wahrheit und Recht
a) Februar 1982	c) 30	e) zweimonatlich
b) Starnberg	d) 300	f) 4.000
<hr/>		
Deutscher Block (DB)		
a) 1947	c) 30	
b) Memmingen		
<hr/>		
5. Verlage:		
Druckschriften- und Zeitungs- verlag GmbH (DSZ-Verlag)		Deutsche National- Zeitung (DNZ)
a) 1968		e) wöchentlich
b) München		f) 50.000
		Deutsche Wochen- Zeitung (DWZ)
		e) wöchentlich
		f) 30.000
<hr/>		
Nation Europa Verlag GmbH		Nation und Europa – Deutsche Monatshefte
a) 1953		e) monatlich
b) Coburg		f) 15.000
<hr/>		
Verlag Hohe Warte – Franz von Bebenburg KG		Mensch und Maß
a) 1949		e) zweimal monatlich
b) Pähl		f) 2.000
<hr/>		

Organisation	Mitglieder Ende 1993	Publikationen
a) Gründung	c) Bayern	e) Erscheinungsweise
b) Sitz	d) Bund	f) Auflage

Denk mit!-Verlag		Denk mit!
b) Nürnberg		e) unregelmäßig
		f) 1.000

Odal-Verlag		Der Scheinwerfer
b) Rodach b. Coburg		e) monatlich
		f) 7.000

Verlagsgesellschaft Berg		
b) Berg		

2. Abschnitt

Linksextremismus

1. Allgemeines

Der Zusammenbruch des kommunistischen Machtbereichs und die Demokratisierung ehemals kommunistischer Staaten in Mittel- und Osteuropa haben das Gefüge des Linksextremismus in Deutschland in den vergangenen Jahren stark verändert. Die noch aktiven linksextremistischen und links-extremistisch beeinflussten Organisationen haben sich jedoch zwischenzeitlich auf die veränderte Situation eingestellt. Die bisherige Abgrenzung zwischen „Orthodoxen Kommunisten“ und der 1968 aus der Studentenbewegung hervorgegangenen „Neuen Linken“ hat dadurch wesentlich an Bedeutung verloren. Dem trägt auch die folgende Darstellung Rechnung. Entsprechend ihrer Zielsetzung werden die Linksextremisten in diesem Bericht – anders als in früheren Berichten – in „Marxisten-Leninisten und andere revolutionäre Marxisten“ sowie in „Anarchisten und sonstige Sozialrevolutionäre“ untergliedert. Dabei entspricht in etwa

*Neue Begriffs-
bestimmungen*

- der Bereich „Marxisten-Leninisten“ den bisherigen „Orthodoxen Kommunisten“;
- der Bereich „Revolutionäre Marxisten“ der bisherigen „Dogmatischen Neuen Linken“ und
- der Bereich „Anarchisten und sonstige Sozialrevolutionäre“ der bisherigen „Undogmatischen Neuen Linken“.

Zahl und Stärke der Gruppen

Zahl und Stärke der linksextremistischen und linksextremistisch beeinflussten Organisationen in Bayern:

	1991	1992	1993
Zahl der Organisationen	30	35	40
Mitgliedschaften			
Marxisten-Leninisten und andere revolutionäre Marxisten			
Kernorganisationen	5.330*	1.980**	1.910**
Nebenorganisationen	120	150	145
beeinflusste Organisationen	810	955	935
Anarchisten und sonstige Sozialrevolutionäre			
Autonome und Sozialrevolutionäre	400	400	475
Gesamtzahl	6.660*	3.485**	3.465**

* Darin enthalten 4.200 Angehörige der Marxistischen Gruppe (MG), die im Mai 1991 ihre Auflösung erklärte.

** Darin enthalten 700 MG-Aktivisten.

In der vorstehenden Tabelle sind erkannte Mehrfachmitgliedschaften jeweils nur innerhalb des Bereichs der Kern- und Nebenorganisationen berücksichtigt. Über weitere Mehrfachmitgliedschaften liegen keine zuverlässigen Zahlen vor. Ferner sind in den Mitgliederzahlen beeinflusster Organisationen auch Nichtextremisten enthalten; eine zahlenmäßige Aufgliederung ist nicht möglich.

Entwicklung in Bayern

In Bayern hat sich die Gesamtzahl der linksextremistischen Parteien und Gruppierungen im Vergleich zum Vorjahr nochmals geringfügig erhöht. Die Gesamtzahl der Mitglieder ging jedoch leicht zurück. Davon betroffen waren sowohl die Deutsche Kommunistische Partei (DKP), die auch bundesweit Mitgliederverluste zu verzeichnen hatte, als auch die überwiegende Zahl der anderen Gruppierungen. Die Autonomen

konnten ihren Einfluß, der mit einem leichten Anstieg ihres Mitglieder- und Sympathisantenpotentials verbunden war, behaupten.

Wichtige Agitationsthemen der Linksextremisten waren u.a. Neonazismus/Faschismus, Rassismus, Asylrecht, Ausländerfeindlichkeit, Arbeitslosigkeit, „Sozialabbau“, UN-Einsätze der Bundeswehr und das Verbot der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK).

*Aktions-
schwerpunkte*

Die Marxisten-Leninisten und die anderen revolutionären Marxisten sahen 1993 ihre Aufgabe aber auch darin, der demokratischen Aufarbeitung der Geschichte der ehemaligen Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) und der DDR entgegenzuwirken. Ihre Solidarität für die davon Betroffenen schloß auch inhaftierte terroristische Gewalttäter als „politische Gefangene“ mit ein. Die erneuten Bemühungen der Marxisten-Leninisten und der anderen revolutionären Marxisten, die zersplitterten „linken“ Kräfte zusammenzuführen und eine einheitliche Kommunistische Partei aufzubauen, kamen wieder nicht voran. Sie führten jedoch zu engeren Kontakten zwischen der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) und der „Kommunistischen Plattform“ (KPF) in der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) sowie zu vielfältigen Aktionsbündnissen zwischen DKP, PDS, Marxistisch-Leninistischer Partei Deutschlands (MLPD), Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD (AB), Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK) und den Autonomen.

Die Mitgliederentwicklung im Bundesgebiet und in Bayern in den letzten zehn Jahren ist im Anhang 1 dargestellt.

2. Marxisten-Leninisten und andere revolutionäre Marxisten

2.1 Überblick

Die Entwicklung der marxistisch-leninistisch ausgerichteten Organisationen und der andere revolutionären Marxisten war 1993 maßgeblich geprägt durch die Suche nach sozialistischen und kommunistischen Alternativen zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Der weitere Zerfall einiger

*Bekanntnis zum
Marxismus-
Leninismus besteht
unverändert fort*

kommunistischer Parteien erschwerte jedoch diesen Orientierungsprozeß. Die PDS, die nach dem Zusammenbruch des SED-Unrechtsregimes einen neuen Weg des „demokratischen Sozialismus“ beschreiten will, nimmt hierbei eine Sonderstellung ein. In ihrer Mehrheit bekannten sich die Marxisten-Leninisten und die anderen revolutionären Marxisten zum Marxismus-Leninismus und damit, auch wenn sie es nicht offen aussprachen, zu Klassenkampf und Klassenherrschaft. Sie halten damit an ihren verfassungsfeindlichen Zielsetzungen fest. Das sind die „sozialistische“ Revolution und die Diktatur des Proletariats, die vor allem gegen das Mehrheits- und Freiheitsprinzip sowie gegen den Gleichheitsgrundsatz verstoßen.

2.2 Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

2.2.1 Ideologisch-politischer Standort

DKP beansprucht weiterhin Führungsrolle

Seit ihrer Gründung nimmt die DKP die Führung der Marxisten-Leninisten in der Bundesrepublik Deutschland für sich in Anspruch. Sie machte diesen Führungsanspruch auch 1993 geltend. Interne Auseinandersetzungen und damit verbundene Versuche, die Organisation zu konsolidieren und die Handlungsfähigkeit wieder zurückzugewinnen, banden jedoch weitgehend die Kräfte der Partei.

Parteivorstand betont gesteigerte Aktionsfähigkeit

Am 16./17. Januar fand in Mannheim der 12. Parteitag der DKP statt, an dem rund 400 Personen teilnahmen, darunter zahlreiche Vertreter ausländischer „Bruderparteien“ und „Befreiungsbewegungen“ sowie kommunistischer Gruppierungen des Inlandes. In seinem Rechenschaftsbericht betonte der Parteivorstand die gesteigerte Aktionsfähigkeit der DKP. So habe es regelmäßige Gespräche mit der KPF in der PDS und zunehmende Kontakte zu ausländischen kommunistischen „Bruderparteien“ gegeben. Als weitere Aktivitäten wurden die parteiinternen Diskussionen um die programmatischen Thesen und das Statut sowie die Spendenaktionen für das DKP-Zentralorgan „Unsere Zeit“ (UZ) genannt.

Gegen heftige Kritik aus der oppositionellen „Hardliner-Gruppe“ beschloß der Parteitag die intern diskutierten „Thesen zur programmatischen Orientierung“. Darin unterstreicht

die DKP ihre gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtete Zielsetzung. In der Einleitung zu den „Thesen“ heißt es, die DKP kämpfe für eine Politik, die im Sozialismus die Zukunft, im Klassenkampf die zentrale Triebkraft der Geschichte und in der Arbeiterklasse die entscheidende soziale Kraft für den gesellschaftlichen Fortschritt sehe. Sie stütze sich auf die materialistische Wissenschaft, die von Marx und Engels gegründet und von Lenin weiterentwickelt worden sei.

DKP hält an verfassungsfeindlicher Zielsetzung fest



Thesen

zur programmatischen Orientierung
der
DKP

beschlossen vom Mannheimer Parteitag 1993

*Fortsetzung des
DKP-Parteitag
in Gladbeck*

Am 13. November setzte die DKP in Gladbeck ihren 12. Parteitag mit der Erörterung der Kandidatur der Partei bei der Europa- und Bundestagswahl 1994 fort. Nach längerer Diskussion beschlossen die Delegierten, an der Europawahl mit einer „offenen“ Bundesliste teilzunehmen. Dazu wurden im Anschluß an den Parteitag auf einer „Bundeswahlkonferenz“ 12 weibliche und 26 männliche Kandidaten gewählt. Übereinkommen wurde auch darüber erzielt, daß die DKP die eigene Liste zurückziehe, falls die PDS bei der Aufstellung ihrer Kandidaten im März 1994 auch Kandidaten der DKP berücksichtige.* Zur Bundestagswahl sprachen sich die Delegierten dafür aus, unter bestimmten Voraussetzungen (z.B. Übereinstimmung in den Aussagen, eigenständiger Wahlkampf, aussichtsreiche Platzierung von DKP-Mitgliedern) auf den „offenen“ Listen der PDS zu kandidieren.

*DKP Nordbayern
opponiert gegen
Bundesvorstand*

Angesichts schwerwiegender ideologischer Differenzen zwischen Mitgliedern und Funktionären der DKP-Bezirksorganisation Nordbayern und dem DKP-Parteivorstand auf dem 12. Parteitag beschloß die Bezirksmitgliederversammlung der DKP Nordbayern am 27. März, daß der Bezirk die Beschlüsse des Parteitages nicht anerkennen und sich an ihrer Durchführung nicht beteiligen werde. An die Mitglieder erging die Aufforderung, künftig nur noch den Mindestbeitrag an den DKP-Parteivorstand abzuführen, die finanzielle Unterstützung der „UZ“ einzustellen und statt dessen



die eigene Zeitung „Nordbayerischer Landbote“ zu unterstützen. Nachdem der DKP-Parteivorstand mit Ausschluß der oppositionellen Mitglieder und Funktionäre drohte, legten die Sprecherinnen und Sprecher der DKP Nordbayern ihre Sprecherratsfunktion zum 10. Juli nieder und traten aus der Partei aus. Gleichzeitig betonten sie jedoch ihren gemeinsamen Willen, die Zusammenarbeit der letzten Jahre fortzusetzen und für eine „Neubegründung marxistischer Politik, Theorie und

*Spaltung der
DKP-Nordbayern*

* Nach einer Erklärung des DKP-Sprechers Rolf Priemer werde die Partei ihren Wahlvorschlag für die Europawahl nicht einreichen und statt dessen für die „offenen“ Listen der PDS eintreten.

Organisation“ zu arbeiten. Sie gründeten anschließend einen „Verein für Arbeitnehmerbildung“, dem rund 50 ehemalige DKP-Mitglieder und -Funktionäre angehören.

2.2.2 Organisation

Auf dem Gebiet der westlichen Bundesländer unterhält die DKP nach wie vor zwölf Bezirksorganisationen, die in Kreis- und Grundorganisationen unterteilt sind. Die in Berlin neu errichteten Bezirksorganisationen Berlin-Ost und Berlin-West (früher Berlin-Brandenburg) sollen vor allem die Mitglieder in den fünf neuen Ländern betreuen. Die Zahl der Mitglieder, die bundesweit erneut zurückging, lag Ende 1993 bei etwa 6.000 (1992: 7000). In Bayern existieren zwei Bezirksorganisationen (Nord- und Südbayern) und zwölf Kreisverbände. Die Mitgliederzahl ging ebenfalls zurück. Ende 1993 gehörten der DKP in Bayern noch 750 (1992: 800) Mitglieder an. Ursächlich für den Mitgliederrückgang in Bayern war vor allem die Spaltung der DKP-Bezirksorganisation Nordbayern, die insgesamt zu einer deutlichen Schwächung der DKP in Bayern führte.

Erneut bundesweite Mitgliederverluste der DKP

Von den bisher gewählten vier Sprechern der DKP wurden Heinz Stehr und Rolf Priemer auf dem 12. Parteitag in ihren Ämtern bestätigt. Die auf dem Parteitag im November vorgesehene Nachwahl von zwei Sprecherinnen für den DKP-Sprecherrat kam nicht zustande, da sich keine Kandidatinnen für dieses Amt gefunden hatten. Der Parteitag konnte lediglich zwei Frauen in den Parteivorstand wählen, dem neben den Sprechern nunmehr 30 weitere Mitglieder angehören, davon zwei DKP-Funktionäre aus Bayern.

Sprecherräte der DKP

Wesentlich bescheidener als früher blieb der Finanzrahmen der Partei. Ihre Mitglieder führten im Durchschnitt monatlich weit weniger an die Partei ab als die anderer revolutionär-marxistischer Organisationen. Gesonderte Spendenkampagnen für das Zentralorgan „UZ“, für den „Kampffond“ der DKP und für den 12. Parteitag sowie für das „UZ“-Pressefest vom 24. bis 26. September in Bottrop brachten zusätzliche Einnahmen von mehreren hunderttausend DM. Darüber hinaus bemühte sich die Partei erfolgreich um Erbschaften von DKP-Mitgliedern.

Angespannte Finanzlage



2.2.3 Bündnis- und Aktionseinheitspolitik, Betriebsarbeit

Bündnispolitische Bedeutung der DKP ging zurück

Die DKP räumte der überkommenen Bündnispolitik nach wie vor einen hohen Stellenwert ein, obwohl die Aktionsfähigkeit früherer Jahre nicht wiedererlangt werden konnte. Ohne finanzielle Hilfe von außen und mit nur wenigen ehrenamtlichen Mitarbeitern war die Partei jedoch vielfach nicht in der Lage, sich in Protestkampagnen demokratischer Gruppierungen wirksam einzuschalten. Der DKP-Parteivorstand appellierte an Mitglieder und Sympathisanten der Partei, bei Aktionen und Demonstrationen gegen Rechts „Flagge“ zu zeigen und insbesondere die Aktivitäten in den Initiativen gegen Ausländerhaß und Rassismus zu intensivieren. So fanden 1993 mit Unterstützung der DKP wiederholt Aktionen des linksextremistisch beeinflussten Münchner Bündnisses gegen Rassismus und des von Autonomen gesteuerten Nürnberger Aktionskomitees gegen Rassismus statt, die sich gegen angebliche „Menschenrechtsverletzungen in der BRD“ sowie

gegen die „Abschiebung von Asylanten“ und die „Abschaffung des Asylrechts“ richteten.

Im Rahmen eines Aktionsbündnisses protestierten Anhänger der DKP auch gegen Propagandaaktionen von Rechtsextremisten am 14. August anlässlich des 6. Todestages von Rudolf Heß im Raum Oberfranken. Weitere Gelegenheiten für bündnispolitische Aktivitäten ergaben sich für die DKP bei den „Ostermärschen“, zum 1. Mai und bei Aktionen gegen den DVU-Parteitag am 2. Oktober in Passau. Die DKP bekundete außerdem ihre Bereitschaft, mit gewalttätigen Linksextremisten zusammenzuarbeiten.

Die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit der DKP, früher ein Hauptbereich orthodox-kommunistischer Agitationsversuche, gestaltet sich dagegen immer schwieriger. In Bayern bestanden Ende 1993 nur noch zwei Betriebsgruppen.

2.2.4 Sonstige Aktivitäten

DKP-Mitglieder beteiligten sich auch 1993 wieder an Versuchen, den „realen Sozialismus“ als legitime Alternative zur freiheitlichen Demokratie darzustellen und den Unrechtscharakter des SED-Regimes zu leugnen. Dazu nutzten sie DKP-nahe Einrichtungen wie das Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung (iws) in München, die DKP-nahe Marx-Engels-Stiftung (MES) in Wuppertal sowie das PDS-orientierte Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) in Frankfurt a. Main.

*DKP-Mitglieder
leugnen Unrechts-
charakter des
SED-Regimes*

Bestandteil der Kampagne, die deutsche Geschichte aus kommunistischer Sicht neu zu interpretieren, sind auch die Bemühungen der DKP, Maßnahmen der Justiz gegen Kommunisten auf der Basis des Verbotes der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) durch das Bundesverfassungsgericht im Jahre 1956 als Unrecht darzustellen. Die DKP unterhielt dazu weiterhin eine „Initiativgruppe zur Rehabilitierung der Opfer des Kalten Krieges“, der im wesentlichen Altkommunisten angehören. Diese behaupten einen politischen Zusammenhang zwischen der Verfolgung der Kommunisten durch die Nationalsozialisten, den Maßnahmen gegen die ille-

gale KPD in der Nachkriegszeit, den Bemühungen, Linksextremisten aus dem öffentlichen Dienst fernzuhalten sowie der Inhaftierung von RAF-Terroristen, die von der DKP inzwischen als „politische Gefangene“ bezeichnet werden.

Zum Verbot der marxistisch-leninistischen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) und ihrer Teil- bzw. Nebenorganisationen durch das Bundesministerium des Innern am 22. November erklärte der DKP-Sprecher Rolf Priemer, die Partei sehe das Verbot als aktuelle Fortsetzung einer Politik, die 1956 mit dem KPD-Verbot begonnen habe und bis heute „Repressionen und Verfolgungen von Kommunisten, Sozialisten und Linkskräften in Deutschland“ nach sich ziehe.

Die DKP setzte auch 1993 ihre Bemühungen fort, die Verbindungen zu ausländischen „Bruderparteien“ zu beleben. So reisten auf Einladung Delegationen der DKP in mehrere kommunistische Länder. Vertreter kommunistischer Parteien des Auslandes nahmen am DKP-Parteitag in Berlin sowie am „UZ“-Pressefest teil. Auf Initiative der DKP fand am 4./5. September in Leverkusen eine „Internationale Konferenz“ kommunistischer Parteien zur europäischen Integration statt. Erschienen waren Vertreter von neun europäischen kommunistischen Parteien. Der DKP-Sprecher Heinz Stehr wies hierbei auf die angeblich von einer deutschen Vorherrschaft ausgehenden Gefahren hin. Im übrigen sei die durch den Vertrag von Maastricht eingeleitete europäische Integration mit „massenhaftem Sozialabbau“ und „bedrohlicher Rechtsentwicklung“ verbunden. Diesem Prozeß hätten die „Linkskräfte“ in Europa keine nennenswerte international handelnde Bewegung entgegenstellen können.

2.3 Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)

2.3.1 Ideologische Ausrichtung der PDS

Die ehemals in der DDR herrschende SED hat sich nach der friedlichen Revolution und dem Zusammenbruch ihres Unrechtsregimes nicht aufgelöst. Sie änderte ihren Namen in Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) und gründete auch in den westlichen Bundesländern mehrere Landesverbände.

Richtlinie für die ideologische Ausrichtung der PDS sind das im Juni 1991 geänderte Statut sowie das auf der ersten Tagung des 3. PDS-Parteitages vom 29. bis 31. Januar in Berlin beschlossene neue Programm. Beide Dokumente lassen nach wie vor kommunistische Intentionen erkennen. So versteht sich die PDS im neuen Programm als ein Zusammenschluß „linker Kräfte“. In ihr hätten sowohl Menschen einen Platz, die der kapitalistischen Gesellschaft Widerstand entgegenzusetzen wollen und die gegebenen Verhältnisse fundamental ablehnen, als auch jene, die ihren Widerstand damit verbinden, die gegebenen Verhältnisse positiv zu verändern und schrittweise zu überwinden. Die PDS hält ferner den außerparlamentarischen Kampf um gesellschaftliche Veränderungen für entscheidend. Sie bekennt sich zu einem konsequenten Internationalismus und ist dem Erbe von Marx und Engels, den vielfältigen Strömungen der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung sowie anderen revolutionären und „demokratischen“ Bewegungen kritisch verbunden.

*Politisches
Selbstverständnis
der PDS*

Auf dem 3. Parteitag der PDS in Berlin befaßten sich die Delegierten u. a. mit einem Beschluß des letzten Parteitages „Zur konsequenten, offenen und öffentlichen Auseinandersetzung der PDS mit der Problematik Staatssicherheit“ (MfS-Beschluß) und verabschiedeten ein neues Parteiprogramm. Bei beiden Punkten gab es kontroverse Diskussionen. So stand einem „Reformerflügel“, der die Rolle der PDS als sozialistische Partei darstellen wollte, eine nicht unerhebliche Anzahl von Delegierten gegenüber, die deutlich die Ideologie der ehemaligen SED vertraten. Insbesondere Sprecher der KPF in der PDS beschworen unter Berufung auf Marx, Engels und Lenin den „Klassenkampf“ und forderten eine „Volksfront“ aller linken Kräfte.

*PDS-Parteitag
in Berlin*

Das 1991 geänderte Statut läßt weiterhin die Bildung von Zusammenschlüssen zu, denen die Möglichkeit eingeräumt wird, mit eigener Satzung und eigenem Namen in der PDS mitzuwirken. So ist in der PDS die „Kommunistische Plattform“ (KPF) verankert, die sich eindeutig zum Marxismus-Leninismus bekennt und die DKP (vgl. Nr. 2.2) als natürliche Verbündete ansieht.

*„Kommunistische
Plattform“ (KPF)*

Zu ihrer Rolle in der PDS schrieb die KPF in ihrem Organ „Mitteilungen“ Nr. 9/93, es liege im Interesse der deutschen Arbeiterklasse und des historischen Fortschritts, daß es eine starke gesellschaftliche Kraft gebe, die sich mehrheitlich zum Marxismus bekenne und entschiedener „linke“ Positionen einnehme als andere Parteien. Auch der auf dem 3. Parteitag der PDS in Berlin neugewählte Parteivorsitzende Lothar Bisky bekannte sich zur Existenz der KPF in der PDS. In einem Gespräch, das Bisky noch vor dem Ende des Parteitages mit einem Redaktionsmitglied des DKP-Zentralorgans „UZ“ führte, sagte er, er sei froh, daß es die KPF gebe, denn diese Gruppe sei sehr aktiv und eine wichtige Kraft in der PDS. Er habe kein Interesse, sich von der KPF in der PDS in irgendeiner Weise abzugrenzen.

Ständiger Rat Marxistischer Parteien

Über die KPF ist die PDS auch im „Ständigen Rat Marxistischer Parteien“ vertreten. Diesem 1991 in Berlin gegründeten Gremium gehören neben der PDS auch die Anfang 1990 in den fünf neuen Bundesländern gegründete Kommunistische Partei Deutschlands (KPD/DDR) sowie der Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD (AB) an. Ziel des Ständigen Rates ist die Kommunikation und Koordination der Marxisten Deutschlands in Theorie und Praxis.

Gliederung der PDS

2.3.2 Gliederung der PDS

Die PDS hat ihren Sitz in Berlin. Sie unterhält in den neuen Ländern fünf Landesverbände. In den westlichen Bundesländern bestehen neun Landesverbände. Nach eigenen Angaben gehörten der Partei im Bundesgebiet Ende 1993 rund 145.000 Mitglieder an, davon 1.000 in den westlichen Ländern.



Neuwahl des PDS- Parteivorstandes

Als Nachfolger des bisherigen Parteivorsitzenden Gregor Gysi, der Monate vorher seinen Rücktritt angekündigt hatte, wurde auf der ersten Tagung des 3. Parteitages der PDS vom 29. bis 31. Januar in Berlin der bisherige Vorsitzende des PDS-Landesverbandes Brandenburg Lothar Bisky gewählt. Neue Stellvertreter wurden Christine Ostrowski aus Dresden und der ehemalige DKP-Bezirksvorsitzende von Hamburg

Wolfgang Gehrcke. Dessen bisherige Funktion als Bundesgeschäftsführer übernahm Martin Harnack aus Grimma/Sachsen. Nachdem bekannt wurde, daß Christine Ostrowski mit dem Landesvorsitzenden der verbotenen neonazistischen Nationalen Offensive (NO) in Sachsen ein Kontaktgespräch geführt hatte, erklärte sie am 15. März ihren Rücktritt. Auf der zweiten Tagung des Parteitages der PDS am 26./27. Juni in Berlin wurden zwei weitere Stellvertreterinnen, der Schatzmeister und 12 Angehörige des Parteivorstandes gewählt. Dem PDS-Parteivorstand gehören nunmehr 18 Mitglieder an, darunter fünf aus den westlichen Ländern. Diese fünf Personen gehörten vor dem Wechsel zur PDS anderen linksextremistischen Organisationen an.

Um eine bessere Effizienz der Arbeit in den mitglieder-schwachen westlichen Landesverbänden zu erzielen, wurde am 22. Mai in Bonn die „Arbeitsgemeinschaft PDS/Linke Liste westliche Bundesländer“ (AG West) mit Sitz in Hamburg gegründet. Primäres Ziel der AG West sei es, die Chancen der Partei bei der Bundestagswahl 1994 zu verbessern. Dazu gehöre eine gesamtdeutsche PDS, die die unterschiedlichen Politikansätze bündele und darauf aufbauend diese als einheitliche Westpolitik der PDS der Öffentlichkeit präsentiere.

*Gründung
einer AG West*

Organisatorisch setzt sich der Landesverband Bayern – entsprechend den beiden Strömungen – im wesentlichen aus den Initiativen PDS/Linke Liste und PDS-Basisorganisationen zusammen. Geführt werden die rund 10 örtlichen Gruppierungen von einem aus sechs Personen bestehenden Landesvorstand, dem zwei Sprecher vorstehen. Zwei Mitglieder des neugewählten Landesvorstandes gehörten früher linksextremistischen Organisationen an. Die Mitgliederzahl liegt bei etwa 100. Nicht eingerechnet ist dabei die Anzahl der Sympathisanten, denen – laut Statut – aufgrund ihres Engagements in der Partei Mitgliederrechte eingeräumt werden.

*Organisation
der PDS/LL Bayern*



2.3.3 Aussagen und Aktivitäten der PDS und ihrer Funktionäre

Vielfältige Kontakte zu „Bruderparteien“ im Ausland

Im Rahmen ihrer Internationalismus-Arbeit unterhält die PDS vielfältige Kontakte zu kommunistischen Organisationen im Ausland. Nach den von der Partei veröffentlichten Übersichten habe es 1993 mit 23 kommunistischen Parteien Gespräche gegeben: Der PDS-Vorsitzende Lothar Bisky habe sich u. a. mit Funktionären der Kommunistischen Parteien Chinas, Kubas und Frankreichs getroffen, sein Vorgänger Gregor Gysi mit Vertretern der Kommunistischen Parteien Österreichs, der Schweiz und Spaniens.

Zusammenarbeit mit Kommunisten bei den Wahlen

Zur Zusammenarbeit mit Kommunisten bei den Wahlen 1994 erklärte der ehemalige PDS-Vorsitzende Gregor Gysi, der PDS müsse es im Wahlkampf gelingen, weit über das „traditionelle“ linke Spektrum hinaus für die Notwendigkeit einer starken linken Opposition zu werben. Hieran seien Erfolg und Mißerfolg zu messen. Das Austragen ideologischer „Glaubenssätze“ und die Verständigung auf ein „revolutionäres“ Wahlprogramm für den Wahlkampf und die Zeit danach seien für die Wahlziele der PDS kontraproduktiv. Die Strategie der PDS schließe Wahlbündnisse mit anderen Parteien aus. Damit sei keine Ausgrenzung von Kommunisten verbunden, denn solche gebe es in genügender Zahl in der PDS selbst; die PDS müsse sich daher auch keine Kommunisten aus anderen Parteien ausleihen.

PDS befürwortet Zusammenarbeit mit Autonomen

Ein Mitglied der Arbeitsgemeinschaft „Antifaschismus und Rechtsextremismus“ beim PDS-Parteivorstand kritisierte in der Mitgliederzeitschrift „Disput“ Nr. 17/1993 die mangelnde Wirksamkeit der Antifa-Arbeit der Partei und trat für engere Kontakte zu den Autonomen ein. In dem Beitrag hierzu war ausgeführt, künftig müßten außerparlamentarische Aktionen und Selbsthilfe verstärkt werden. Eine wirkungsvolle Jugend- und Antifa-Arbeit der PDS hänge insbesondere von engen Kontakten zu den autonomen und antifaschistischen Jugendstrukturen ab. Es wäre töricht, autonome Gruppen bei unterstützenswerten Aktivitäten allein zu lassen, z. B. wenn es um die konkrete Verhinderung von Nazitreffen gehe. Auch der PDS-Landesvorsitzende von Sachsen-Anhalt befürwortete auf

dem Landesparteitag am 11. September ein „Zusammengehen“ mit den Autonomen. Angehörige des Berliner Rates der Arbeitsgemeinschaft (AG) „Junge GenossInnen“ in der PDS erklärten daraufhin, sie hätten schon bei mehreren Aktionen mit Berliner Antifas zusammengearbeitet und würden dies auch künftig tun.



Mitglieder derselben AG hatten bereits in früheren Veröffentlichungen militanten Widerstand nicht ausgeschlossen, da eine Beseitigung der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse nur auf revolutionärem Wege erreicht werden könne. Die Geschichte habe gezeigt, daß die Herrschenden ihre Macht nie freiwillig abgegeben hätten. Deshalb müsse sich die PDS, um ihre Ziele durchzusetzen, alle revolutionären Mittel wie politischen Generalstreik oder sogar den Einsatz bewaffneter Gewalt offen halten.

*Militanter
Widerstand nicht
ausgeschlossen*

Zu dem Brandanschlag am 29. Mai in Solingen, bei dem fünf türkische Staatsangehörige getötet und mehrere Personen verletzt wurden, erklärte ein Mitglied des PDS-Parteivorstandes, der gegenwärtige Terror in Deutschland sei nicht nur Resultat des „braunen Ungeistes“, sondern auch Folge „denunziantenhafter Attacken auf das Asylrecht durch Skinheads in Schlips und Kragen“. Diese setzten alles daran, Einwanderer und Flüchtlinge zum nationalen Feindbild zu erklären. Sie seien nicht an Stammtischen, sondern in Parlamenten, Parteizentralen und Behörden zu finden.

*Diskriminierung
des Rechtsstaates*

Der ehemalige PDS-Vorsitzende Gregor Gysi äußerte sich im „Neuen Deutschland“ (ND) zum Begriff des „demokratischen Sozialismus“. Dabei bemängelte er, daß mit dem Begriff „Kommunist“ heute „leider“ nicht nur die kommunistische Idee und Weltanschauung verbunden seien, sondern auch ein Denken im Sinne eines ganz bestimmten Parteityps, einer ganz bestimmten Struktur und Geschichte. Allerdings bringe er mit dem Begriff „demokratischer Sozialist“ nicht zum Ausdruck, daß ihm etwa die kommunistische Utopie von einer klassenlosen Gesellschaft fremd sei, in der die Freiheit des Ein-

zelen die Voraussetzung für die Freiheit aller sei. Es sei noch nichts Besseres formuliert worden als diese Utopie im „Kommunistischen Manifest“; diese Utopie sei auch die seine. Andere klassische kommunistische Vorstellungen seien dagegen abzulehnen; dazu gehörten u. a. die Avantgarde-Theorie und der Zentralismus. Ein Zurück zur DDR könne es nicht mehr geben. Die PDS müsse daher nachdenken, wie diese Bundesrepublik anders gestaltet werden könne.

Aktivitäten der PDS/LL Bayern

Neben Fragen des inneren Aufbaus und der Konsolidierung des Landesverbandes standen 1993 insbesondere die Diskussionen über die Beteiligung an den Wahlen 1994 im Vordergrund. Aufgrund des geringen zeitlichen Abstands zwischen Landtags- und Bundestagswahl beschloß der Landesvorstand, nur an der Europa- und Bundestagswahl teilzunehmen. Im übrigen unterstützte die PDS/LL insbesondere die „antifaschistischen“ Aktionen der verschiedensten Bündnisse und linksextremistischen Gruppierungen, vor allem die der DKP.

ARGE bei der PDS „Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“

Die Arbeitsgemeinschaft (ARGE) bei der PDS „Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“, die ehemals starken Einfluß auf den Landesverband Bayern ausübte, trat hier 1993 nur mit ihrer Publikation „Rundbrief“ in Erscheinung. Diese im September 1990 in Suhl-Thüringen gegründete ARGE wendet sich gegen eine Regionalisierung der PDS, damit die Diskussion um die Zukunft über eine sozialistische Bewegung in allen Ländern, zentral von Berlin aus, fortgesetzt werden könne. Dem Zusammenschluß gehören neben PDS-Basisorganisationen in Thüringen auch die PDS-Basisorganisationen Nürnberg und Ingolstadt an.

2.4 Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD (AB)

Mehrere örtlich tätige maoistisch orientierte Arbeiterbasis-Gruppen schlossen sich 1973 zum AB zusammen. Dieser beruft sich in seinen programmatischen Aussagen auf den Marxismus-Leninismus und Mao Zedongs Ideen. Sein Ziel ist die Beseitigung der „herrschenden Ausbeuterklasse“ und die „Errichtung einer Diktatur des Proletariats“, um den Kommu-

**1. MAI
KAMPFTAG DER
ARBEITERKLASSE**

Erwerbslosigkeit, Rassismus, Annexion + Krieg

STURZ DER REGIERUNG DER ANNEXION

Arbeiter!
Dies Land geht vor die Hunde, Tag für Tag, und mit jeder stillgelegten Fabrik, Jedem entlassenen Proleten und jedem Erachtlagenen anderer Nationalität mehr. (Und wir reden hier nicht von der einverleibten und inzwischen weitgehend ausgeräuberten DDR, wir reden von dieser Bundesrepublik, die die DDR 1990 annektiert hat.)

Die goldenen 60er Jahre sind vorüber, reicher gemacht haben sie nur die Kapitalisten. Für die Arbeiter blieb nicht einmal der Teuerungsausgleich. 577 Milliarden hatten die da oben 1992 auf der Bank. Bei uns hier unten haben 4,2 Millionen von der Sozialhilfe nicht genug zum Leben und zuviel zum Sterben, hat über eine Million keine Wohnung. Herren sind wir nicht geworden, als es unseren Kapitalisten gut ging, aber immerhin durften ein paar mehr von uns ein wenig länger Knechte bleiben. Nun werden auch sie nicht mehr gebraucht. Wo die siebzehn größten Konzerne der Welt mehr Umsatz machen als zwei Drittel der Weltbevölkerung zum Leben haben, kann diese Armut den Reichtum, den wir geschaffen haben, nicht mehr kaufen. Er wird vernichtet. Stillgelegt jede fünfte Maschine in Westdeutschland, vernichtet in den Konkursen eines

Jahres, wovon eine halbe Million Arbeiter dies Jahr zu leben hätten. Während die Feuer ausgehen in Rheinhausen steht der Arbeiter wieder einmal auf der „Brücke der Solidarität“. Er geht zur Regierung, statt gegen sie zu kämpfen. Er geht mit den falschen Leuten und stellt die falschen Forderungen. Er geht mit Cromme und Reuter zu Rezrod und Kohl und fragt: Warum wir? Sollen doch die Franzosen die Fabriken schließen! Macht die Grenzen dicht gegen den Stahl aus der Slowakei und die Autos aus Japan! Aber die Regierung der herrschenden Klasse hat doch die Krise bekämpft: sie hat 16 Millionen zwangsverpflichtet, nur bei Deutschen zu kaufen. Was dabei herausgekommen ist ist die Erkenntnis, daß die Rechnung, dem deutschen Arbeiter gehe es umso besser, je ärmer seine Bourgeoisie die anderen Länder macht, nicht aufgeht. Denn es gibt da ein Hindernis, das der Arbeiter nicht überwinden kann: das Hindernis ist er selber. Was zuviel sein soll in dieser in Armut wie in Reichtum grenzenlosen Welt sind nicht nur die Hochöfen, die Fließbänder und die Montagehallen. Was zuviel sein soll ist der Arbeiter selbst. Jeder sechste in Westdeutschland, so die Bundesanstalt für Arbeit, wird es noch dieses Jahr erfahren.

Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD

Plakat des AB

nismus in einer „klassenlosen Gesellschaft“ zu verwirklichen. Der AB bekennt offen, daß dies nur mit Gewalt zu erreichen sei, da die „herrschende Klasse“ nicht freiwillig auf ihre Macht verzichte.

Der AB bestand trotz Spaltung in zwei Flügel fort. Der PDS-orientierten Fraktion gelang es erneut nicht, das Brecht-Gedicht „Anachronistischer Zug oder Freiheit und Democracy“ zu inszenieren. Der zweite Flügel versuchte durch die

*Schwerpunkt des
AB liegt in Bayern*

regelmäßige monatliche Herausgabe des AB-Zentralorgans „Kommunistische Arbeiterzeitung“ (KAZ) seinen Zielen näher zu kommen.

Der AB ist vorwiegend in Bayern tätig. Es bestehen Gruppen in Augsburg, München, Nürnberg und Regensburg. „Freundeskreise“ in München, Nürnberg und Regensburg sollen den AB finanziell unterstützen. In weiteren Städten des Bundesgebietes verfügt der AB über Ortsgruppen bzw. Stützpunkte. Die Gesamtmitgliederzahl liegt bei etwa 200 Personen. In Bayern hat der AB rund 100 Mitglieder.

In München und Regensburg bestehen seit 1972 Gruppen des vom AB stark beeinflussten **Antifaschistischen Komitees – Stoppt die schwarzbraune Sammlungsbewegung – AKS** – (früher Anti-Strauß-Komitee) mit etwa 90 Mitgliedern. Ziel des AKS ist es, den „Sturz des rechten Führungskaders“ vorzubereiten und alle faschistischen Organisationen zu bekämpfen.

Die **Initiativen für die Vereinigung der revolutionären Jugend (IVRJ)** unterliegen ebenfalls dem Einfluß des AB. Ortsgruppen bestehen u. a. in München, Nürnberg und Regensburg.

2.5 Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)

Die MLPD, 1982 in Bochum als „politische Vorhutorganisation der Arbeiterklasse in der BRD und Westberlin“ gegründet, forderte weiterhin den revolutionären „Sturz der Herrschaft der Monopolkapitalisten“ und die „Einführung der sozialistischen Gesellschaftsordnung“ unter einer „Diktatur des Proletariats“. Sie bekennt sich zu den Lehren von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Zedong. In regionalen und bundesweiten Veranstaltungen gedachte sie des 100. Geburtstags von Mao Zedong. Eine Hauptaufgabe sah die MLPD im Organisationsaufbau der Partei in den neuen Ländern. Dazu wurden erfahrene MLPD-Kader veranlaßt, Wohnort und Arbeitsplatz dorthin zu verlegen. Die bereits 1992 gestartete Kampagne

Plakat der MLPD

Proletarier **aller Länder,** **vereinigt** **euch**



Rellinghauser Str. 334
 4300 Essen 1
 Telefon: 02 01/2 59 11

MLPD
 Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands

„Arbeitsplätze für Millionen“ wurde fortgeführt, um damit Druck gegen die Politik der Bundesregierung zu erzielen.

Der Schwerpunkt der Partei liegt im west- und südwestdeutschen Raum. Ihre Mitglieder sind in Betriebszellen, Ortsgruppen und Bezirken organisiert, die einer „Zentralen Leitung“ mit Sitz in Essen unterstehen. Die MLPD verfügt bundesweit über rund 2.000 Mitglieder, davon etwa 100 in Bayern.

Wesentlich intensiviert hat die Partei die Anstrengungen zum Aufbau ihres **Jugendverbandes Rebell** und seines gleichnamigen Jugendmagazins. Darüber hinaus verbreitet sie in Bayern zahlreiche Betriebs- und Stadtzeitungen.

3. Autonome, Anarchisten und sonstige Sozialrevolutionäre

3.1 Überblick

Mit Forderungen nach „Selbstorganisation der Unterdrückten“, „Autonomie“ und „Spontaneität in den eigenen Gefühlsäußerungen“ entwickelte sich Mitte der 70er Jahre insbesondere an den Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland ein linksextremistisches Potential, dessen einigendes Band einerseits in der Nichtanerkennung der bestehenden Herrschaftsform, andererseits aber auch in der Ablehnung der Politik der marxistisch-leninistischen „K-Gruppen“ bestand. Mit dem Begriff „Undogmatische Neue Linke“ werden sie seither bezeichnet, da sie weder ein ausformuliertes Programm, noch eine klare ideologische Zielvorstellung kennen und außerdem feste Organisationsstrukturen ablehnen. Anhänger eines „undogmatischen wissenschaftlichen Sozialismus“ gehören diesem Spektrum ebenso an wie Sozialrevolutionäre und Anarchisten. In der Fortentwicklung dieses diffusen linksextremistischen Spektrums traten Ende der 70er Jahre im Rahmen der Anti-Atomkraft-Bewegung die ersten Autonomen auf. Seit Beginn der 80er Jahre konnten sie ihren Einfluß zunehmend festigen, wogegen bei anderen Gruppen wie etwa den Anarchisten ein nahezu parallel verlaufender Niedergang festzustellen war.

3.2 Autonome

Ziel der Autonomen ist es, den Staat mit seinen Institutionen zu beseitigen und an seiner Stelle eine „herrschaftsfreie Gesellschaft“ zu errichten, von der indessen niemand weiß, wie sie im einzelnen aussehen soll. Um dieses Ziel zu erreichen, wird der Kampf gegen den von den Autonomen als „Schweinesystem“ titulierten Staat und seine Organe als



unabdingbar erachtet. Die Anwendung von Gewalt gegen Sachen ist dabei unumstrittenes Mittel. Gewalt gegen Personen gewinnt im Gegensatz zur früheren Einstellung zunehmend an Bedeutung. In diesem Zusammenhang ist vor allem auf die Steinwürfe auf den Bundespräsidenten im November 1992 anlässlich der Demonstration gegen Fremdenfeindlichkeit in Berlin und die tätlichen Übergriffe im Mai 1993 auf Mitglieder des Bundestages vor der Abstimmung über die Änderung des Art. 16 des Grundgesetzes zu verweisen.

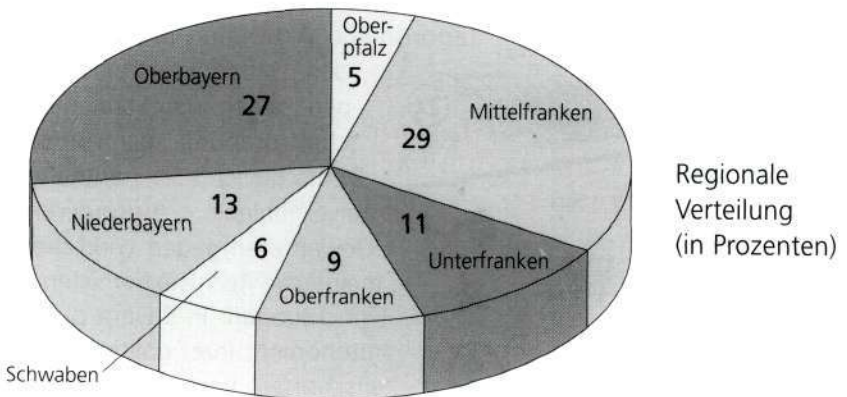
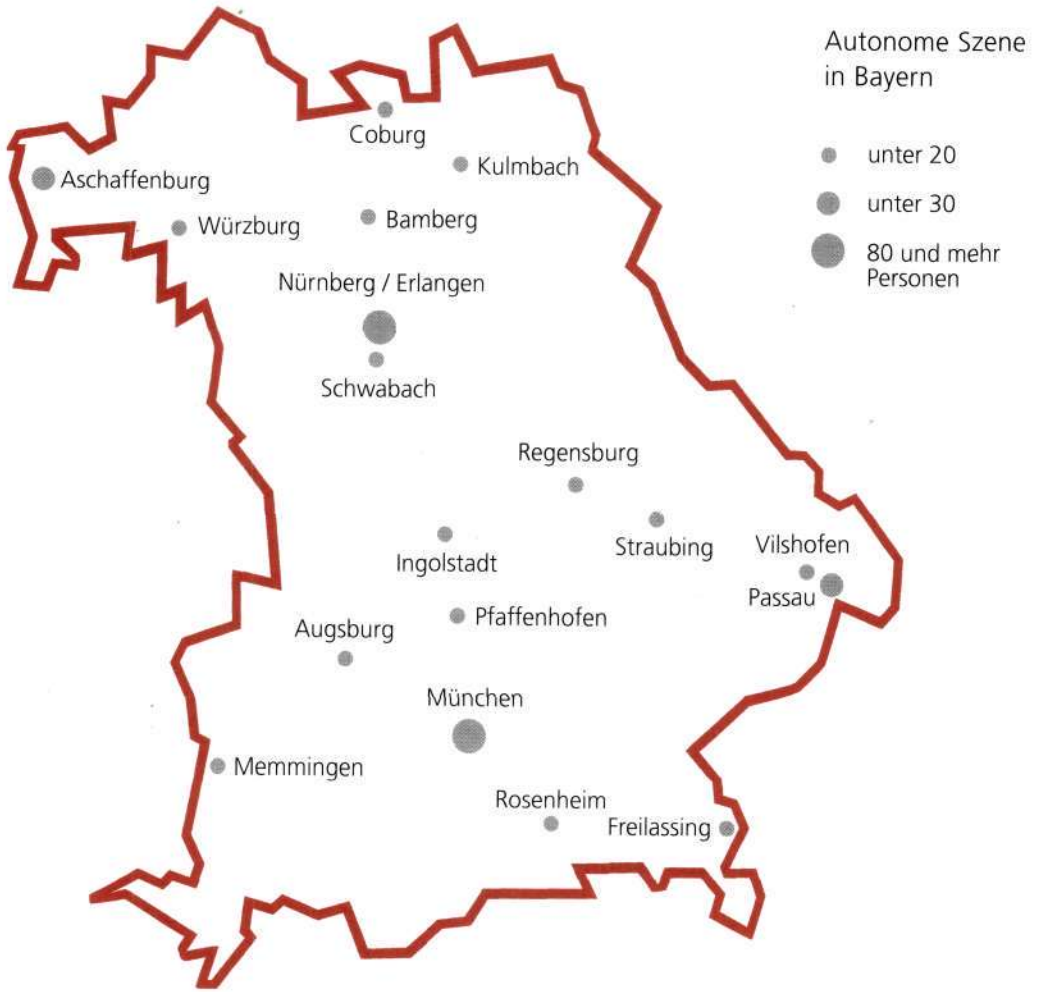
Wie in den Jahren zuvor bildete Nürnberg auch 1993 das Zentrum autonomer Bestrebungen in Bayern. Dort waren die meisten Anhänger und Aktivitäten festzustellen. Daneben bestehen autonome Gruppen in Aschaffenburg, Augsburg, Bamberg, Coburg, Erlangen, Ingolstadt, Kulmbach, München, Passau, Rosenheim und Würzburg. Auch aus anderen bayerischen Städten wurden gewalttätige Aktionen gegen tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten bekannt. Diese Aktionen, von den Autonomen selbst als „militanter Anti-

*Autonome
in Bayern*

faschismus“ umschrieben, sind ein Indiz für das Vorhandensein autonomer Tendenzen. Insgesamt muß in Bayern von der Existenz von über 400 Autonomen ausgegangen werden. Ihre oft kurzlebigen, meist aus konkretem Anlaß gegründeten Gruppierungen tragen Namen wie „Mufflons gegen Rechts“, „Edelweißpiraten“, „Schwarze Katze“, „Antifaschistische Front“, „Antifaschistische Jugendfront“ u.ä.

Die grundsätzliche Ablehnung von Organisation und verbindlicher Struktur behinderte die Autonomen in ihrer kontinuierlichen Entwicklung. Zielgerichteter „autonomer Politik“ wurde dadurch die Grundlage entzogen. Immer wieder wurden deshalb Stimmen laut, die diesen Zustand kritisierten. Ein zähes Ringen um ein Organisations- bzw. Organisationsmodell setzte ein, in dessen Verlauf sich Mitte des Jahres 1992 im Zeichen des „autonomen Antifaschismus“ verschiedene autonome Gruppen aus dem gesamten Bundesgebiet, darunter auch aus Passau, zur „Antifaschistischen Aktion / Bundesweite Organisation“ (AA/BO) zusammenschlossen. Diese Entwicklung fand jedoch im autonomen Lager nicht nur Zustimmung. Viele Autonome lehnten diese Organisation ab, weil sie ihnen zu straff strukturiert erschien. Im Laufe des Jahres 1993 begann sich alternativ eine Initiative im autonomen Spektrum zu formieren, die ebenfalls unter dem Vorzeichen „Antifaschismus“ steht, das strenge Organisationsmodell der „AA/BO“ jedoch ablehnt.

Zentrales Thema autonomer Aktivitäten war 1993 der „Kampf gegen den Faschismus“, der auch als „antifaschistische Selbsthilfe“ oder „Antifa-Kampf“ bezeichnet wird. Die Autonomen sammeln dabei gezielt Erkenntnisse über tatsächliche und vermeintliche Rechtsextremisten und bereiten sie auf. Aufgrund dieser Informationen können Anschläge auf gegnerische Einzelpersonen oder Gruppen und deren Trefforte geplant und durchgeführt werden. Gewalt gegen Personen des rechtsextremistischen Lagers findet im autonomen Spektrum uneingeschränkt Zustimmung (siehe 4. Abschnitt Nr. 2.3). Zum „Kampf gegen den Faschismus“ zählen die Autonomen aber auch den Kampf gegen die „faschistische, rassistische und imperialistische“ Bundesrepublik Deutschland und deren Sicherheitsorgane.



Neben dem dominierenden „Antifa-Bereich“ befaßten sich die Autonomen 1993 mit Themen wie „Rassismus“, „Kapitalismus“, „Sexismus“, „Asylanten- und Ausländerproblematik“ sowie den sozialen Problemen, die aus der rückläufigen Entwicklung der deutschen Wirtschaft erwachsen. Dem aktuellen Thema „Olympia 2000 – Berlin“ widmeten sich hauptsächlich Berliner Autonome. Unter dem Schlagwort „NOLYMPIA“ begingen sie zahlreiche Sachbeschädigungen zum Nachteil von Olympiasponsoren. In Bayern kam dieser Thematik kaum Bedeutung zu.

Dem Gedankenaustausch und Informationsfluß zwischen Autonomen dienen auf Ortsebene vor allem ständige Einrichtungen wie Infoläden, Szene-Lokale und anderweitige Begegnungsstätten, wo auch die einschlägigen Publikationen aufliegen. Darüber hinaus geben insbesondere im „Antifa-Bereich“ Treffen auf Orts- und Landesebene Gelegenheit zur Diskussion aktueller Themen und zur Absprache von Demonstrationen und sonstigen Aktionen. Für die landes- und bundesweite sowie die internationale Kommunikation gewinnen moderne Techniken wie Telefax und Mailboxsysteme zunehmend an Bedeutung.

*Autonome
Kommunikations-
mittel*

3.3 Publikationen

Eine weitere Informationsmöglichkeit bieten den Autonomen die Szene-Publikationen. Meist werden diese konspirativ hergestellt und verbreitet; ihre Autoren sind weitgehend unbekannt. Neben der Berichterstattung über autonome und terroristische Aktivitäten schüren sie vor allem

den Haß linksextremistischer Gruppen gegen die Staats- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland. Sie enthalten ferner unverhohlene Aufforderungen zu Gewalttaten gegen wirkliche oder vermeintliche Rechtsextremisten und deren Einrichtungen. In Bayern publizieren die Autonomen ihre politischen Artikel in Zeitschriften wie z.B. „wie weiter“ in

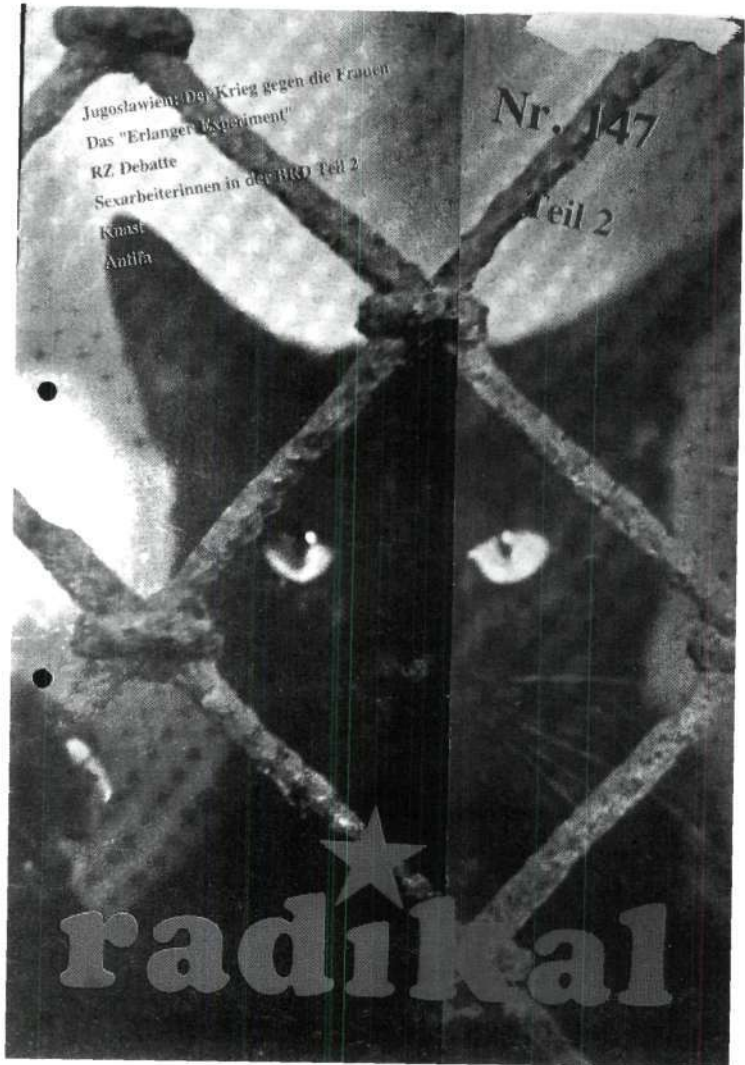




Nürnberg oder den neu hinzugekommenen „NA UND“ im Raum München, „an alle“ aus Pfaffenhofen und „Fight the power“ aus der Region Passau. Alle bayerischen Zeitschriften erlangten bisher jedoch keine überregionale Bedeutung. Oft werden darin auch nur Artikel aus den Szene-Publikationen mit bundesweiter Bedeutung wie „CLASH – Internationale Zeitung“, „INTERIM“ und „radikal“ übernommen und mit Hinweisen auf aktuelle Themen und Termine der örtlichen oder regionalen Szene ergänzt.

Die bundesweit erscheinenden Szene-Blätter „INTERIM“, „radikal“ und „CLASH“ befaßten sich 1993 u.a. mit Themen wie „Faschismus“, „Antifaschismus“, „Organisierung/Organisation im autonomen Spektrum“, „Rassismus“, „Asyl- und Ausländerproblematik“, RAF-Anschlag auf die JVA Weiterstadt, RAF-Problematik, RAF-Inhaftierte sowie „Olympia 2000 in Berlin“. Die „radikal“ beschrieb z.B. in ihrer Ausgabe Nr. 147, Teil 1 vom März 1993 nach der Vorankündigung auf dem Titelblatt „Neu jetzt mit 13% mehr Haß“ unter der Schlagzeile „Volksport gegen Rechtsradikale“ die Brandstiftung am Grundstück eines Mitglieds der





Partei „Die Republikaner“ in Berlin. Der Artikel endete mit der Aufforderung: „Wir wollen hiermit dazu aufrufen, endlich alle Faschostrukturen und ihre Bonzenwagen und Bonzenreiche abzufackeln! Greift Nazis an, überall und sofort!“ sowie „Jagt Faschisten, schlagt Faschisten!!“.

3.4 Aktivitäten autonomer Gruppen in Bayern

Neben einer Reihe von im 4. Abschnitt dargestellten Gewalttaten sind folgende Aktionen autonomer Gruppen erwähnenswert:

Bisher unbekannte Täter, die dem autonomen Spektrum zuzurechnen sind, mauerten am 30. Januar eine Eingangstür des SPD-Hauses in Nürnberg zu. Am Tatort wurden mehrere Flugblätter aufgefunden, die von einer bisher unbekanntenen „Aktionsgruppe antirassistischer MaurerInnen“ unterzeichnet waren und die Ausländerpolitik der SPD, insbesondere im Zusammenhang mit der Änderung des Art. 16 des Grundgesetzes, angriffen. Ein inhaltsgleiches Flugblatt erschien in der autonomen Szenepublikation „wie weiter“ in Nürnberg.

Etwa 150 Personen aus dem bayerischen autonomen Spektrum beteiligten sich an der Bundestagsblockade am 26. Mai in Bonn, dem Tag der 3. Lesung zur Änderung des Art. 16 des Grundgesetzes. Die Autonomen hatten bundesweit für diese Demonstration unter dem Motto aufgerufen „Die Brandstifter sitzen in Bonn – auf nach Bonn zum Tag X“. Im Verlauf der Blockade kam es zu mehreren tätlichen Angriffen auf Bundestagsabgeordnete.

Am 22. Juni drangen 15 Angehörige der autonomen Szene in das Büro des Evangelischen Landesbischofs in München ein und wollten über die Situation eines Romalagers in der KZ-Gedenkstätte Dachau diskutieren. Nachdem die Verantwortlichen der Evangelischen Kirche ein Gespräch abgelehnt und Strafantrag wegen Hausfriedensbruchs gestellt hatten, räumten Polizeikräfte das Haus und nahmen die Demonstranten fest.

Anlässlich der DVU-Großkundgebung am 2. Oktober in Passau initiierte die örtliche autonome Szene breitgefächerte Gegenveranstaltungen. Zentrale Veranstaltung war eine Gegendemonstration mit rund 1.200 Teilnehmern, darunter etwa ein Drittel Autonome mit hoher Beteiligung der „Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Organisation“. Beginnende Auseinandersetzungen zwischen Links- und Rechtsextremisten wurden von der Polizei unterbunden.

Das autonome „Antifa-Plenum“ München veranstaltete am 30. Oktober in München eine „Mahnwache“ zum Thema „Kein Vergeben – Kein Vergessen – 43 Nazimorde seit der Wiedervereinigung“. Anlaß für diese Veranstaltung war ein für denselben Tag von einer „Bürgerinitiative“ angemeldeter Aufzug zum Thema „Gegen Ausländer bei der Polizei – Gegen kommunales Ausländerwahlrecht“, der jedoch aufgrund der 300 anwesenden Gegendemonstranten nicht durchgeführt wurde. Der Veranstalter dieses Aufzugs war nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes dem neonazistischen Umfeld zuzurechnen. Die Gegendemonstranten setzten sich überwiegend aus Personen des autonomen Spektrums zusammen.

4. Bündnisse gegen Rassismus

An dem linksextremistisch beeinflussten „**Münchener Bündnis gegen Rassismus**“ beteiligten sich neben demokratischen Gruppierungen auch Autonome, die VVN-BdA sowie marxistisch-leninistische Organisationen wie DKP, AB, Vereinigte Sozialistische Partei (VSP) und Sozialistische Arbeitergruppe (SAG). Die Leitung bei Treffen und Veranstaltungen oblag jeweils Aktivisten der linksextremistischen Gruppierungen. Diese zeichneten auch für Flugblätter des Bündnisses presserechtlich verantwortlich. Das Bündnis organisierte in München Veranstaltungen u.a. zu den Themen „30. Januar 1933 mahnt“, „Nein zur Abschaffung des Asylrechts“, „Stoppt den Naziterror und die politischen Brandstifter“, „Die Vertreibung der Roma aus der KZ-Gedenkstätte Dachau“ und „Gegen das PKK-Verbot“.

In Nürnberg waren im Berichtszeitraum zum einen die „**Initiative gegen Ausländerhaß und Rassismus**“ und zum anderen das „Nürnberger Aktionsbündnis gegen Rassismus“ aktiv. Während dem zuerst genannten Bündnis neben demokratischen Organisationen u.a. die linksextremistischen Gruppen Kommunistischer Bund Nürnberg (KB), AB und DKP angehören, ist das „**Nürnberger Aktionsbündnis gegen Rassismus**“ dem autonomen/antiimperialistischen Spektrum zuzuordnen. Anlaßbezogen sind übergreifende Kontakte feststellbar.

5. Übersicht über erwähnenswerte linksextremistische und linksextremistisch beeinflusste Organisationen sowie deren wesentliche Presseerzeugnisse

Organisation	Mitglieder Ende 1993	Publikationen
a) Gründung	c) Bayern	e) Erscheinungsweise
b) Sitz	d) Bund	f) Auflage
<hr/>		
1. Marxisten-Leninisten und andere revolutionäre Marxisten		
1.1 Kernorganisationen:		
Deutsche Kommunistische Partei (DKP)	c) 750 d) 6.000	Unsere Zeit (UZ) e) vierzehntägig f) 14.000
14 Bezirksorganisationen, aufgeteilt in Kreis- und Grund- organisationen		Marxistische Blätter
a) 26.09.1968		e) zweimonatlich
b) Essen		f) 3.200
<hr/>		
Partei des Demokratischen Sozialismus/Linke Liste Bayern (PDS/LL Bayern)	c) 100	Das Informationsforum der PDS/Linke Liste Bayern e) unregelmäßig
Landesverband mit 10 örtlichen Initiativen		
a) 20.10.1990		
b) München		
<hr/>		
Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD (AB)	c) 100 d) 200	Kommunistische Arbeiterzeitung (KAZ) e) 1.500 f) monatlich
a) 1973		
b) München		
<hr/>		
Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)	c) 100 d) 2.000	Rote Fahne e) wöchentlich f) 7.500
10 Parteibezirke, über 100 Ortsgruppen u. Stützpunkte		lernen und kämpfen (luk)
a) 17./18.06.1982		e) monatlich
b) Essen		f) 1.500

Organisation	Mitglieder Ende 1993	Publikationen
a) Gründung b) Sitz	c) Bayern d) Bund	e) Erscheinungsweise f) Auflage
Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK) 7 Landesverbände a) 20./21.09.1980 b) Köln	c) 30 d) 300	Politische Berichte e) vierzehntägig f) 1.200
Vereinigte Sozialistische Partei (VSP) Landesverbände, Ortsgruppen, Zellen a) 04./05.1986 b) Köln	c) 25 d) 270	Sozialistische Zeitung (SOZ) e) vierzehntägig f) 2.000
Sozialistische Arbeiter- gruppe (SAG) b) Berlin	c) 60 d) 250	Klassenkampf e) monatlich f) 3.500
Kommunistischer Bund (KB) Hamburg (aufgelöst am 20.04.1991) Nachfolgegruppen: Gruppe K Gruppe Mehrheit KB-Gruppe Nürnberg	d) 200 c) 20	analyse & kritik (ak) e) monatlich f) 4.500
Marxistische Gruppe München a) 1969/70 AK Rote Zellen b) München „aufgelöst“ zum 01.06.1991	c) 700 d) 10.000	„Gegenstandspunkt“ Herausgeber: Ehemalige Funktionäre der MG e) vierteljährlich f) 6.000

Mitglieder Ende 1993

- c) Bayern
- d) Bund

Publikationen

- e) Erscheinungsweise
- f) Auflage

**Orn-
organisationen:****Organisation der DKP:**

ische Deutsche
Arbeiterjugend (SDAJ)
Landesverbände, Kreisver-
bände und Ortsgruppen
a) 04./05.1968
b) Essen

- c) unter 60
- d) 400

- position
- e) alle 2 Monate
- f) 600

Nebenorganisation des AB:

Kommunistischer
Hochschulbund (KHB)

- c) 25

Nebenorganisation der MLPD:

Jugendverband Rebell

- c) 60

Rebell
– Beilage zur Roten Fahne –

1.3 Beeinflusste Organisationen:**DKP-beeinflußt:**

Vereinigung der Verfolgten
des Naziregimes – Bund der
Antifaschisten (VVN-BdA)
Landesvereinigungen mit
Kreis- und Ortsvereinigungen
a) 1947
b) Frankfurt a. M.

- c) unter 550
- d) 8.500

- antifa-rundschau
- e) unregelmäßig
- f) unter 10.000

AB-beeinflußt:

Antifaschistisches Komitee
– Stoppt die schwarzbraune
Sammlungsbewegung (AKS)
in München und
Regensburg

- c) 90

- Demokratischer Infor-
mationsdienst (DID)
- e) unregelmäßig
- f) bis zu 2.500

Organisation	Mitglieder Ende 1993	Publikationen
a) Gründung	c) Bayern	e) Erscheinungsw.
b) Sitz	d) Bund	f) Auflage

BWK-beeinflußt:

Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg (VOLKSFRONT)	c) 40 d) 200	Mitteilungen e) vierteljährlich f) 800
a) 06.10.1979 b) Köln		

2. Anarchisten und sonstige Sozialrevolutionäre

Autonome	c) über 400 d) über 5.000	z.T. unregelmäßige erscheinende Szeneblätter wie radikal, INTERIM, CLASH; auf lokaler Ebene u. a. wie weiter und NA UND
----------	------------------------------	--

3. Von allen Strömungen des Linksextremismus beeinflusst:

Münchener Bündnis gegen Rassismus b) München	c) 20
Aktionsbündnis gegen Rassismus b) Nürnberg	c) 20

3. Abschnitt

Extremistische und sicherheitsgefährdende Bestrebungen von Ausländern

1. Allgemeines

Die Zahl der in Bayern erfaßten extremistischen oder extremistisch beeinflussten Ausländerorganisationen stieg trotz der Auflösung von drei Vereinen im Zusammenhang mit dem Verbot der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) durch das Bundesministerium des Innern auf 100 (1992: 92). Diese Zunahme war maßgeblich durch den Aufwärtstrend islamisch-extremistischer türkischer Gruppen bedingt. Parallel zur organisatorischen Entwicklung erhöhte sich die Mitgliederzahl der extremistischen bzw. extremistisch beeinflussten Ausländervereinigungen in Bayern von 5.500 im Jahre 1992 auf 7.200; mit eingerechnet sind dabei auch die rund 1.500 Anhänger der im Herbst 1993 verbotenen PKK. Wesentlichen Anteil an diesem Zuwachs hatten vor allem linksextremistische kurdische und islamisch-extremistische türkische Gruppen.

In der folgenden Übersicht sind die in Bayern bestehenden extremistischen und extremistisch beeinflussten Vereinigungen nach ihren ideologischen Standorten und politischen Zielsetzungen aufgeschlüsselt. Örtlich selbständige Gruppen sind dabei gesondert gezählt, auch wenn sie zu einer Dachorganisation gehören.

Die Mitgliederentwicklung im Bundesgebiet und in Bayern in den letzten zehn Jahren ist im Anhang 1 dargestellt.

Anstieg der Zahl der Organisationen und Mitglieder

	Links- extremi- stische Gruppen	Extrem nationali- stische Gruppen ¹⁾	Islamisch- extremi- stische Gruppen ²⁾	Gesamt	Gesamt- zahl der Mitglieder
Araber ³⁾	–	–	6	6	320
Kurden	9	–	–	9	1.660
Türken	8	16	57	81	4.980
Sonstige ⁴⁾	3	1	–	4	240
Gesamt	20	17	63	100	
Mitglieder	2.120	1.060	4.020		7.200

¹⁾ Extrem nationalistische Gruppen sind extremistische ausländische Vereinigungen, die nationalistische Ziele in aktiv-kämpferischer, aggressiver Haltung mit dem Ziel der Veränderung der politischen Verhältnisse im Heimatland vertreten.

²⁾ Unter den islamisch-extremistischen Gruppen sind Vereinigungen erfasst, die auf revolutionärem Weg ein islamisch-fundamentalistisches theokratisches Staatswesen erzwingen wollen.

³⁾ Staaten der Arabischen Liga

⁴⁾ Sonstige: Albaner, Inder, Iraner, Sri Lancker.

Bevorzugte Agitationsthemen linksextremistischer kurdischer und türkischer Gruppen waren die politischen Verhältnisse in der Heimat, insbesondere behauptete Menschenrechtsverletzungen, Exekutivmaßnahmen der Sicherheitskräfte und die Unterstützung des „Befreiungskampfes“ in der Türkei. Weitere Themenschwerpunkte stellten die Ausländerpolitik der Bundesregierung, die fremdenfeindlichen Ausschreitungen in Deutschland sowie der Kampf gegen den „Imperialismus“ dar. Die besondere Militanz der marxistisch-leninistischen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) manifestierte sich in zwei bundesweiten Wellen gewaltsamer Protestaktionen vor dem Hintergrund eskalierender Kampfhandlungen zwischen türkischen Sicherheitskräften und kurdischen Guerillaeinheiten im Südosten der Türkei.

2. Kurdische Gruppen

2.1 Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)

Die in der Türkei verbotene PKK unterliegt in Deutschland seit 26. November einem vom Bundesministerium des Innern verfügten vereinsrechtlichen Betätigungsverbot. Sie ist eine straff

organisierte Kaderpartei, die unbeeindruckt von den politischen Veränderungen in den ehemals kommunistischen Ostblockstaaten an ihrer marxistisch-leninistischen Ideologie festhält. Ihr Ziel ist die Beseitigung des türkischen „Kolonialismus“ und die Errichtung eines unabhängigen kurdischen Staates im Südosten der Türkei unter Führung der PKK. Zu diesem Zweck führt sie seit 1984 einen erbitterten Guerillakampf gegen den türkischen Staat. Dabei ist sie bestrebt, die Türkei in den Augen der Weltöffentlichkeit als „Aggressor“ zu brandmarken und sich selbst als bedingungslose Verfechterin des Selbstbestimmungsrechts der Kurden zu präsentieren.



Die Zentrale der hierarchisch gegliederten und äußerst konspirativ arbeitenden PKK befindet sich in Damaskus/Syrien; Generalsekretär ist Abdullah Öcalan. Führungsgremium der PKK-Auslandsorganisation ist das „Zentralkomitee für Europa“, auch „Europa-Komitee“ genannt. Diesem unterstehen Untergliederungen auf Landesebene in mehreren westeuropäischen Staaten. Nach wie vor fühlt sich die Partei zur alleinigen politischen Vertretung des kurdischen Volkes berufen, obwohl z. B. ihr Sympathisantenpotential im Bundesgebiet zuletzt allenfalls etwa zehn Prozent der hier lebenden 500.000 Kurden umfaßte. Die PKK zählte vor ihrem Verbot bundesweit rund 6.000 (1992: 3.900) Anhänger, davon etwa 1.500 (1992: 1.200) in Bayern mit Schwerpunkten im Raum Augsburg, Bayreuth/Hof, Ingolstadt, München und Nürnberg.

Alleinvertretungsanspruch

Der militärische Teil der PKK ist die in den Kurdengebieten operierende Guerillatruppe **Volksbefreiungsarmee Kurdistans (ARGK)**. Als „politischer Arm“ der Partei unterstützt die 1985 gegründete internationale Teilorganisation **Nationale Befreiungsfront Kurdistans (ERNK)** die Interessen und Ziele der PKK sowohl materiell als auch propagandistisch.



*Breit gefächerte
Nebenorgani-
sationen als
Tarnorganisationen
der PKK*



Darüber hinaus bediente sich die PKK mehrerer rechtlich selbständiger Nebenorganisationen, wobei sie bestrebt war, deren personelle und organisatorische Verflechtungen mit dem „illegalen“, d.h. konspirativ arbeitenden Parteiapparat zu tarnen. Mit solchen „legalen“ Verbänden versuchte sie, sowohl in der Türkei als auch im westlichen Ausland ihren Rückhalt in der kurdischen Bevölkerung zu festigen und für ihre Ziele zu werben. Zu diesen Nebenorganisationen gehörten u.a. das Kölner Kurdistan-Komitee e.V. und der 1984 gegründete Dachverband **Föderation der patriotischen Arbeiter- und Kulturvereinigungen aus Kurdistan in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (FEYKA-Kurdistan)** mit Sitz in Bonn und 29 örtlichen Mitgliedsvereinen. Zur Erweiterung ihres Einflusses gründete die PKK außerdem als „Massenorganisationen“ die sog. „Y-Gruppen“ wie z.B. die Union der patriotischen Frauen Kurdistans (YJWK), die Union der patriotischen Arbeiter Kurdistans (YKWK) und die Union der patriotischen Intellektuellen Kurdistans (YRWK).

Aktivitäten

Die Aktivitäten der PKK-Anhänger im Bundesgebiet waren auch 1993 maßgeblich von der Situation in der Türkei geprägt. Im Vorfeld des kurdischen Neujahrsfestes (Newroz-Fest am 21. März) war die PKK ersichtlich bestrebt, eine möglichst breite Öffentlichkeit in Westeuropa auf die von ihr erwartete Eskalation der Lage in Kurdistan aufmerksam zu machen, sich dabei gleichzeitig mit eigenen militanten Aktionen zurückzuhalten und auf diese Weise den türkischen Staat als „Aggressor“ bloßzustellen. So behauptete das Kölner Kurdistan-Komitee e.V. in einem in München verteilten Flugblatt, nach dem „Blutbad“ des vergangenen Jahres drohe der türkische Staat mit „erneuten Massakern“ zum kurdischen Neujahrsfest. Er wolle das kurdische Volk auslöschen und mißbrauche dessen Nationalfeiertag als „Exerzierfeld seiner Vernichtungspolitik“. Anhänger der PKK veranstalteten am

Vortrag des Newroz-Fests in München und Nürnberg Fackelzüge, an denen sich jeweils rund 500 Personen beteiligten.

Exekutivmaßnahmen türkischer Sicherheitskräfte gegen Guerrillaeinheiten der PKK im Südosten der Türkei lösten sodann am 24. Juni gewaltsame Protestaktionen von PKK-Anhängern im Bundesgebiet und im benachbarten Ausland aus (vgl. dazu 4. Abschnitt, Nr. 2.4). Dazu erklärte das Kurdistan-Komitee e.V., es habe sich hierbei nicht um „Akte des Terrors“ gehandelt. Die Beteiligten seien in der Mehrzahl Frauen und Kinder gewesen und hätten zudem keine Waffen getragen. Auch beim Überfall auf das türkische Generalkonsulat in München seien lediglich zwei Gaspistolen verwendet worden. Offensichtlich werde inzwischen vergessen, daß die PKK am 17. März einen einseitigen Waffenstillstand ausgerufen und damit ihre Bereitschaft zu Verhandlungen mit der türkischen Regierung für eine friedliche politische Lösung der kurdischen Frage bekundet habe. Der PKK-Generalsekretär hatte dieses offenbar auf rein taktischen Erwägungen beruhende „Friedensangebot“ indes bereits am 8. Juni widerrufen, da die türkische Regierung keine Dialogbereitschaft gezeigt, sondern ihre Angriffe unvermindert fortgesetzt habe.

*Rechtfertigung
von Gewalt*


Ein örtlicher Mitgliedsverein der FEYKA-Kurdistan organisierte am 4. September im Frankfurter Waldstadion das „2. Internationale Kurdistan-Festival“. Mit dieser von etwa 45.000 Personen aus dem gesamten Bundesgebiet und dem benachbarten europäischen Ausland besuchten Veranstaltung demonstrierte die PKK erneut ihre Geschlossenheit und Stärke. Das Stadion war mit Fahnen der PKK, der ERNK, der ARGK und einem Portrait des PKK-Generalsekretärs geschmückt. Wie die der PKK nahestehende Tageszeitung „Özgür Gündem“ (Freie Tageszeitung) berichtete, erklärte ein Redner im Namen der Europavertretung der ERNK, das Festival sei eine Antwort an alle, die die PKK als terroristisch bezeichneten. Die PKK habe die Macht, Massen zu beeinflussen.

*Großveranstaltung
in Frankfurt a. M.*

Nach weiteren überregional koordinierten Gewaltaktionen mußmaßlicher PKK-Anhänger am 4. November (vgl. dazu 4. Abschnitt, Nr. 2.4) wurden am 5. November im Rahmen

*Exekutiv-
maßnahmen*

Festivala Kurdistan a Navnetewi II
Internationales Kurdistan - Festival II



Dem / Datum: 4.09.1993 **Saet / Zeit: 12.00**
Cih / Ort : Waldstadion Frankfurt a.M
 Vorbereitungskomitee

eines vom Bundesministerium des Innern eingeleiteten vereinsrechtlichen Ermittlungsverfahrens rund 30 der PKK zuzurechnende Einrichtungen in mehreren Bundesländern durchsucht. Dabei konnte die Polizei auch in Bayern bei drei davon betroffenen Vereinen in Ingolstadt, München und Nürnberg große Mengen an Flugblättern, Zeitschriften und Büchern sowie Plakate, Fahnen, Transparente, Videokassetten, Spen-

denquittungen und sonstige schriftliche Unterlagen mit PKK-Bezug sicherstellen.

Mit sofort vollziehbarer Verfügung vom 22. November erließ das Bundesministerium des Innern sodann ein Betätigungsverbot gegen die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) und ihre internationale Teilorganisation „Nationale Befreiungsfront Kurdistans“ (ERNK). Zugleich wurden als im Bundesgebiet ansässige PKK-Teilorganisationen die „Berxwedan-Verlags-GmbH“ und die PKK-Nachrichtenagentur „Kurdistan Haber Ajansi – News Agency“ verboten und aufgelöst, desgleichen die personell und organisatorisch eng verflochtenen PKK-Nebenorganisationen „Kurdistan-Komitee e.V.“ und „Föderation der patriotischen Arbeiter- und Kulturvereinigungen aus Kurdistan in der Bundesrepublik Deutschland e.V.“ (FEYKA-Kurdistan) einschließlich ihrer 29 örtlichen Mitgliedsvereine. Das Verbot stützt sich darauf, daß die Tätigkeit der davon erfaßten Organisationen zum Teil gegen Strafgesetze verstieß, sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung richtete und die innere Sicherheit, die öffentliche Ordnung und sonstige erhebliche Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährdete.

Verbotsverfügung

Beim Vollzug des Verbots durchsuchte die Polizei am 26. November in elf Bundesländern rund 160 Vereins-, Geschäfts- und Wohnräume und stellte u. a. umfangreiches Propagandamaterial sicher. Als Vereinsvermögen wurden ferner auch Konten und der Inhalt von Postfächern beschlagnahmt. In Bayern waren drei Mitgliedsvereine der FEYKA-Kurdistan mit insgesamt rund 1.250 Mitgliedern, nämlich das „Kurdistan Kultur Zentrum e.V.“ in Ingolstadt, der Münchener Verein „Komala-Kurdistan – Kurdische Unabhängigkeit – Internationale Freundschaft e.V.“ und das „Kurdistan Kunst- und Kulturzentrum Nürnberg und Umgebung e.V.“ vom Verbot, der Auflösung und den Exekutivmaßnahmen betroffen. In den Vereinsräumen und den Wohnungen von zehn PKK-Aktivisten in Fürth, Ingolstadt, Lindau (Bodensee), München und Nürnberg konnte die Polizei u. a. Videokassetten, Schlagwerkzeuge und umfangreiches Schriftgut sicherstellen. Im Anschluß an diese Exekutivmaßnahmen fanden am 9. Dezember bei 17 bislang konspirativ tätigen PKK-Aktivisten in Ingol-

Vollzug des Verbots

stadt, Lindau (Bodensee), München, Neuburg a. d. Donau, Nürnberg, Starnberg und Treuchtlingen Durchsuchungen statt, die zur Sicherstellung von weiterem Vereinsvermögen der PKK führten.

Mit Ausnahme der PKK und der ERNK haben inzwischen alle von der Verbotsverfügung betroffenen Vereinigungen Rechtsmittel dagegen eingelegt.

Protestaktionen

Das Verbot löste bundesweite Protestaktionen mußmaßlicher PKK-Anhänger aus, die auch von deutschen Linksextremisten unterstützt wurden. So besetzten mehrere PKK-Anhänger am 29. November das „Kurdistan Kultur Zentrum“ in Ingolstadt und die Räume des Nürnberger Mitgliedsvereins der FEYKA-Kurdistan. Beide Aktionen konnten durch Verhandlungen mit den Besetzern friedlich beendet werden. Die Polizei nahm insgesamt rund 45 Erwachsene zur Identitätsfeststellung vorübergehend fest.

Am 11. Dezember fand in Nürnberg ein Aufzug der **Kurdistan Solidarität Nürnberg-Erlangen** zum Thema „Protest gegen das Verbot kurdischer Organisationen und den Völkermord in Kurdistan“ statt. Die rund 220 Teilnehmer riefen auf Transparenten zur „Solidarität mit dem Befreiungskampf des kurdischen Volkes“ auf. An mitgeführten Kinderwägen waren Tücher mit dem Symbol der verbotenen ERNK angebracht. Ein Demonstrant, der eine Fahne mit dem ERNK-Symbol zeigte, wurde festgenommen. Die Polizei stellte ferner ein Plakat mit einem Aufkleber der ERNK sicher und leitete Ermittlungsverfahren wegen Verdachts des Verstoßes gegen ein vollziehbares Vereinsverbot ein.

Strafverfahren

Das Oberlandesgericht Düsseldorf verhängte am 29. April gegen einen ehemaligen PKK-Angehörigen eine Freiheitsstrafe von drei Jahren wegen schwerer Freiheitsberaubung. Der Angeklagte hatte im Laufe des Jahres 1987 als verantwortlicher Bewacher in einem sogenannten internen Parteiuntersuchungsverfahren mehrere bei der PKK in Ungnade gefallene Parteifunktionäre gegen ihren Willen und im Auftrag der Parteiführung für mehrere Wochen unter ständiger strenger Aufsicht gehalten.

Ein 31-jähriger Türke wurde am 14. Oktober vom Amtsgericht Regensburg wegen Freiheitsberaubung und versuchter Spendengelderpressung zugunsten der PKK zu einer Freiheitsstrafe von zehn Monaten ohne Bewährung verurteilt.

Das Oberlandesgericht Celle verurteilte am 1. November einen ehemaligen PKK-Funktionär wegen gemeinschaftlichen Totschlags zu einer Freiheitsstrafe von elf Jahren. Der Angeklagte hatte gemeinsam mit einem Ende 1992 zu 13 Jahren Freiheitsstrafe verurteilten ehemaligen PKK-Angehörigen auf Anweisung der Parteiführung im Frühjahr 1987 einen PKK-Dissidenten getötet.

2.2 KOMKAR – Verband der Vereine aus Kurdistan e.V.

Die marxistisch-leninistische KOMKAR konkurriert hinsichtlich ihrer Zielsetzung mit der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), agiert aber im Vergleich zur PKK gemäßiger und zurückhaltender. Sie befürwortet eine Autonomieregelung für das Kurdengebiet, die mit friedlichen Mitteln und durch Verhandlungen erreicht werden soll. Die KOMKAR zählt in Bayern rund 150 Anhänger. Als Mitgliedsvereine gehören ihr die Kurdistan-Arbeitervereinigung in Nürnberg e.V. und das Kurdistan Kulturzentrum in Nürnberg e.V. an.

Die Aktivitäten der KOMKAR richteten sich auch 1993 schwerpunktmäßig gegen die türkischen Militäraktionen. So hieß es in einer Flugschrift der KOMKAR vom 6. September, der Krieg, den der türkische Staat seit Jahren gegen das kurdische Volk führe, werde täglich schmutziger, blutiger und hinterhältiger. Wenn der Westen weiterhin tatenlos schweige, erreichten Leid und Trauer ein unübersehbares Ausmaß. Alle seien aufgefordert, sich aktiv einzuschalten, damit der sinnlose Krieg in Kurdistan aufhöre und die Kurdenfrage auf demokratischer Ebene mit politischen Mitteln gelöst werde. Anderenfalls entstünden ein neuer Libanon oder ein zweites Bosnien, deren Folgen auch Westeuropa zu spüren bekäme. In Bayern trat die KOMKAR am 10. April in Nürnberg mit einer Veranstaltung zum kurdischen Neujahrsfest in Erscheinung, zu der rund 2.000 Besucher erschienen.

3. Türkische Gruppen

3.1 Linksextremisten

3.1.1 Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten (TKP/ML)

Die sozialrevolutionäre, im Bundesgebiet seit rund zwei Jahrzehnten aktive TKP/ML vertritt die Ideologie des Marxismus-Leninismus, ergänzt um die Ideen Mao Zedongs. Sie betont den bewaffneten Kampf als Grundform ihres Handelns und ist davon überzeugt, daß der einzige Weg zur „Befreiung“ des türkischen Volkes über den bewaffneten Volkskrieg mit anschließender Bildung einer „Volksregierung“ führe. Ihr militärischer Zweig ist die Türkische Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee (TIKKO).

Im Bundesgebiet sind die Anhänger der TKP/ML im wesentlichen in der 1976 gegründeten Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e.V. (ATIF) und der Ende 1986 gebildeten Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa (ATIK) organisiert, die sich als „demokratische“ Massenorganisationen präsentieren und ihre Verbindungen zur TKP/ML weitgehend tarnen. Von der TKP/ML hat sich infolge ideologischer Differenzen im Jahre 1981 die Gruppe „Bolshevik Partizan“ abgespalten. Auch in Bayern unterhält die konspirativ tätige TKP/ML einige Stützpunkte, so z. B. in Augsburg und Nürnberg.

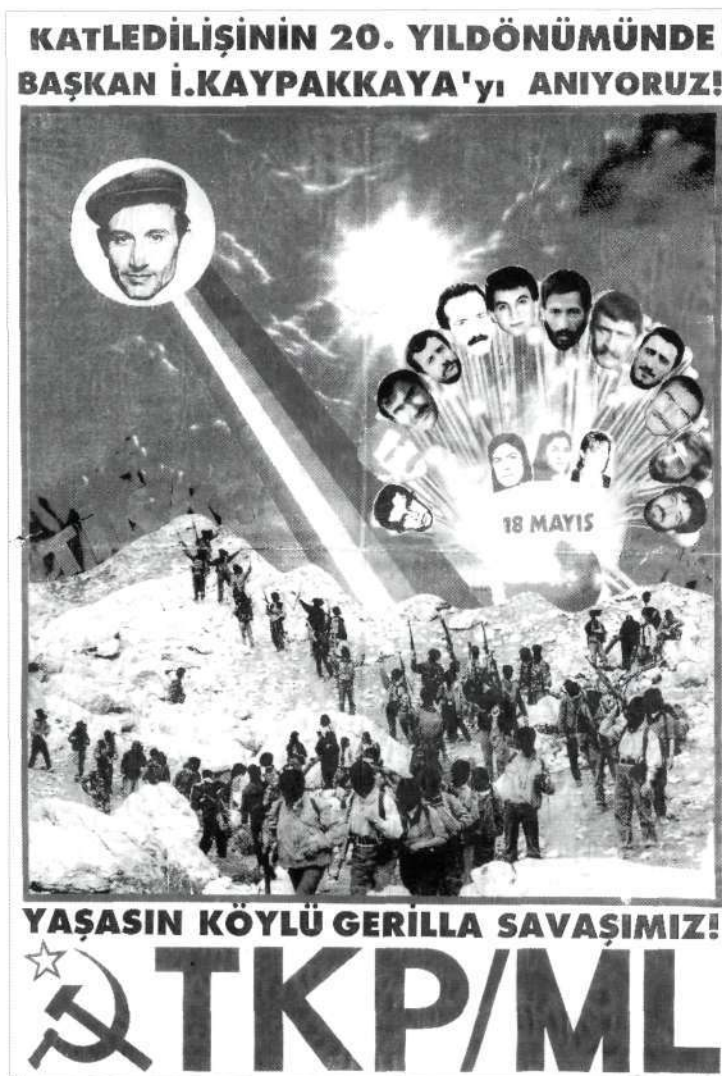
In einem Ende Januar 1993 im Raum Augsburg verteilten Flugblatt behauptete die ATIK, der „heutige rassistische und faschistische Terror“ der Neonazis werde „vom Staat durch Anheizen verschiedener Probleme der Volksgruppen unterstützt“. Nach innen vollziehe sich eine „Faschisierung des Staatsapparates“. Mit Versuchen, die Solidarität zwischen Angehörigen verschiedener Volksgruppen zu zerstören und das Klassenbewußtsein auszuhöhlen, sollten „die inneren Voraussetzungen für einen imperialistischen Krieg geschaffen werden“, der „die Welt neu ordnen“ solle. Ähnlich äußerte sich die im Bundesgebiet fast ausschließlich publizistisch aktive Spaltergruppe Bolshevik Partizan der TKP/ML. In einem ebenfalls in Augsburg festgestellten Flugblatt dieser Gruppe

Revolutionär-marxistische Ideologie

Basis-organisationen

Agitation

Plakat der TKP/ML



hieß es, Medien und Politiker hätten „mit einer rassistischen und faschistoiden Hetzkampagne gegen Flüchtlinge und Ausländer eine Pogromatmosphäre geschaffen“, die „zu einem starken Anwachsen faschistischer Neo-Nazibanden und wilder terroristischer Angriffe“ geführt habe. Der deutsche Imperialismus sei „wieder auf dem ungebremsten Weg nach der Welthegemonie“. Nur die „sozialistische Revolution“ werde dies „ein für allemal verhindern“.

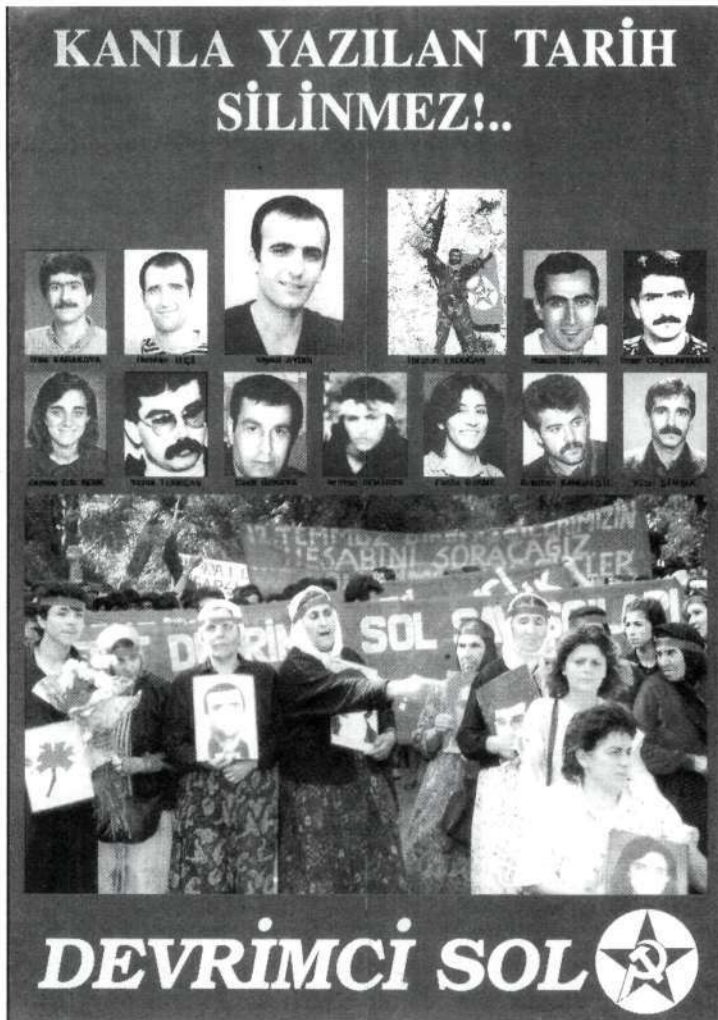
Strafverfahren

Die Militanz der TKP/ML manifestierte sich des öfteren in Straftaten, insbesondere im Zusammenhang mit Spendenkampagnen zur Finanzierung des Guerillakampfs in der Türkei. So versuchten mutmaßliche TKP/ML-Anhänger Ende Januar 1993, von einem türkischen Gewerbetreibenden in Memmingen einen angeblich zum Kauf von Waffen für die TIKKO bestimmten Betrag von 10.000 DM zu erpressen. Das Bayer. Landeskriminalamt leitete am 25. November ein Ermittlungsverfahren gegen vier türkische Staatsangehörige ein, die am Vortag versucht hatten, von einem Landsmann in München eine Spende von 5.000 DM für die TKP/ML zu erpressen. Die Beschuldigten stehen ferner im Verdacht, bereits im November 1992 ein ähnliches Delikt verübt zu haben.

*Revolutionär-marxistische Ideologie*3.1.2 **Devrimci Sol** (Revolutionäre Linke)

Zu den militantesten türkischen Extremistengruppen zählt die sowohl im Bundesgebiet als auch in der Türkei verbotene revolutionär-marxistische Devrimci Sol. Sie versteht sich als eine an den Grundsätzen des Marxismus-Leninismus ausgerichtete Volksbewegung, die mit Hilfe einer bewaffneten Revolution auf die Zerschlagung des türkischen Staates zielt. Die seit ihrer Gründung im Jahr 1978 in der Türkei terroristisch aktive Gruppe stellt mit ihren Schußwaffen- und Sprengstoffanschlägen eine erhebliche Gefahr für die innere Sicherheit der Türkei dar. Sie wird für mehr als 200 Tötungsdelikte verantwortlich gemacht. Erfolgreiche Exekutivmaßnahmen türkischer Sicherheitskräfte im Jahr 1993 haben die Devrimci Sol materiell und personell geschwächt, was sich in reduzierten Aktivitäten im Bundesgebiet widerspiegelte. Nachteilige Auswirkungen hatte auch die Anfang 1993 bekanntgewordene Spaltung der Gruppe in zwei Lager. Ursächlich war u. a. der autoritäre Führungsstil des Devrimci-Sol-Leiters Dursun Karatas, dem außerdem vorgeworfen wurde, er habe durch mangelndes konspiratives Verhalten Fahndungserfolge der türkischen Sicherheitsbehörden ermöglicht. Nach gegenseitigen Schuldvorwürfen und Tötlichkeiten eskalierte der Konflikt am 1. Mai, als bei einer gewaltsamen Auseinandersetzung in Berlin ein Angehöriger der Oppositionsgruppe erschossen wurde.

Flügelkämpfe und Spaltung



Plakat
der Devrimci Sol

Seit dem 1983 verfügten Verbot arbeitet die Devrimci Sol im Bundesgebiet meist konspirativ. Unter der Tarnbezeichnung „Devrimci Sol Güçler“ (Revolutionäre linke Kräfte) behauptete sie in einem Flugblatt vom 29. Mai, der Brandanschlag in Solingen, der fünf türkische Todesopfer forderte, sei „ein Teil der hinterhältigen Politik des deutschen Staates“. Dieser habe die vor Jahren angeworbenen „Werkstätigen aus den Entwicklungsländern“ für seine wirtschaftlichen Interessen ausgebeutet. Da er sie nun nicht mehr brauche, wolle er sie durch Massaker zwingen, das Land zu verlassen. Der Brand-

Agitation

anschlag unmittelbar nach der Änderung des Grundgesetzes sei kein Zufall; die „Faschisten“ hätten die „rassistischen“ Gesetze „wie im Siegesrausch“ mit „Blutvergießen“ gefeiert.

Exekutiv- maßnahmen und Strafverfahren

Am 27. Juni verhinderte die Polizei in Augsburg eine geplante „Kulturveranstaltung“ der Devrimci Sol. Die Beamten stellten im Veranstaltungsraum Plakate und Fahnen der Devrimci Sol sicher und nahmen 16 Personen vorübergehend fest. Gegen alle 60 Teilnehmer wurde Anzeige wegen Unterstützung einer verbotenen Vereinigung gemäß § 85 Abs. 2 StGB erstattet. Plakataktionen der Devrimci Sol in Nürnberg und Aschaffenburg führten im Herbst 1993 zur Einleitung weiterer Ermittlungsverfahren. Das Landgericht München I verurteilte am 9. Dezember einen Anhänger der Devrimci Sol zu einem Jahr Freiheitsstrafe mit Bewährung u. a. wegen Mitgliedschaft in einer verbotenen Vereinigung in Tateinheit mit versuchter Spendengelderpressung.

3.2 Extreme Nationalisten

Die 1978 gegründete **Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Europa e.V. (ADÜTDF)** mit Sitz in Frankfurt a. M. vertritt das Gedankengut der in der Türkei seit 1980 verbotenen extrem nationalistischen „Partei der Nationalen Bewegung“ (MHP). Die Ideologie der ADÜTDF vereinigt militanten Nationalismus mit striktem Antikommunismus. Von der türkischen Jugend in Deutschland fordert sie Distanz zu westlich-„dekadenten“ Einflüssen und die Betonung ihrer türkischen Identität. Nach dem Brandanschlag in Solingen, der am 29. Mai fünf türkische Todesopfer forderte, haben viele bislang politisch desinteressierte junge Türken ihre nationalistische Gesinnung entdeckt und sich der ADÜTDF angeschlossen. In Bayern verfügt der Dachverband über acht örtliche Untergliederungen mit insgesamt 600 Mitgliedern.

Am 22. Mai hielt die ADÜTDF in Frankfurt a. M. ihren Jahreskongreß ab. Daran beteiligten sich über 7.000 Personen, darunter auch Anhänger der ADÜTDF aus Bayern. Der bisherige Vorsitzende Türkmén Onur aus Ulm wurde in seiner Funktion bestätigt. Hauptredner der Veranstaltung war – wie schon in

den Vorjahren – Alparslan Türkeş, der Vorsitzende der als Nachfolgeorganisation der MHP gegründeten „Nationalistischen Arbeitspartei“ (MCP), die sich Anfang 1993 in „Partei der Nationalen Bewegung“ (MHP) umbenannte. In seinem Referat verteidigte Türkeş das extrem nationalistische Gedankengut der ADÜTDF, das als nationales Selbstbewußtsein verstanden werden müsse. Des weiteren erklärte er, das kommende Jahrhundert werde das Jahrhundert der Türken sein. Der Zerfall der ehemaligen Sowjetunion solle zur Bildung einer Großtürkei bis zur Chinesischen Mauer genutzt werden.

3.3 Islamische Extremisten

Der von Cemaleddin Kaplan geführte **Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V. Köln (ICCB)** will in der Türkei durch eine Revolution nach dem Beispiel des Iran eine Islamische Republik errichten. Der ICCB-Vorsitzende propagiert den Sturz der türkischen Regierung und die Bildung eines theokratischen Staatsgefüges mittels eines Zusammenschlusses aller Muslime; der islamische Weg sei nicht mit Hilfe einer politischen Partei gangbar, sondern nur mit einer religiösen Sammlungsbewegung. Der ICCB zählt in Bayern rund 350 Mitglieder.

*Reislamisierung
der Türkei durch
eine Revolution*

In einer vom ICCB verbreiteten deutschsprachigen Flugschrift mit dem Titel „Islam und Demokratie“ bekräftigte Kaplan seine antidemokratischen Positionen und behauptete, die Demokratie sei mit dem Islam unvereinbar. Die Demokratie als Volksherrschaft beruhe auf dem Menschegeist, sei veränderlich und unbeständig. Islam hingegen bedeute die Herrschaft des Gerechten, d. h. Allahs. Der Islam stütze sich auf die Offenbarung, sei unvergänglich und bis zum jüngsten Tag gültig. Kaplan forderte zugleich die Bestrafung der Mitglieder der türkischen Regierung, die er als „Kemalisten“ bezeichnete. Sie besäßen weder ein Rechtsempfinden noch zeigten sie Erbarmen. Unterzeichnet ist die Flugschrift mit „Cemaleddin Kaplan, Staatsoberhaupt und Khalifsregent“.

Agitation

In einem am 23. April veröffentlichten Interview behauptete der ICCB-Vorsitzende, es gehöre zur religiösen Pflicht der Muslime, einen islamischen Staat zu gründen. Das kemalisti-

sche Regime sei nicht berechtigt, die Muslime zu regieren. Daher werde sich das türkische Volk im Islam treffen und den Kemalismus auf den Müllhaufen werfen. Auf einer Pressekonferenz am 6. Juli in Bonn betonte Kaplan mehrmals, wer sich als Muslim von der Religion zurückziehe, müsse sich vor einem Schariatsgericht verantworten und werde nach dessen Urteil möglicherweise getötet. Die Juden bezeichnete er als den „großen Satan“; sie seien nicht nur der Feind des Islam, sondern der ganzen Menschheit.

Großveranstaltung in Köln

Am 24. Oktober fand in Köln die alljährliche Veranstaltung des ICCB aus Anlaß des islamischen Neujahrsfestes statt. An dem Treffen unter dem Leitspruch „Entscheidet Euch jetzt, entweder für den Kemalismus oder für den Islam“ beteiligten sich etwa 6.500 Personen aus dem gesamten Bundesgebiet und dem benachbarten Ausland. Aus Bayern waren rund 150 ICCB-Anhänger angereist. Im Rahmen der Veranstaltung trat eine Gruppe von 25 uniformierten und mit Maschinengewehrattrappen ausgestatteten Personen auf, die eine Fahne der „Palästinensischen Befreiungsorganisation“ (PLO) schwenkten. Ein Vertreter der sunnitisch-extremistischen „Islamischen Widerstandsbewegung“ (HAMAS) wandte sich gegen das Gaza-Jericho-Abkommen und nannte den Palästinenserführer Yassir Arafat einen Verräter an der islamischen Bewegung. Der Leiter des ICCB sprach über die Bedeutung und Verbreitung des Islam. Er bezeichnete sich als Vertreter Mohammeds auf der Erde und kritisierte die Versuche deutscher Politiker und Behörden, ihn „zum Schweigen zu bringen“. In Sprechchören und Gesängen der Versammlungsteilnehmer hieß es u. a.: „Wir marschieren Richtung Ankara, Istanbul, Adana ... wir sind gekommen, den islamischen Staat zu gründen, wir sind gekommen, um zu sterben“.

Ausweisung Kaplans

Mit Ordnungsverfügung vom 22. September forderte das Ausländeramt der Stadt Köln den ICCB-Vorsitzenden auf, das Bundesgebiet unverzüglich zu verlassen. Die Ausländerbehörde wertete die andauernden öffentlichen Aufrufe Kaplans zur Gewaltanwendung und zur Vernichtung des türkischen Staates u. a. wegen der daraus resultierenden Belastung der deutsch-türkischen Beziehungen als eine schwerwiegende Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ord-

nung. Bereits 1987 hatte das Ausländeramt der Stadt Köln die politische Betätigung Kaplans eingeschränkt. Seine beharrlichen Zuwiderhandlungen gegen diese Verfügung führten im Februar 1993 zu einer völligen Untersagung der politischen Betätigung und schließlich zur Anordnung der Ausweisung.

Die **Vereinigung der neuen Weltansicht in Europa e.V. (AMGT)** mit ihrem publizistischen Sprachrohr „*Milli Gazete*“ (Nationale Zeitung) ist ein Sammelbecken von Anhängern der in der Türkei verbotenen und aufgelösten Nationalen Heilspartei (MSP) bzw. deren Nachfolgerin, der vom früheren MSP-Vorsitzenden Prof. Necmettin Erbakan geleiteten Wohlfahrtspartei (RP). Sie erstrebt die Ausbreitung des Islam in Europa und tritt für die Einführung des Koran als Grundlage des Staatsaufbaus und als Verhaltenskodex staatlichen Zusammenlebens ein. Damit zielt sie auf die Abschaffung der laizistischen Staatsordnung in der Türkei, die mit Hilfe der fundamentalistischen RP durch ein islamisches System ersetzt werden soll. Aufgrund intensiver Mitgliederwerbung setzte sich der Aufwärtstrend der AMGT auch 1993 fort. Dazu führte die AMGT im Januar 1993 in mehreren Orten des Bundesgebiets Werbeveranstaltungen durch, so auch in Schweinfurt, Nürnberg und Bobingen. Zu einem „Tag der offenen Tür“ eines örtlichen AMGT-Vereins am 27. März in Augsburg erschienen rund 400 Besucher. Aufgrund dieser Bemühungen ist die Zahl der Ortsvereine und Mitglieder erneut gestiegen. Den 57 AMGT-Untergliederungen in Bayern gehören über 3.400 Mitglieder an.

Am 2. Oktober fand in Antwerpen der Jahreskongreß der AMGT statt. Daran beteiligten sich über 20.000 Personen, darunter auch etwa 500 AMGT-Anhänger aus Bayern. Der AMGT-Vorsitzende Osman Yumakogullari aus Köln ging in seiner Eröffnungsrede auf die aktuelle Lage in der Welt ein, in der Menschen wegen ihres Glaubens unterdrückt und getötet würden und insbesondere die Türken-Ziel rassistischer Übergriffe geworden seien. Sein Stellvertreter kritisierte die gegen die Türken in Europa praktizierte „Assimilationspolitik“ und rief zum Kampf für die eigenen Rechte und zur Abschaffung des „Sklavensystems“ auf. Als Ehrengast und Hauptredner referierte der RP-Vorsitzende Prof. Necmettin Erbakan

*Koran als
allgemeiner
Verhaltenskodex*

*Anhaltender
Aufwärtstrend*

Jahreskongreß

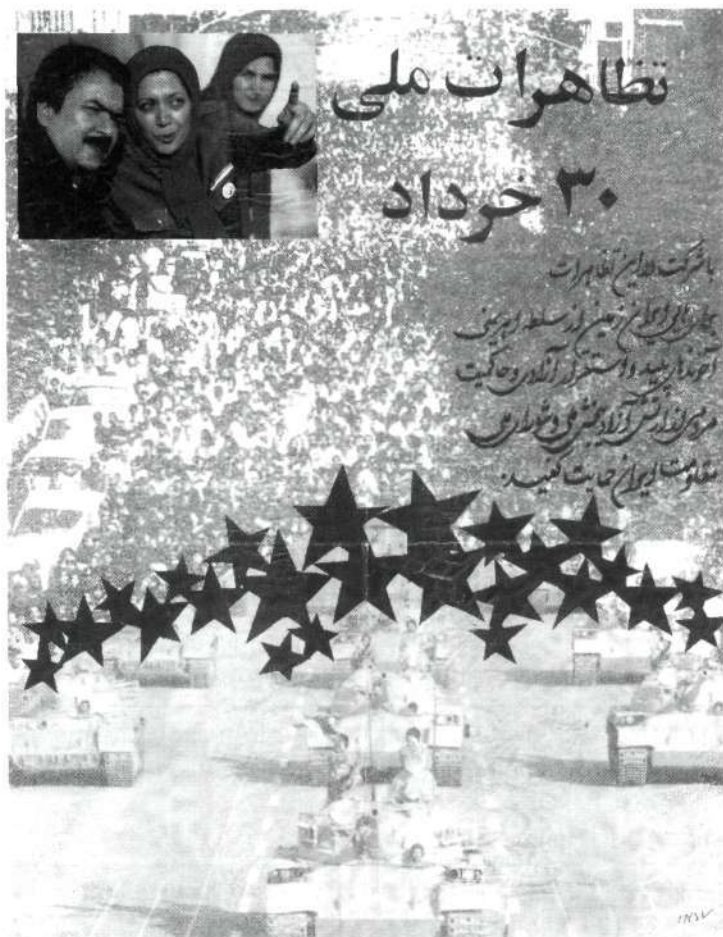
ebenfalls über die Probleme seiner Landsleute in Europa, deren Lösung ausschließlich seine Partei garantieren könne. Er kündigte an, die AMGT werde ihre Strukturen in Europa weiter festigen und die Gründung eines eigenen Fernsehsenders sowie einer eigenen Gewerkschaft, Bank und Partei betreiben.

4. Iranische Gruppen

Die Anhänger der im Iran als Guerillakämpfer tätigen Volksmohajedin haben sich im Bundesgebiet in der zum Teil konspirativ strukturierten und agierenden **Iranischen Moslemischen Studenten-Vereinigung Bundesrepublik Deutschland e.V. (IMSV)** zusammengeschlossen. Die Volksmohajedin, eine Gruppierung islamischer Fundamentalisten mit marxistischer Prägung, betrachten sich neuerdings als Vertreter einer gemäßigeren islamischen Richtung. Sie waren maßgeblich an der Revolution gegen den Schah im Iran beteiligt, gerieten aber nach dem Umsturz zunehmend in Opposition zur neuen Regierung, die sie seit Juni 1981 durch bewaffneten Widerstand zu stürzen versuchen. Ihre Anhänger übertragen die innenpolitischen Auseinandersetzungen im Iran auf die Bundesrepublik Deutschland und beeinträchtigen so deren innere Sicherheit ebenso wie deren außenpolitische Belange. Dies geschieht durch propagandistische Aktivitäten wie Demonstrationen und Verteilen von Flugblättern, aber auch mittels gewaltsamer Aktionen.

Aus Anlaß des Jahrestages der Tötung führender Angehöriger der Volksmohajedin durch iranische Revolutionsgardisten (5. Februar 1982) veranstalteten Anhänger der IMSV am 6. Februar in mehreren Städten des Bundesgebietes Versammlungen zum Thema „Gegen das Khomeini-Regime – Gegen Menschenrechtsverletzungen und Hinrichtungen im Iran“. An den Kundgebungen in Augsburg, München und Nürnberg beteiligten sich insgesamt rund 100 Personen, die auf mitgeführten Transparenten u. a. ein Erdöl- und Waffenembargo gegen den Iran und die Schließung der von ihnen als „Terrorzentralen“ bezeichneten iranischen diplomatischen Vertretungen forderten.

Plakat der IMSV



Rund 1.900 Anhänger und Sympathisanten der IMSV demonstrierten am 18. Juni in Bonn aus Anlaß des „Tages der Hingerichteten und politischen Gefangenen im Iran“. Zugleich gedachten sie damit des Beginns des bewaffneten Widerstands der Volksmujahedin (20. Juni 1981) und der Gründung ihrer im Irak stationierten „Nationalen Befreiungsarmee“ (20. Juni 1987). Die Demonstranten wandten sich auf Plakaten und in Sprechchören gegen Menschenrechtsverletzungen der iranischen Regierung; außerdem forderten sie die Bestrafung iranischer Gewaltakte gegen Oppositionelle im Ausland. Zur Teilnahme an der Kundgebung war u. a. in Augsburg mit Plakaten aufgerufen worden.

5. Übersicht über erwähnenswerte extremistische Organisationen von Ausländern, deren Neben- und beeinflusste Organisationen sowie deren wesentliche Presseerzeugnisse

Organisation	Publikationen (einschl. Erscheinungsweise)
1. Arabische Gruppen	
Demokratische Front für die Befreiung Palästinas (DFLP) marxistisch-leninistisch	Al Hourriah (Die Freiheit) – wöchentlich –
Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP) marxistisch-leninistisch	Al Hadaf (Das Ziel) – wöchentlich –
	Democratic Palestine – zweimonatlich –
	Al Karamah (Die Würde) – zweimonatlich –
Volksfront für die Befreiung Palästinas – Generalkommando (PFLP-GC) marxistisch-leninistisch	Ila-Al-Amam (Vorwärts) – wöchentlich –
Hizb Allah (Partei Gottes) schiitisch-extremistisch	Al-Ahd (Die Verpflichtung) – wöchentlich –
2. Iranische Gruppen	
Iranische Moslemische Studenten-Vereinigung Bundesrepublik Deutschland e.V. (IMSV) sozialrevolutionär Sitz: Köln	Freiheit für Iran – monatlich –
	Modjahed (Der Kämpfer) – wöchentlich –
Union islamischer Studentenvereine in Europa (U.I.S.A.) islamisch-extremistisch	Qods (Jerusalem) – unregelmäßig –

Organisation	Publikationen (einschl. Erscheinungsweise)
3. Kurdische Gruppen	
Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) marxistisch-leninistisch	Berxwedan (Widerstand) – monatlich – Serxwebun (Unabhängigkeit) – monatlich – Ronahi (Licht) – dreimonatlich –
Volksbefreiungsarmee Kurdistans (ARGK) Teilorganisation (Kampfeinheit) der PKK	
Nationale Befreiungsfront Kurdistans (ERNK) Teilorganisation der PKK	Kurdistan-Report – monatlich –
Kurdistan-Komitee e.V., Köln Nebenorganisation der PKK	Nachrichten aus Kurdistan – unregelmäßig –
Föderation der patriotischen Arbeiter- und Kulturvereinigungen aus Kurdistan in der Bundes- republik Deutschland e.V. (FEYKA-Kurdistan) Nebenorganisation der PKK	
Verein patriotischer Künstler Kurdistans in der Bundesrepublik Deutschland e. V. (HUNERKOM) Nebenorganisation der PKK	
Union der patriotischen Frauen Kurdistans (YJWK) Nebenorganisation der PKK	Jina Serbilind (Die stolze Frau) – dreimonatlich –

Organisation	Publikationen (einschl. Erscheinungsweise)
Union der patriotischen Arbeiter Kurdistan (YKWK) Nebenorganisation der PKK	
Union der patriotischen Intellektuellen Kurdistan (YRWK) Nebenorganisation der PKK	
Vereinigung der patriotisch-revolutionären Jugend Kurdistan (YCK) Nebenorganisation der PKK	
KOMKAR – Verband der Vereine aus Kurdistan marxistisch-leninistisch	Denge KOMKAR (Stimme KOMKAR) – unregelmäßig – Informationsbulletin Kurdistan – zweimonatlich –

4. Türkische Gruppen

4.1 Linksextremisten

Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten (TKP/ML)	Partizan – monatlich –
Türkische Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee (TIKKO) Frontorganisation der TKP/ML	
Bolsevik Partizan (BP) Spaltergruppe der TKP/ML	Bolsevik Partizan – unregelmäßig –
Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e.V. (ATIF) Sitz: Duisburg	

Organisation	Publikationen (einschl. Erscheinungsweise)
Konföderation der der Arbeiter aus der Türkei in Europa (ATIK) – Zusammenschluß der ATIF und ihrer Schwesterorganisationen	Mücadele (Kampf) – monatlich –

Devrimci Sol
(Revolutionäre Linke)

4.2 Extreme Nationalisten

Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Europa e.V. (ADÜTDF)
Sitz: Frankfurt a. M.

4.3 Islamische Extremisten

Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V. (ICCB), Köln	Ümmet i Muhammed (Die Gemeinde Mohammeds) – 15tägig –
Vereinigung der neuen Weltsicht in Europa e.V. (AMGT) Sitz: Köln	Milli Gazete (Nationale Zeitung) – täglich –

4. Abschnitt

Terror* und sonstige politisch motivierte Gewalt

1. Entwicklung im Bundesgebiet

Die Bedrohung der inneren Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland durch politisch motivierte Gewalttäter hat im Jahr 1993 auf sehr hohem Niveau angehalten.

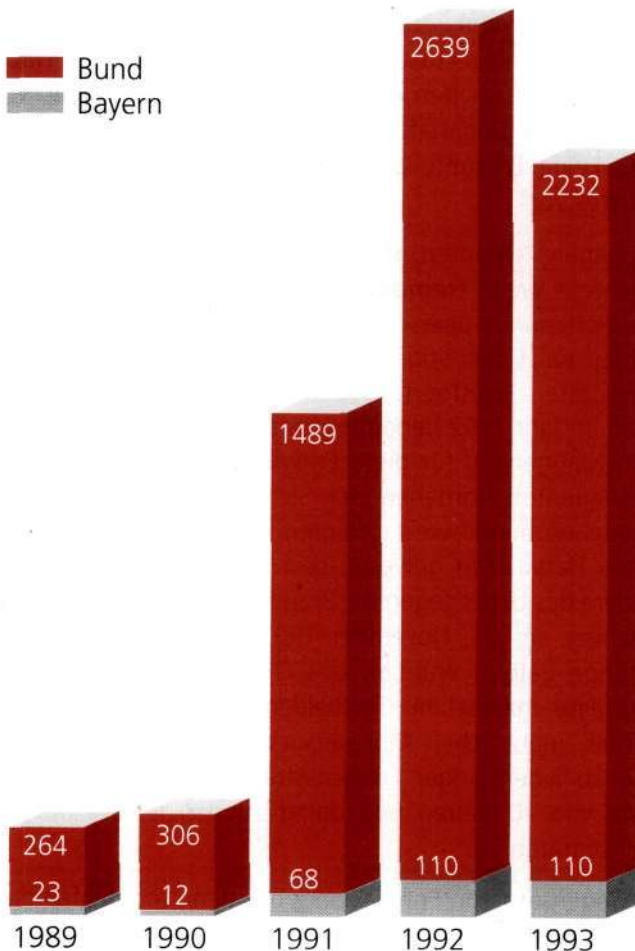
1.1 Rechtsextremistische Gewalt

Im Zusammenhang mit den Gewalttaten mit erwiesener bzw. zu vermutender **rechtsextremistischer**, insbesondere fremdenfeindlicher Motivation haben sich zwar 1992 erstmals seit Jahren wieder mehrere Hinweise auf die mögliche Existenz rechtsterroristischer Vereinigungen ergeben. Mehrere beim Generalbundesanwalt anhängige bzw. bereits abgeschlossene Ermittlungsverfahren und die in diesem Zusammenhang durchgeführten Exekutivmaßnahmen im gesamten Bundesgebiet konnten den Anfangsverdacht der Gründung solcher Vereinigungen jedoch auch 1993 nicht bestätigen. Ungeachtet dessen bedeutet aber die Militanz der rechtsextremistischen Gewalttäter nach wie vor eine ernstzunehmende Gefahr für die innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland. Die aggressiv-kämpferisch vorgetragene Agitation insbesondere der Neonazigruppen bereitete dafür den Nährboden.

* Terrorismus ist der nachhaltig geführte Kampf für politische Ziele, die mit Hilfe von Anschlägen auf Leib, Leben oder Eigentum Dritter durchgesetzt werden sollen, insbesondere durch Straftaten, wie sie in § 129 a Abs. 1 des Strafgesetzbuchs genannt sind (vor allem: Mord, Totschlag, erpresserischer Menschenraub, Brandstiftung, Herbeiführung einer Explosion durch Sprengstoff) oder durch andere Gewalttaten, die der Vorbereitung solcher Straftaten dienen.

Insgesamt registrierten die Verfassungsschutzbehörden nach derzeitigem Erkenntnisstand bundesweit 2.232 Gewalttaten mit erwiesener oder zu vermutender **rechtsextremistischer** Motivation; das bedeutet gegenüber den 2.639 Gewalttaten des Vorjahres einen Rückgang von 15 Prozent. Bei den mehr als 300 (1992: 713) vollendeten bzw. versuchten Brand- und Sprengstoffanschlägen wurden sieben Menschen getötet und eine Vielzahl von Personen zum Teil schwer verletzt; außerdem wurden Sachschäden in mehrfacher Millionenhöhe verursacht. Von den insgesamt 23 verübten bzw. versuchten

*Zahl rechts-
extremistisch moti-
vierter Gewalttaten
rückläufig*



Gewalttaten mit erwiesener oder zu vermutender rechtsextremistischer Motivation

*Fünf Todesopfer
bei Brandanschlag
in Solingen*

Tötungsdelikten hatte der Brandanschlag auf ein von Türken bewohntes Haus am 29. Mai in Solingen die gravierendsten Folgen. Dabei wurden fünf türkische Staatsangehörige (zwei Frauen und drei Kinder) getötet und mehrere Personen zum Teil schwer verletzt. Die vier mutmaßlichen Täter konnten von der Polizei ermittelt und festgenommen werden.

Bei den Ermittlungen zeigte sich, daß die Gewalttaten ganz überwiegend nicht von Einzeltätern, sondern häufig von mehreren gemeinschaftlich handelnden Personen verübt wurden. Es gab aber nach wie vor keine Hinweise auf eine überregionale Steuerung dieser Gewalttaten durch rechtsextremistische Organisationen. Der Tatentschluß entstand vielfach spontan aus gruppenspezifischen Prozessen, gefördert durch Alkohol oder Musik mit rechtsextremistischem Inhalt. Auch Nachahmungseffekte spielten eine Rolle. Die Tatverdächtigen waren überwiegend jünger als 20 Jahre; bei den meisten lagen auch 1993 keine Erkenntnisse der Polizei bzw. des Verfassungsschutzes vor.

*Fremdenfeindliche
Gewalttaten
rückläufig*

Die gegen Asylanten, Asylbewerber und andere Ausländer gerichtete Welle **fremdenfeindlicher Gewalttaten** scheint den Höhepunkt überschritten zu haben. In diesem Bereich wurden nach derzeitigem Erkenntnisstand bundesweit 1.609 Gewalttaten registriert. Gegenüber den 2.277 registrierten Fällen im Jahr 1992 bedeutet das einen Rückgang von 29 Prozent. Maßgebend für diese Entwicklung dürften neben dem konsequenten Vorgehen der Sicherheitsbehörden auch die inzwischen bundesweit erfolgten Verurteilungen zu teilweise hohen Haftstrafen gewesen sein. Zu nennen ist hier insbesondere das Urteil gegen die Brandstifter von Mölln, bei deren Anschlag am 21. November 1992 drei türkische Staatsangehörige getötet wurden. Das Oberlandesgericht Schleswig verurteilte inzwischen die beiden Täter wegen dreifachen Mordes, mehrfachen Mordversuchs und schwerer Brandstiftung zu lebenslanger Freiheitsstrafe bzw. zu einer Jugendstrafe von 10 Jahren und damit zu den jeweils möglichen Höchststrafen.

Im Gegensatz zur Entwicklung bei den fremdenfeindlichen Gewalttaten hat die Zahl der von Rechtsextremisten auf **politische Gegner** und deren Einrichtungen verübten Taten bun-

desweit zugenommen, nämlich von 106 im Jahr 1992 auf 157, darunter 120 Gewalttaten gegen tatsächliche bzw. vermeintliche Linksextremisten und 37 Gewalttaten gegen vermeintliche Andersdenkende. Insbesondere die zunehmende Festigung der „Anti-Antifa“ und die von Linksextremisten übernommene Praxis, politische Gegner gezielt auszuspähen und deren „Steckbriefe“ mit der Aufforderung zu „Strafaktionen“ zu veröffentlichen, lassen eine weitere Verschärfung der Situation in diesem Bereich befürchten.

Gewalttaten gegen Linksextremisten weiterhin besorgniserregend

1.2 Linksextremistische Gewalt

Im **linksextremistischen** Bereich war die Gefährdungslage in erster Linie gekennzeichnet durch den Sprengstoffanschlag der terroristischen Vereinigung Rote Armee Fraktion (RAF) am 27. März auf die Justizvollzugsanstalt Weiterstadt in Hessen, wobei ein Sachschaden von mehr als 100 Millionen DM entstand. Im Berichtszeitraum haben sich Informationen verdichtet, die auf eine tiefgreifende Spaltung der RAF hinweisen. Trotzdem stellen zumindest Teilgruppen der RAF, die den bewaffneten antiimperialistischen Kampf weiterhin als Mittel zur Durchsetzung ihrer Ziele sehen, auch künftig eine erhebliche Gefährdung dar. Ziel dieser und anderer in der Bundesrepublik Deutschland gewalttätig agierender linksextremistischer Gruppen ist nach wie vor die gewaltsame Zerschlagung der gegenwärtigen Staats- und Gesellschaftsordnung, in der sie ein „Instrument zur Durchsetzung weltweiter kapitalistischer imperialistischer Ausbeuterinteressen“ sehen. Keine dieser Gruppen bietet eine realistische Perspektive für die Zeit nach der angestrebten Revolution. Viele nennen als Ziel eine „herrschaftsfreie Gesellschaft“, ohne zu erläutern, wie diese Utopie im einzelnen aussehen soll. Vielfach geben sie vor, das Bild der späteren Gesellschaft schäle sich erst im Kampf gegen das herrschende System heraus.

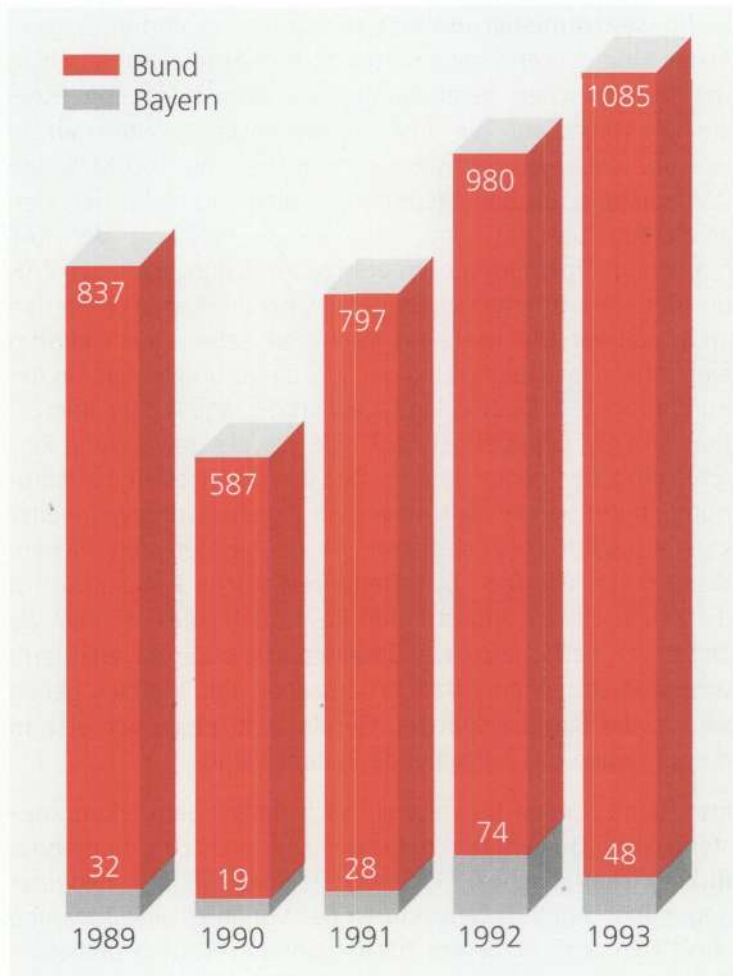
Spaltung der RAF

Insgesamt wurden bundesweit nach derzeitigem Erkenntnisstand 1.085 Gewalttaten mit erwiesener oder zu vermutender **linksextremistischer** Motivation festgestellt. Das bedeutet gegenüber den 980 Gewalttaten des Vorjahres eine Zunahme von 11 Prozent. In diesem Zusammenhang wurden zahlreiche Brandanschläge registriert, die überwiegend Gruppen- und

Gewalttaten von Linksextremisten haben insgesamt zugenommen

Einzel Tätern aus dem gewaltbereiten autonomen und anarchistischen Spektrum zuzurechnen waren. Einen Schwerpunkt bei den Angriffsziele bildeten wie im Vorjahr tatsächliche und vermeintliche Rechtsextremisten bzw. deren Einrichtungen mit 337 (1992: 390) Gewalttaten. Weitere Motive für gewalttätige Aktionen waren die Änderung des Asylrechts und des Art. 16 des Grundgesetzes, die Bewerbung Berlins für die Olympischen Spiele und der Ausbau Berlins zum Sitz der Bundesregierung, ferner bauliche Umstrukturierungsmaßnahmen in mehreren Großstädten.

Gewalttaten mit erwiesener oder zu vermutender linksextremistischer Motivation



1.3 Gewalttaten ausländischer Extremisten

Auch die Bedrohung der inneren Sicherheit durch **ausländische Extremisten** hielt weiter an. Dies zeigten insbesondere zwei koordinierte Gewaltwellen, mit denen am 24. Juni und 4. November mutmaßliche Anhänger der PKK bundesweit türkische Einrichtungen angriffen. Dabei war am 4. November in Wiesbaden ein Todesopfer zu beklagen. Weitere Todesopfer forderten Flügelkämpfe bei den türkischen linksextremistischen Gruppierungen Devrimci Sol und TKP/ML. So ist es im Zusammenhang mit bereits im Jahr 1992 erkennbaren ideologischen Differenzen innerhalb der Gruppierung Devrimci Sol zu mehreren von hoher Gewaltbereitschaft gekennzeichneten Auseinandersetzungen zwischen den konkurrierenden Flügeln gekommen. Bei drei tätlichen Auseinandersetzungen und fünf Schießereien mit regionalen Schwerpunkten in Köln und Berlin wurden eine Person getötet und 16 zum Teil schwer verletzt. Auch bei der in der Türkei verbotenen Gruppierung TKP/ML kam es zu internen Auseinandersetzungen. So wurde ein am 13. Dezember an einem Türken verübter Mord in einer Mitteilung der TKP/ML als „Exekution“ eines „Verräters“ durch „Parteimilitante“ bezeichnet. Ausschlaggebend für die Gewalttaten ausländischer Gruppen waren im wesentlichen Konflikte in den Heimatländern. Zuweilen waren aber auch fremdenfeindliche Gewalttaten von Rechts-extremisten Anlaß für ausländische Gruppen zu gewalttätigen Übergriffen auf Bundesbürger.

2. Politisch motivierte Gewalt in Bayern*)

Auch 1993 forderte die politisch motivierte Gewalt in Bayern keine Todesopfer. Die Zahl der Brand- und Sprengstoffanschläge, bei denen das angegriffene Ziel, die Tatausführung oder Selbstbechtigungen auf politische Motive hindeuten, ist im Vergleich zum Vorjahr deutlich gesunken. Insgesamt

Deutlicher Rückgang der Brand- und Sprengstoffanschläge in Bayern

*) Abweichungen der Vorjahreszahlen von den im Verfassungsschutzbericht Bayern 1992 genannten Zahlen beruhen im wesentlichen auf einem verbesserten Erkenntnisstand und der dadurch erforderlichen Neubewertung infolge von Nachermittlungen. Änderungen aufgrund nachträglich anfallender Erkenntnisse aus dem Berichtszeitraum sind ebenfalls möglich.

wurden im Berichtszeitraum nach derzeitigem Erkenntnisstand 28 Brandanschläge (1992: 44) verübt oder versucht. Sprengstoffanschläge (1992: 4) waren nicht zu verzeichnen. Bei den 17 Brandanschlägen mit rechtsextremistischem Hintergrund (1992: 25 Brandanschläge und ein Sprengstoffanschlag) war in 15 Fällen ein fremdenfeindliches Motiv erkennbar bzw. zu vermuten. Linksextremisten verübten vier Brandanschläge (1992: zwei Sprengstoffanschläge und 15 Brandanschläge), davon drei gegen das Eigentum eines Rechtsextremisten. Konflikte in den Heimatländern von Ausländern waren ursächlich für sieben Brandanschläge (1992: sechs Brandanschläge und ein Sprengstoffanschlag).

2.1 Rechtsextremistische Gewalt

Der Schwerpunkt politisch motivierter Gewalt lag auch 1993 bei den Taten mit erwiesener oder zu vermutender **rechtsextremistischer** Motivation. Ihre Gesamtzahl betrug 110 und lag damit auf gleicher Höhe wie im Vorjahr (110). Dabei wurden insgesamt 39 Personen verletzt. Der materielle Schaden blieb indessen im Vergleich zum Vorjahr relativ gering. Von den 110 rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten wiesen etwa 65 (1992: 103) eine **fremdenfeindliche** Motivation auf. Damit ist die Zahl fremdenfeindlicher Gewalttaten auch in Bayern erheblich, nämlich um 37 Prozent, zurückgegangen. Es bleibt aber eine gravierende, nicht hinnehmbare Tatsache, daß immer noch 15 Brandanschläge (1992: 25 Brandanschläge und 1 Sprengstoffanschlag), 23 Angriffe auf Personen (1992: 16) und 21 Sachbeschädigungen mit Gewaltanwendung (1992: 36) gegenüber ausländischen Mitbürgern zu verzeichnen waren. Dies gilt um so mehr, als gleichzeitig bei den sonstigen fremdenfeindlichen Straftaten wie Bedrohungen, Nötigungen, Schmierschriften und Propagandadelikten ein Anstieg auf rund 460 (1992: 389) Fälle und damit eine Steigerung um 18 Prozent festzustellen war. Typisch für die 1993 festgestellte rechtsextremistische Gewalt sind die im folgenden – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – dargestellten Taten:

Am 22. März verübte ein zunächst unbekannter Täter in Wörth a. d. Donau, Landkreis Regensburg, einen Brandanschlag auf die Geschäftsräume einer Tageszeitung. Der Täter hatte einen Molotowcocktail durch eine Schaufensterscheibe geworfen, durch die er vorher mit einem Stein ein Loch geschlagen hatte. Das entstandene Feuer verursachte Sachschaden von etwa 10.000 DM. Auf die Schaufensterscheibe hatte der Täter in roter Farbe ein Hakenkreuz geschmiert. Kleinere Hakenkreuze hatte er auf Aufklebern mit der Aufschrift „Ausländerhaß – wir sagen nein“ angebracht. Als mutmaßlichen Täter konnte die Polizei am 23. März einen 18jährigen Mann ermitteln und festnehmen. In einer ersten Vernehmung gab er an, den Anschlag aus allgemeiner Ablehnung gegenüber Ausländern verübt zu haben. Am 8. September wurde der Täter vom Amtsgericht Regensburg zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren, ausgesetzt zur Bewährung, verurteilt.

In Thannhausen, Landkreis Günzburg, verübten unbekannte Täter am 13. April einen Brandanschlag auf eine Asylbewer-



Brandanschlag
am 13. April 1993
in Thannhausen

berunterkunft. An der Außenwand des Gebäudes fand sich ein mit schwarzer Farbe angeschmiertes Hakenkreuz. Das Feuer verursachte einen Sachschaden von etwa 30.000 DM. Personen wurden nicht verletzt.

Am 23. Mai wurde ein 20jähriger Deutscher, der mit mehreren Personen am Rhein-Main-Donau-Kanal bei Schwanstetten, Landkreis Roth, kampierte, von mehreren Skinheads überfallen und verletzt. Der Vorfall ereignete sich, als sich im Laufe der Nacht eine weitere Gruppe hinzugesellte, die nationalistisches Liedgut sang und Heil-Hitler-Rufe skandierte. Der 20jährige, der sich den Skinheads gegenüber als Jude ausgab, forderte die Personen auf, sich zu entfernen. Dies taten sie, kamen aber nach zwei Stunden zurück, fielen über den vermeintlichen Juden her, verletzten ihn und brannten zwei Zelte ab. Bei anschließenden Hausdurchsuchungen in den Wohnungen der Hauptverdächtigen wurden Hitler-Bilder und eine Reichskriegsflagge festgestellt.

Weitere Brandlegungen, die sich insbesondere gegen Asylbewerberheime bzw. von Ausländern bewohnte Häuser richteten, wurden verübt bzw. versucht in Ainring, Amberg, Aschaffenburg, Bad Windsheim, Cham, Heustreu, Kemnath, Moosburg, München, Röthlein, Rosenheim und Wassertrüdingen. Bei allen diesen Anschlägen bzw. Versuchen entstand u. a. durch rechtzeitiges Eingreifen relativ geringer Sachschaden.

An weiteren Gewalttaten sind ferner erwähnenswert:

In den frühen Morgenstunden des 18. April drangen zwei betrunkene Skinheads gewaltsam in das Heim für Asylbewerber in Bad Windsheim, Landkreis Neustadt a. d. Aisch-Bad Windsheim, ein, nahmen dort einen Feuerlöscher von der Wand und versprühten den Inhalt im Erdgeschoß und im ersten Stockwerk des Hauses. Einer der Täter richtete den Strahl auf einen aufmerksam gewordenen bulgarischen Heimbewohner. Außerdem versuchten sie ein Paar Kindergummistiefel im Bratrohr der Küche zu schmoren. Ein Brandschaden entstand nicht. Der Sachschaden beläuft sich auf rund 500 DM. Die Täter konnten kurz nach der Tat festgenommen werden. Einer der Beschuldigten ist bereits wegen

Hakenkreuzschmierereien am selben Objekt in Erscheinung getreten.

Am 16. Mai wurde in einem Intercity-Zug der Bundesbahn ein Gehbehinderter von Skinheads angegriffen. Der aus Österreich stammende 25jährige Fahrgast erlitt eine Platzwunde an der Schläfe, die im Krankenhaus genäht werden mußte. Die Skinheads, die in Leipzig zugestiegen waren, sangen im Abteil NS-Parolen und skandierten lautstark „Sieg Heil“-Rufe. Beim Eintreffen des Zuges im Münchner Hauptbahnhof wurden sechs Skinheads vorläufig festgenommen.

Die Mitinitiatorin einer geplanten Wohngemeinschaft für Behinderte in Mering, Landkreis Aichach-Friedberg, erhielt seit dem 30. Juni mehrere Anrufe eines Unbekannten, der Behinderten das Lebensrecht absprach und sich dabei auf Adolf Hitler berief. Der Unbekannte forderte sie unter Drohungen auf, das Hilfsprojekt aufzugeben, insbesondere die geplante Grundsteinlegung am 5. Juli nicht vorzunehmen. Am 1. Juli wurde die Frau vor ihrer Garage von zwei jungen unbekanntem Männern erwartet und von einem der Angreifer im Gesicht verletzt. Dabei äußerte er, daß die Geschädigte doch schon gewarnt worden sei. Nach diesem Angriff wurde ihr telefonisch erneut weiteres Unheil für die Fortführung ihrer Initiative angedroht. Nach der planmäßigen, ohne besondere Vorkommnisse verlaufenen Grundsteinlegung am 5. Juli fand die Geschädigte bei ihrer Heimkehr einen Stein mit aufgemaltem Hakenkreuz vor ihrer Haustür.

Am 28. September erstattete in Miesbach eine belgische Staatsangehörige und Mutter eines farbigen Kindes Anzeige bei der Polizei. Ihren Angaben zufolge waren Anfang September ein hakenkreuzähnliches Zeichen auf der Außenseite ihrer Wohnungstür angeschmiert sowie an den Folgetagen insgesamt drei computergeschriebene Blätter in ihrem Briefkasten eingeworfen worden, in denen sie beschimpft und massiv beleidigt worden war. Auch darauf waren hakenkreuzähnliche Zeichen angebracht. Am 16. September stellte die Geschädigte ihrer Aussage zufolge bei einer Überprüfung ihres Kraftfahrzeugs fest, daß die Radmuttern beider Hinterräder gelockert waren. Ferner gab sie an, am 23. Septem-

ber einen Schnitt im Hinterreifen ihres Fahrzeugs festgestellt zu haben.

Am 6. November wurde ein ägyptischer Staatsangehöriger von drei Männern in München tätlich angegriffen und u. a. mit ausländerfeindlichen Parolen beschimpft. Nachdem sich der Angegriffene befreien konnte, wurde er von einem der Angreifer mit einem Luftgewehr bedroht. Zu Hause konnte er beobachten, wie die Täter Steine gegen seine Wohnungsfenster warfen und dabei ausländerfeindliche Parolen grölten. Die Polizei konnte die Täter ermitteln. Gegen zwei von ihnen wurde Haftbefehl erlassen.

Am 10. Dezember verfolgten drei deutsche Staatsangehörige einen 29jährigen türkischen Staatsangehörigen, der mit dem Auto unterwegs war, mit ihrem Kraftfahrzeug. Die Angreifer versuchten, den Geschädigten auszubremsen und abzudrängen. Des weiteren wurden drei Schüsse aus einem Schreckschußrevolver auf den Geschädigten abgegeben. Ferner zeigte einer der Verfolger aus dem Seitenfenster des Verfolgungsfahrzeugs den Hitlergruß. Die drei Angreifer wurden von der Polizei angehalten und festgenommen.

An Verurteilungen, denen Gewalttaten aus dem Jahre 1992 zugrundeliegen, sind erwähnenswert:

Das Amtsgericht Schweinfurt verurteilte am 25. Juni zwei 21- bzw. 24jährige Männer wegen versuchter schwerer Brandstiftung zu Freiheitsstrafen von zweieinhalb bzw. zwei Jahren. Zwei Mittäter erhielten Jugendstrafen von einem Jahr bzw. sieben Monaten, jeweils ausgesetzt zur Bewährung. Die Verurteilten hatten in Bad Brückenau am 4. Oktober 1992 zwei Molotowcocktails gegen eine Asylbewerberunterkunft geworfen.

Das Landgericht Nürnberg verurteilte am 2. August einen 53jährigen Mann wegen eines Brandanschlags auf ein Asylbewerberheim zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren und vier Monaten. Der Verurteilte hatte am 1. August 1992 in Nürnberg in einem von etwa 80 Personen bewohnten Haus Benzin ausgegossen und in Brand gesetzt.

2.2 Linksextremistische Gewalt

In Bayern wurden nach derzeitigem Erkenntnisstand insgesamt 48 Gewalttaten mit linksextremistischer bzw. zu vermutender linksextremistischer Motivation begangen. Gegenüber der im Vorjahr festgestellten Zahl von 74 derartigen Gewalttaten bedeutet das einen erheblichen Rückgang um 35 Prozent. 22 der 48 festgestellten Gewalttaten mit linksextremistischer Motivation entfallen auf Angriffe auf tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten und deren Einrichtungen (Vorjahr: 19). Drei der vier linksextremistisch motivierten Brandanschläge sind ebenfalls diesem Bereich zuzurechnen.

Nennenswert sind in diesem Zusammenhang folgende Taten:

In der Nacht zum 9. September verübten inzwischen ermittelte Täter einen Brandanschlag in der Justizvollzugsanstalt Straubing. Sie hatten dort brennbare Flüssigkeit verschüttet und angezündet, wobei geringer Sachschaden entstand. Am 28. September wurde zu diesem Brandanschlag ein Selbstbeziehungsschreiben bekannt. Die Verfasser führten darin aus, ein „Revolutionäres Befreiungskommando“ habe den Anschlag verübt, um damit ein Zeichen zu setzen, daß radikaler Widerstand innerhalb dieser staatlichen „Vernichtungslager“ möglich und ein „zwingender Teil zur praktischen revolutionären Auseinandersetzung“ sei. Der Kampf für die Zerschlagung des „verfaulenden bürgerlichen Staatsapparates“ schließe den Kampf gegen das ganze System der Gefängnisse mit ein. Abschließend forderten die unbekanntenen Verfasser parolenhaft unter anderem „Freiheit für alle politischen Gefangenen aus RAF und Widerstand“, „Solidarität mit allen internationalen politischen Gefangenen weltweit“ sowie „Kampf dem imperialistischen Schweinesystem“.

Nach dem 24. April sowie am 1. und 2. Mai wurden im Landkreis Bamberg entlang der B 505 und der B 22 Notrufleitungen und Telefonleitungen durchtrennt sowie Telefonmasten umgesägt. Der Sachschaden wurde auf über 15.000 DM beziffert. An einem der Tatorte wurde ein Bekennerschreiben aufgefunden, in dem es hieß: „Telekom, Olympia 2000 – Wir

sind dabei, Kampf euch Ärschen“. Ein ähnlicher Anschlag wurde am 25. April im Bereich der A9 bei Bayreuth verübt, bei dem ein Sachschaden von rund 12.000 DM entstand.

In der Nacht zum 5. Juni betraten unbekannte Täter das Grundstück der Geschäftsstelle des SPD-Unterbezirks Coburg und warfen mit Pflastersteinen mehrere Fensterscheiben ein. Dabei entstand Sachschaden von mindestens 500 DM. Die Täter hinterließen neben dem Hauseingang ein Selbstbeziehungsschreiben, in dem es u. a. hieß: „Kampf dem Rassismus und Faschismus auf allen Ebenen! Organisiert die antifaschistische Selbsthilfe! Sofortiger Abschiebestop für alle Flüchtlinge! Bleiberecht für alle! Asylrecht ist Menschenrecht! Hoch die Internationale Solidarität!“. Unterzeichnet ist die Selbstbeziehung von einer bisher unbekanntenen „Antifaschistischen Aktionseinheit George Jackson“ (Ein Kommando George Jackson der RAF hatte am 8. August 1985 einen Sprengstoffanschlag auf die US-Airbase in Frankfurt a. Main verübt).

2.3 Gewalt zwischen Links- und Rechtsextremisten

Besorgniserregend ist nach wie vor die Entwicklung der gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Links- und Rechtsextremisten. So bildete der „antifaschistische Kampf“ bundesweit einen Themenschwerpunkt insbesondere gewaltbereiter autonomer Gruppen. Rechtsextremisten, insbesondere Neonazis, setzen sich dagegen im Rahmen der von ihnen so genannten „Anti-Antifa“ zur Wehr und gehen zum „Gegenangriff“ über. Die Zahl der bekanntgewordenen Gewalttaten von Linksextremisten gegen Rechtsextremisten ist 1993 in Bayern auf 22 (1992: 19) gestiegen; rechtsextremistisch motivierte Täter verübten sechs Gewaltakte gegen tatsächliche bzw. vermeintliche Angehörige des linken Spektrums.



Trotz des Rückgangs linksextremistisch motivierter Gewalt kann jedoch aufgrund der großen Brutalität, mit denen diese Gewalttaten auf beiden Seiten begangen werden, nicht von einer Entspannung ausgegangen werden. Beide extremistischen Lager verfügen inzwischen über gleiche Vorgehensweisen hinsichtlich der gezielten Sammlung und Auswertung von Informationen über politische Gegner. So werden inzwischen von beiden Seiten in Publikationen Steckbriefe, Personalien und Adressen veröffentlicht. Damit verbunden ist regelmäßig die kaum verhohlene Aufforderung zu Gewalttaten gegen die genannten Personen. Zu nennen ist hier u. a. das im Dezember 1993 bekanntgewordene Druckwerk „Der Einblick“ mit dem Untertitel „Die nationalistische Widerstandszeitschrift gegen zunehmenden Rotfront- und Anarchoterror“, das im Rahmen der von Rechtsextremisten als „Anti-Antifa-Kampf“ bezeichneten Aktionen eine Vielzahl von Namen und Anschriften von tatsächlichen oder vermeintlichen Linksextremisten und deren Einrichtungen aus dem gesamten Bundesgebiet abdruckte. Der Generalbundesanwalt hat gegen die unbekanntten Verfasser, Herausgeber und Verbreiter dieser Publikation ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung nach § 129 StGB eingeleitet. Auf der Gegenseite wurde u. a. eine Sonderausgabe der militanten autonomen Publikation „INTERIM“ bekannt, in der die Abonenntendatei einer zu den Republikanern tendierenden Publikation abgedruckt war.



In Bayern sind für diesen Bereich folgende Gewalttaten erwähnenswert:

In Passau schlugen unbekannte Täter an einem Antiquitätengeschäft wiederholt Schaufensterscheiben ein. Inhaber des Geschäfts ist ein Stadtrat der Partei Die Republikaner.

Am 5. Februar wurde ein Punker in einer Gaststätte in Wunsiedel, die als Skinheadtreff gilt, von politischen Gegnern

durch Tritte und Schläge verletzt. Ferner wurde ihm ein gegen Rechtsextremisten gerichteter Aufnäher von seiner Jacke gerissen.

Am 12. Februar stürten etwa 15 vermummte und schwarz gekleidete Personen der örtlichen autonomen antifaschistischen Szene in Passau eine Veranstaltung des inzwischen verbotenen rechtsextremistischen „Nationalen Blocks“ (NB). Die Störer stürmten in eine Gaststätte in Passau, beschimpften die anwesenden Mitglieder der neonazistischen Gruppierung als „Nazischweine“ und bewarfen einen Angehörigen dieser Gruppe mit einem Pflasterstein. Die Angreifer waren mit Schreckschußwaffen, Baseballschlägern und einem Holzpaddel bewaffnet. Bevor die Situation in der Gaststätte eskalierte, griffen Wirt und Gäste ein und drängten die Angreifer aus dem Lokal. Kurz darauf wurde eine Fensterscheibe des Lokals eingeworfen. Sieben Tatbeteiligte wurden von der Polizei ermittelt und vorläufig festgenommen.

Ein 18jähriger Skinhead griff am 13. April in Marktredwitz an einer Tankstelle einen Punk an und verletzte diesen. Dabei äußerte der wiederholt in Erscheinung getretene Täter, daß für „Linke“ in Marktredwitz kein Platz sei. Im Verlauf der Auseinandersetzung kam es auch zu Widerstandshandlungen gegen Polizeibeamte.

Unbekannte Täter verübten bzw. versuchten am 3. Juni, 12. August und 12. September in Mainaschaff, Landkreis Aschaffenburg, Brandanschläge auf den PKW eines Skinhead. In einem Selbstbeziehungsschreiben zu einem der Anschläge wurde die Tat mit den „faschistischen Aktivitäten“ des Geschädigten und „Rache für Solingen“ begründet.

Am 12. September griff in Rottenburg a. d. Laaber, Landkreis Landshut, ein Rechtsextremist einen 17jährigen Jugendlichen tötlich an, der ein T-Shirt mit der Aufschrift „Gegen Ausländerhaß und Faschismus“ trug. Der Geschädigte wurde dabei durch Fausthiebe verletzt und zudem als „linke Sau“ beleidigt.

Am 11. Oktober verübten in Vohburg, Landkreis Pfaffenhofen a. d. Ilm, unbekannte Täter einen Brandanschlag auf einen Schaukasten der evangelischen Kirche, in dem ein Plakat

angebracht war, mit dem die „Gewalt von Rechts“ thematisiert worden war.

2.4 Gewalttaten ausländischer Extremisten

Der Schwerpunkt politisch motivierter Ausländerkriminalität lag 1993 in Bayern bei Aktivitäten der mittlerweile vom Bundesministerium des Innern verbotenen marxistisch-leninistischen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK).

Dem Verbot der PKK durch das Bundesministerium des Innern gingen zwei offensichtlich von dieser Gruppierung gesteuerte europaweite Aktionsserien in der Bundesrepublik Deutschland voraus. So wurden am 24. Juni und an den folgenden Tagen bundesweit mit Schwerpunkt in Nordrhein-Westfalen eine Vielzahl von Gewalttaten, darunter u. a. Geiselnahmen, Brandanschläge und Sachbeschädigungen, gegen türkische diplomatische bzw. konsularische Vertretungen sowie Banken und Reisebüros registriert. In München drangen am 24. Juni gegen 08.40 Uhr 13 mutmaßliche Angehörige bzw. Sympathisanten der PKK in das Türkische Generalkonsulat ein. Die bewaffneten konsulatseigenen Sicherheitskräfte wurden überwältigt. Die Täter, die dadurch in den Besitz von scharfen Handfeuerwaffen kamen, nahmen mehr als 20 Personen als Geiseln. Sie stellten u. a. die Forderung, die Bundesregierung solle weitere Militärhilfe für die Türkei unterlassen und die Türkei solle Militäraktionen gegen die kurdische Bevölkerung einstellen. Dazu sollte der Bundeskanzler binnen zwei Tagen eine Erklärung im Fernsehen abgeben und auf die türkische Regierung einwirken. Bei Nichterfüllung ihrer Forderungen und Erstürmung des Gebäudes drohten die Geiselnahmer mit Sprengung des Konsulats. Im Laufe des Tages ließen die Täter zunächst drei und später weitere neun Geiseln frei. Nach Verhandlungen mit dem Staatsminister im Bundeskanzleramt Schmidbauer gaben die Geiselnahmer noch am selben Tag gegen 23.00 Uhr auf und ließen sich festnehmen. Der Ermittlungsrichter beim Bundesgerichtshof erließ gegen zwölf Täter Haftbefehle wegen Geiselnahme und versuchter Nötigung von Verfassungsorganen. Ebenfalls am 24. Juni überfielen zwei mut-

maßliche Angehörige der PKK die Geschäftsräume einer türkischen Fluggesellschaft in München und verwüsteten sie. Die Täter konnten festgenommen werden. Zeitgleich wurden durch vier Personen eine türkische Bank und ein türkisches Reisebüro beschädigt. In Nürnberg wurden Büros einer türkischen Fluglinie und zwei türkische Banken angegriffen. Dabei entstand ebenfalls erheblicher Sachschaden. Im Zuge der eingeleiteten Fahndung konnten neun Tatverdächtige festgenommen werden.

In einer zweiten Gewaltwelle am 4. November verübten bzw. versuchten mutmaßliche Anhänger und Sympathisanten der PKK nahezu zeitgleich in 31 Städten der alten Bundesländer mehr als 50 Überfälle und Brandanschläge auf türkische diplomatische Vertretungen, türkische Institutionen wie Reisebüros und Banken sowie von Türken betriebene Gaststätten und Vereinslokale. Der entstandene Sachschaden beläuft sich auf mehrere hunderttausend DM. Der folgenschwerste Anschlag ereignete sich in Wiesbaden; bei einem Brandanschlag auf eine Gaststätte erlitt dort eine Person tödliche Verletzungen, eine Person wurde schwer und sieben weitere Personen wurden leicht verletzt. In Bayern waren türkische Einrichtungen in Nürnberg und München betroffen. In Nürnberg griffen dabei etwa acht Täter zeitgleich zwei Banken und ein türkisches Reisebüro an. Die Täter zertrümmerten an zwei Objekten die Schaufensterscheiben, betraten anschließend die Räume und zertrümmerten Computergeräte und Mobiliar. Anschließend warfen sie in jedes der Objekte einen Molotowcocktail, wobei nur der im türkischen Reisebüro zündete. Der Sachschaden beträgt hier insgesamt etwa 100.000 DM. Die Polizei konnte acht Personen vorläufig festnehmen; in drei Fällen erging Haftbefehl wegen dringenden Tatverdachts. In München waren zwei Banken Ziel von Sachbeschädigungen. Die Täter zerschlugen mit mitgebrachten Hämmern Schaufensterscheiben und Computeranlagen. Zwei Personen konnten von der Polizei festgenommen werden.

Gegen Skinheads, Rechtsextremisten bzw. vermeintliche Rechtsextremisten verübten Ausländer ebenso wie im Vorjahr als Vergeltung für fremdenfeindliche Gewalttaten eine Reihe

von Gewalttaten. Insbesondere nach dem Brandanschlag von Solingen war eine Zunahme dieser Racheaktionen festzustellen. In Bayern verübten mit dieser Begründung am 7. Juni vier türkische Staatsangehörige einen Brandanschlag auf die CSU-Geschäftsstelle in Aschaffenburg. Bei dem Versuch, die Geschäftsstelle durch ein eingeworfenes Kellerfenster mittels Benzin in Brand zu setzen, konnten die vier Täter auf frischer Tat festgenommen werden.

Am frühen Morgen des 20. Juni wurden zwei britische Staatsangehörige mit skinheadtypischem Aussehen von einer Gruppe von 20 jungen Ausländern in Aschaffenburg angegriffen. Die Angreifer warfen dabei Flaschen in Richtung der Geschädigten und griffen diese später massiv an. Ein Angreifer schoß mit einer Schreckschußwaffe. Durch massives Eingreifen eines Polizeibeamten in Zivil und herbeigerufene Verstärkungskräfte konnten der Schütze und zwei weitere türkische bzw. albanische Staatsangehörige als Angreifer festgenommen werden. Einer der festgenommenen Türken war bereits am Brandanschlag auf die CSU-Geschäftsstelle am 7. Juni in Aschaffenburg beteiligt.

Der Bürgerkrieg im früheren Jugoslawien war ursächlich für zwei Brandanschläge am 10. und 11. August auf zwei Reisebusse in München, deren Fahrer und Halter der Volksgruppe der bosnischen Serben angehören. Am 11. August drohte ein unbekannter Anrufer in serbo-kroatischer Sprache mit bosnischem Akzent weitere ähnliche Anschläge an.



3. Rote Armee Fraktion (RAF)

Die vor rund 25 Jahren entstandene RAF verfolgte ursprünglich das Ziel, als Avantgarde des revolutionären Kampfes durch terroristische Aktionen der „Stadtguerilla“ im „anti-imperialistischen Kampf“ und im „strategischen und taktischen Zusammenwirken mit den Befreiungskämpfen der unterdrückten Nationen“ eine Solidarisierung der Massen und

eine revolutionäre Situation herbeizuführen. Ihren revolutionären Kampf wollte sie dabei in einer koordinierten antiimperialistischen Front führen, die die drei Ebenen „Guerilla“ (Kommandoebene), „Widerstand“ (RAF-Umfeld) und „Gefangene“ (inhaftierte terroristische

Gewalttäter) umfaßte. In drei umfangreichen Erklärungen vom April, Juni und August 1992

räumte die RAF eine Reihe aus ihrer Sicht schwerwiegender Fehleinschätzungen hinsichtlich der Vermittelbarkeit ihrer Aktionen und der Grundsätze ihrer Strategie ein und kündigte eine vorläufige Einstellung ihrer Mordanschläge an. Dies sollte einer Neuorientierung und dem Aufbau einer

„Gegenmacht von unten“ dienen. Gleichzeitig bekräftigte die RAF, daß sie sich unter bestimmten Bedingungen die Wiederaufnahme der Anschläge gegen Personen und solcher Anschläge, die zum „Zurückdrängen des Staates“ in bestimmten Bereichen erforderlich seien, vorbehalte.

3.1 Aktivitäten der RAF

Am frühen Morgen des 27. März verübte ein Kommando „Katharina Hammerschmidt“ der RAF einen Sprengstoffanschlag auf den noch nicht bezogenen Neubau der Justizvollzugsanstalt Darmstadt-Weiterstadt. Der entstandene Sachschaden beträgt über 100 Millionen DM. Durch die Explosion wurden das Verwaltungs- sowie vier Zellengebäude zerstört. In einem am 1. April bekanntgewordenen Selbstbeziehungsschreiben bekräftigten die Verfasser, anknüpfend an eine erste im Fluchtfahrzeug abgelegte Erklärung, daß sie

Hoher Sachschaden bei Sprengstoffanschlag der RAF



an der im Frühjahr 1992 verkündeten Zäsur festhielten; auch weiterhin habe die Entwicklung neuer Vorstellungen für revolutionäre Politik und Aufbau einer „sozialen Gegenmacht von unten“ Priorität. Der Staat habe nach Ansicht der RAF trotz Rücknahme der Eskalation die Verfolgung fortschrittlicher Menschen und politischer Gegner des Systems verschärft – u. a. durch Kriminalisierung antifaschistischer Aktivitäten, durch rassistische Ausländer- und Asylgesetze, Sozialabbau, steigende Wohnungsnot und Aufbau Deutschlands als Militärmacht. Der Staat habe sich auch in der Gefangenensfrage ein weiteres Mal für die Eskalation entschieden. Beispielhaft werden dazu u. a. neue Strafverfahren gegen bereits verurteilte inhaftierte ehemalige RAF-Mitglieder und Entscheidungen, die Haftstrafen von Gesinnungsgenossen nicht ohne Bedingungen zur Bewährung auszusetzen, genannt. Schon 1992 habe sich die RAF bewußt mit einer Drohung die Möglichkeit offen gehalten, zu intervenieren, wenn der Staat am „Ausmerzverhältnis“ festhalte. Der Anschlag auf die JVA sei nach Ansicht der RAF eine Aktion, mit der sie zum politischen Druck gegen den Staat beitragen, die harte Haltung gegen die gefangenen Genossen aufbrechen und den Staat insoweit zurückdrängen wolle. Im letzten Jahr sei versucht worden, über die Drohung mit einer möglichen Rückkehr zur Eskalation politischen Druck zu halten. Mit der jetzigen Aktion habe die RAF diesen Druck neu gesetzt und die Drohung aktualisiert.

Am 27. Juni versuchten im Bahnhof von Bad Kleinen (Mecklenburg-Vorpommern) Beamte des Bundeskriminalamtes und der Grenzschutzgruppe 9 im Auftrag des Generalbundesanwalts die RAF-Mitglieder Birgit Hogefeld und Wolfgang Grams festzunehmen. Gegen die 36jährige Birgit Hogefeld bestand Haftbefehl des Ermittlungsrichters des BGH wegen Verdachts des gemeinschaftlichen versuchten Mordes an dem damaligen Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen Dr. Hans Tietmeyer am 20. September 1988 in Bonn und wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung. Gegen den 40jährigen Wolfgang Grams bestand Haftbefehl des Ermittlungsrichters des BGH wegen Verdacht der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung. Ein V-Mann

des Verfassungsschutzes hatte die Sicherheitsbehörden auf die Spur der Tatverdächtigen geführt. Bei der Polizeiaktion wurde Birgit Hogefeld festgenommen. Wolfgang Grams erschöß auf der Flucht den Polizeikommissar Michael Newrzella des BGS und beging anschließend Selbstmord.

In einer Erklärung der RAF-Kommandoebene vom 6. Juli bringen die Verfasser ihre Betroffenheit über die angebliche „kaltblütige Ermordung“ von Wolfgang Grams und die Festnahme von Birgit Hogefeld zum Ausdruck, deren Zugehörigkeit zum Kommandobereich der RAF sie nicht in Frage stellen. Dennoch würden sie an der 1992 mehrfach erklärten politischen Neuorientierung festhalten. Die Ausgangsbedingung habe sich jedoch geändert. So rufe die RAF „alle Menschen, die dieser Terror betroffen gemacht hat, dazu auf: Geht nicht zur Tagesordnung über! Nehmt das nicht hin!“.



Etwa 2.400 Personen des RAF-Umfeldes, der autonomen Szene und anderer linksextremistischer Gruppierungen nahmen am 10. Juli an einer Kundgebung in Wiesbaden teil, die von einem „Komitee zur Aufklärung des Todes von Wolfgang Grams“ organisiert worden war. Zu

dieser Veranstaltung reisten auch Angehörige des RAF-Umfeldes aus Bayern an. Als Redner trat u. a. eine Führungsperson des RAF-Umfeldes auf. Den Kern der Redebeiträge bildete die Behauptung, auch die in früheren Jahren bei der Terrorismusfahndung ums Leben gekommenen Personen seien gezielt getötet worden.

3.2 Spaltung der RAF

Seit Ende Oktober/Anfang November muß davon ausgegangen werden, daß sich die RAF, die sich bisher in die Bereiche Kommandoebene, Inhaftierte und das RAF-Umfeld gliederte, in zwei Lager gespalten hat. Die Inhaftierten aus der RAF – bis Anfang der 90er Jahre das Identifikationspotential des

Gesamtgefüges – bildeten trotz Meinungsverschiedenheiten untereinander ein Kollektiv, wirkten mit Impulsen und Kritik bis in die Kommandoebene hinein und gaben schließlich den Anstoß zur Selbstkritik und Neubestimmung. Obwohl ein offener Bruch des Häftlingskollektivs bis Ende 1992 vermieden werden konnte, zeichneten sich insbesondere im Verlauf der sog. „Kinkel“-Initiative deutliche Polarisierungen ab. Eskaliert ist die Auseinandersetzung über die Selbstbestimmung und die Aufarbeitung der eigenen Geschichte im Gesamtgefüge der RAF insbesondere nach der Festnahmeaktion in Bad Kleinen am 27. Juni. Letzte Auslöser waren die Versuche der in Celle Inhaftierten, über Personen des öffentlichen Lebens bei der Bundesregierung eine Lösung der Gefangenenfrage zu erreichen. Diese Versuche werden von der Wortführerin der sog. Hardliner und ihren Gesinnungsgenossen rigoros zurückgewiesen und als „Deal“ mit dem Staat deklassifiziert. Die Spaltung wurde offenkundig in einer Vielzahl von Erklärungen und Briefen aus dem RAF-Bereich. Wesentlich sind eine am 28. Oktober veröffentlichte Erklärung von Brigitte Mohnhaupt, in der sie im Namen einer Vielzahl von RAF-Inhaftierten den Bruch mit der Kommandoebene erklärte sowie die Erwiderung der RAF-Kommandoebene vom 2. November, in der die Spaltung bestätigt wurde.

- Auf der einen Seite stehen derzeit die sog. Hardliner der Inhaftierten um die Wortführer Brigitte Mohnhaupt, Eva Haule, Rolf Heißler und Christian Klar. Diesem Bereich hat sich der weitaus größte Teil der RAF-Inhaftierten mit Ausnahme der Gefangenen in Celle sowie der am 27. Juni in Bad Kleinen festgenommenen Birgit Hogefeld angeschlossen.
- Auf der anderen Seite stehen derzeit die Befürworter des von der RAF mit der Erklärung vom April 1992 propagierten Diskussionsprozesses zum Aufbau einer Gegenmacht von unten, verbunden mit einer vorläufigen Aussetzung von gezielten Mordanschlägen. Dazu dürften in erster Linie Angehörige der früheren Kommandoebene gehören.
- Derzeit noch nicht präzise abschätzbar ist das Verhalten der Militanten und des sonstigen RAF-Umfeldes. Einerseits haben große Teile im Umfeld in Anlehnung an die RAF-

Kommandoerklärungen zum „Aufbau einer Gegenmacht von unten“ damit begonnen, in Diskussionsprozesse auch mit anderen Gruppen wie z.B. Autonomen über die Grundlagen künftiger Perspektiven und Politik einzutreten. Andererseits gab es jedoch auch zunehmend kritische Stimmen, die insbesondere nach dem Sprengstoffanschlag auf die JVA Weiterstadt und der Festnahmeaktion in Bad Kleinen eine Rückkehr zum bewaffneten Kampf alter Art forderten.

Für die terroristische Gefährdungslage bedeutet diese Spaltung jedoch keine Entwarnung, sondern vielmehr muß künftig neben terroristischen Aktivitäten der früheren Kommandoebene mit weiteren terroristischen Aktivitäten bis hin zu Mordanschlägen gerechnet werden, und zwar von Anhängern, die sich der sogenannten Hardliner-Fraktion anschließen. Erste Belege hierfür sind u. a. ein Schußwaffenanschlag auf das Bürogebäude des Gesamtverbandes der metallindustriellen Arbeitgeberverbände vom 17. November. Die unbekanntenen Täter, die zunächst dem gewaltbereiten RAF-Umfeld zugerechnet wurden, forderten in einem Selbstbeziehungsschreiben eine Rückkehr zum bewaffneten Kampf alter Art. Eine „Antiimperialistische Widerstandszelle Nadia Shehadah“ übernahm dafür in späteren Erklärungen, zuletzt am 13. Dezember, die Verantwortung. Daneben sei sie verantwortlich für den Brandanschlag auf das Gebäude der Juristischen Fakultät der Universität Hamburg am 21. November 1992 und die Blockadeaktion vor der früheren Wohnung eines – ehemaligen – GSG 9-Beamten am 18. August in Solingen. Des weiteren habe sie die kritischen Stellungnahmen zu den RAF-Kommandoerklärungen verfaßt, in denen im April und Mai 1992 mit Parolen wie „Der Kampf geht gemeinsam weiter“ und „Widerstand heißt Angriff“ die Fortsetzung von gezielten Tötungsaktionen durch die RAF gefordert worden war. In ihrer letzten Erklärung vom 13. Dezember erklärte die Gruppierung, sie werde künftig unter einer neuen Bezeichnung „militante/bewaffnete Aktionen“ durchführen bzw. zu deren Durchführung beitragen.

4. Revolutionäre Zellen (RZ)

Die erstmals im Jahre 1972 in Erscheinung getretenen Revolutionären Zellen sind unabhängig voneinander operierende Kleingruppen, die sich als antiimperialistisch und sozialrevolutionär bezeichnen.

Die bereits 1992 sichtbar gewordenen Richtungsstreitigkeiten zeigen, daß die RZ ebenso wie die RAF Mühe hatten, ihr Konzept des bewaffneten Kampfes mit den politischen Gegebenheiten in Einklang zu bringen. Eine RZ bezieht in einem Interview, abgedruckt in der militanten linksextremistischen Publikation „radikal“, Nr. 147 vom März 1993, Stellung zur Neubestimmung ihres „revolutionären Kampfes“ und erklärt, daß die RZ nach wie vor bemüht seien, „dem militanten Widerstand eine Kontinuität zu verleihen“. In diesem Zusammenhang sollen sich „möglichst viele Gruppen als Revolutionäre Zellen“ eigenständig organisieren und die Voraussetzungen für „ihren militanten Kampf“ schaffen. Dies dokumentiert die weiterhin anhaltende Debatte über die Umsetzung „militanter revolutionärer Politik“ innerhalb des Organisationszusammenhangs der RZ.

In der Nacht zum 3. Oktober verübten RZ unter der Parole „FÜR FREIES FLUTEN“ einen Sprengstoffanschlag auf eine Stromversorgungsstation des Grenzschutzamts Frankfurt/Oder und einen Brandanschlag auf Dienstfahrzeuge des Bundesgrenzschutzes am Flughafen Rothenburg bei Görlitz. Der Sachschaden betrug etwa 80.000 Mark. Die Verfasser eines Selbstbeichtigungsschreibens begründen ihre Aktionen mit ihrem Widerstand gegen die Änderung des Asylrechts zum 1. Juli und die im Schengener Abkommen beschlossenen EU-einheitlichen Maßnahmen hinsichtlich der Zuwanderung von Flüchtlingen. Dem BGS werfen sie vor, Jagd auf Flüchtlinge zu machen. Beide Aktionen stehen in Kontinuität mit der „RZ-Flüchtlingskampagne“ aus den Jahren 1986 und 1987.

In Bayern haben die RZ keine Anschläge verübt.

*RZ-Anschläge
auf BGS-Objekte*

5. Abschnitt

Spionageabwehr

1. Ausgangslage

Die östlichen und südosteuropäischen Nachrichtendienste haben sich nach einer Phase der Ungewißheit aufgrund des Wandels der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse konsolidiert. Die der veränderten Situation entsprechende Neuorientierung dürfte weitgehend abgeschlossen sein. Die bereits seit einiger Zeit feststellbare Tendenz zu Arbeitsschwerpunkten in den Bereichen Forschung und Entwicklung, aber auch hinsichtlich der politischen Verhältnisse bei den westlichen Nachbarn und deren Haltung gegenüber den Ländern des ehemaligen Ostblocks, ist noch deutlicher geworden.

*Spionagegefahr
dauert an*

2. Nachrichtendienstliche Aktivitäten der GUS-Staaten

2.1 Rußland

Nach dem Zusammenbruch der ehemaligen Sowjetunion wurden das KGB umstrukturiert und daraus vier neue Organisationen gebildet. Diese neuen Nachrichtendienste haben sich in Rußland etabliert und ihre Arbeit aufgenommen. Die nachrichtendienstliche Gefährdung durch sie hat inzwischen Konturen angenommen. Die geheimdienstliche Aufklärungstätigkeit Rußlands wird durch drei Nachrichtendienste wahrgenommen.

- Der **„Auslandsnachrichtendienst der Russischen Föderation“ (SWR)** betreibt politische, wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Aufklärung. Letzterer Bereich ist ein deutlicher Schwerpunkt bei der Informationsbeschaffung. Darüber hinaus ist dieser Dienst für die Sicherheit von Einrichtungen der Russischen Föderation und die

Betreuung von Bürgern mit Zugang zu Staatsgeheimnissen im Rahmen ihrer Tätigkeit außerhalb Rußlands verantwortlich. Aus Äußerungen des Leiters des SWR in jüngster Zeit ist zu entnehmen, daß die Bundesrepublik zu den wichtigsten Zielländern in Westeuropa gehört.

- **Der militärische Auslandsnachrichtendienst (GRU)** untersteht dem russischen Verteidigungsministerium. Dieser Dienst hat die gesellschaftlichen Veränderungen in Rußland weitgehend unberührt überstanden. Dadurch ist seine Bedeutung als Aufklärungsdienst im Vergleich zu den zivilen Diensten gestiegen. Sein Tätigkeitsbereich ist primär die militärische, militärpolitische und militärtechnische Aufklärung. Die Hochleistungstechnologie auf dem Rüstungssektor westlicher Länder ist Schwerpunkt seiner Zielsetzung. Gleichwohl ist Wirtschaftsspionage über abgetarnte Positionen in Joint-ventures und anderen Unternehmen des zivilen Bereiches nicht auszuschließen.
- Der dritte, völlig neu geschaffene russische Auslandsnachrichtendienst ist der sogenannte **„Auslandsnachrichtendienst der föderalen Agentur für Regierungsverbindungen und Informationen beim Präsidenten der russischen Föderation“ (FAPSII)**. Er ist für die Chiffrierung, Fernmelde- und elektronische Aufklärung sowie für die Fernmeldesicherheit russischer Nachrichtenverbindungen zuständig. Die russischen Dienste sind laut Gesetz befugt, in den Auslandsvertretungen nachrichtendienstliche Stützpunkte einzurichten oder in Zielländern unter Abtarnung, z. B. in Firmen oder Presseagenturen, eigene operative Einrichtungen zu schaffen. Der neue Nachrichtendienst läßt durch seine Aufgabenteilung den Schwerpunkt der russischen Interessen eindeutig erkennen.

GRU betreibt auch Wirtschaftsspionage

Die Gewährleistung der inneren Sicherheit Rußlands oblag bis zum Dezember 1993 dem **„Sicherheitsministerium der Russischen Föderation“ (MBR)**, das nach Auflösung in eine „Bundesagentur für Gegenspionage“ (FSK) umgewandelt wurde und in einer reformierten Struktur die bisherige Tätigkeit mit folgenden Aufgabenschwerpunkten fortsetzen wird:

Gewinnung von Informationen über Gefahren für die Sicherheit der Russischen Föderation, Bekämpfung von Verbrechen und Terrorismus einschließlich der organisierten Kriminalität, Schutz von Staatsgeheimnissen und Bekämpfung von Spionage ausländischer Nachrichtendienste. Es ist davon auszugehen, daß das MBR und die drei Auslandsnachrichtendienste eng zusammenarbeiten.

Obwohl die russische Seite immer wieder betont, daß sie keinen Feind im früheren Sinne des Klassenkampfes mehr kenne, betreibt sie nach eigener Erklärung nach wie vor gezielte Informationsbeschaffung. Weiterhin muß man davon ausgehen, daß die russischen Dienste auch künftig bestrebt sind, sich Personenerkenntnisse und Informationen der früheren Nachrichtendienste der DDR, die ihnen vom MfS mitgeteilt worden sind, zunutze machen.

2.2 Ukraine

In Verbindung mit der Auflösung des alten Republik-KGB wurde vom Obersten Sowjet der Ukraine am 20.09.1991 der Beschluß gefaßt, einen Nationalen Sicherheitsdienst der Ukraine (SNBU) zu konstituieren. Nach einer Änderung dieser Bezeichnung agiert der Dienst nunmehr unter dem Namen „Sicherheitsdienst der Ukraine“ (SBU). Er ist eine der bedeutenderen Nachfolgeorganisationen des ehemaligen KGB der UdSSR. Verwaltungsaufbau und Gliederung deuten darauf hin, daß im wesentlichen die Organisationsstruktur des ehemaligen KGB übernommen wurde. Das primäre Informationsinteresse der ukrainischen Dienste liegt bei der Wirtschafts- und Wissenschaftsspionage.

2.3 Weißrußland

Der weißrussische Sicherheitsdienst stellt sich im Vergleich zu seiner Vorläuferorganisation – dem ehemaligen Republik-KGB – als weitgehend unverändert dar. Sowohl in der Personalstruktur als auch in der nachrichtendienstlichen Methodik haben sich gegenüber dem früheren Status kaum Änderun-

gen ergeben. Unverkennbar ist die enge Anbindung an die russischen KGB-Nachfolgedienste. Bemühungen zur eigenständigen Spionagetätigkeit in Westeuropa sind ansatzweise erkennbar.

3. Sonstige fremde Nachrichtendienste

3.1 Polen

Der neue Chef des polnischen Auslandsdienstes „Amt für Staatsschutz“ (UOP) scheint sich die Maxime seines Vorgängers „Über seine Freunde sollte man viel wissen!“ zu eigen gemacht zu haben. Diese Äußerung läßt den Schluß zu, daß trotz Annäherung bzw. Verbesserung der Beziehungen die Bundesrepublik Deutschland Zielland für den Aufklärungsdienst Polens ist. Trotz aller Bemühungen um eine gute Zusammenarbeit mit westlichen Staaten und einen schnellen Anschluß an die EG bzw. EU scheint das Verhältnis zur Bundesrepublik – historisch bedingt – zwiespältig zu sein. Dies fand seinen Niederschlag u. a. in der Schaffung einer personalstarken eigenständigen Abteilung für die Aufklärung in der Bundesrepublik Deutschland.

Nach neuesten Erkenntnissen ist der UOP mit der Wiedereinrichtung von Postkontrollstellen befaßt. Diese Maßnahme kann auch dazu beitragen, die deutsche Minderheit, ihre Verbindungen nach Deutschland und ihre politischen wie wirtschaftlichen Aktivitäten weitgehend zu beobachten. Dies sollte jeder berücksichtigen, der Kontakt zu in Polen lebenden Personen pflegt.

3.2 Rumänien

In den neugegliederten Rumänischen Nachrichtendiensten lebt die ehemalige gefürchtete Geheimpolizei Securitate in neuer Form weiter. Alte Machtstrukturen scheinen wieder zu erstarken. Der Inlandsnachrichtendienst SRI besteht z. B. nach Aussagen seines Leiters zu 60% aus ehemaligen Securitate-Mitarbeitern. Die technischen Überwachungseinrichtungen und Möglichkeiten zur Gewinnung von Informationen wur-

den teilweise verbessert. Die Überwachung der Post und des Fernmeldeverkehrs mit dem Ausland wird weiterhin intensiv praktiziert. Ebenso setzen die Nachrichtendienste ihre Aktivitäten gegen Ausländer und aus dem Ausland zurückkehrende Rumänen unvermindert fort. Besonderes Interesse gilt dabei Emigranten und deutschstämmigen Aussiedlern. Aktuelle Hinweise deuten auch darauf hin, daß die rumänischen Nachrichtendienste versuchen, über kommerzielle Tarnfirmen an moderne Technologie und Know-how zu gelangen.

3.3 Andere ehemalige Satellitenstaaten

Auch die übrigen ehemaligen Satellitenstaaten betreiben zur Wahrung ihrer nationalen Interessen Aufklärungstätigkeit. Eine nennenswerte nachrichtendienstliche Bedrohung für Bayern ist jedoch derzeit in diesem Bereich nicht festzustellen.

3.4 China

Die Volksrepublik China unterhält als Aufklärungsdienste das (zivile) Ministerium für Staatssicherheit (MSS) und den militärischen Dienst. Die Gesamtpersonalstärke des MSS soll sich in den letzten Jahren verdoppelt haben. Seine Hauptaufgaben liegen in der inneren Sicherheit (einschließlich Spionageabwehr) und der Auslandsaufklärung. Der militärische Nachrichtendienst ist für die Beschaffung von offenen, halboffenen und geheimen Informationen über Dislozierung, Infrastruktur, Logistik, Technik, Technologie, Strategie und Taktik fremder Streitkräfte zuständig.

Das ausgeprägte Interesse am Erwerb auch embargogeschützter Hochtechnologie aus westlichen Ländern ergibt sich aus der erklärten Absicht Chinas, bis zum Jahr 2000 u. a. im technisch-wissenschaftlichen Bereich den Stand der westlichen Industrieländer zu erreichen. Die Koordinierung der Technologiebeschaffung obliegt dem Staatlichen Ausschuß für Wissenschaft und Technik, der regelmäßig Listen der zu beschaffenden Güter/Informationen erstellt. Die „Wunschlisten“ werden einer Vielzahl von staatlichen Stellen und u. a. auch den Nachrichtendiensten zugeleitet. Es gibt Erkennt-

nisse, daß sowohl der zivile als auch der militärische Nachrichtendienst die Beschaffung von technisch/wissenschaftlichen Informationen sowie Hochtechnologie als Hauptschwerpunkte ihrer Aufklärungsaktivitäten sehen. Klassische nachrichtendienstliche Aktivitäten zur Informationsbeschaffung gehen sowohl von im Westen akkreditierten Vertretungen als auch von zahlreichen wirtschaftlichen oder kulturellen Einrichtungen aus.

3.5 Nachrichtendienstliche Bedrohung aus dem Nahen und Mittleren Osten

Ein Schwerpunkt der Spionageabwehr mit zunehmender Bedeutung liegt in der Beobachtung nachrichtendienstlicher Aktivitäten, die von den sogenannten Krisenländern des Nahen und Mittleren Ostens ausgehen.

Nachrichtendienste dieser Länder betreiben klassische Spionage im politischen, wirtschaftlichen und militärischen Bereich. Hoher Stellenwert wird der illegalen Beschaffung von Produkten, die für den Aus- und Aufbau atomarer, biologischer und chemischer Waffen Verwendung finden können, beigemessen. Sie dürfte unter Einbindung bzw. Nutzung von Firmen erfolgen, die unter ihrem Einfluß stehen, wodurch der nachrichtendienstliche Hintergrund oftmals nur schwer erkennbar ist.

Mit anhaltenden nachrichtendienstlichen Aktivitäten des Iran ist zu rechnen. Die ursprüngliche Zurückhaltung auf dem Rüstungssektor wegen fehlender finanzieller Mittel, bedingt durch den Krieg mit dem Irak, wurde inzwischen aufgegeben.

Der Irak ist bestrebt, die durch das Handelsembargo verursachte internationale Isolierung zu überwinden. Er bemüht sich, die Verbindung der im Ausland lebenden Iraker zu ihrem Heimatland zu aktivieren und bestehende wirtschaftliche Verflechtungen nachrichtendienstlich zu nutzen.

Da die derzeitigen politischen Verhältnisse in den Krisenländern langfristig nicht kalkulierbar sind, bedürfen sie der besonderen Aufmerksamkeit. Mit dem sich ausbreitenden

islamischen Fundamentalismus dürfte der Nahe und Mittlere Osten auf längere Sicht eine Spannungsregion bleiben.

4. Aufarbeitung der ehemaligen DDR-Nachrichtendienste

Ein Schwerpunkt der Spionageabwehr war auch noch im dritten Jahr nach der Wiedervereinigung Deutschlands die Aufarbeitung von Informationen über das frühere MfS und die Enttarnung von Agenten der ehemaligen DDR. Dabei hat sich gezeigt, daß die DDR-Nachrichtendienste zu fast allen gesellschaftlich und nachrichtendienstlich relevanten Bereichen über „Informanten“ Zugang gesucht und gefunden hatten. In Bayern waren Industrieunternehmen, insbesondere des technisch-wissenschaftlichen Bereichs, und die Rüstungsindustrie stark betroffen.

Trotz der Enttarnung einer großen Zahl von Agenten der Hauptverwaltung Aufklärung des MfS dürfte es noch ein nicht unbedeutendes Dunkelfeld geben. Hier handelt es sich vor allem um Agenten, die auf der Ebene der Bezirksverwaltungen geführt wurden. Sie sind aufgrund des Datenverbundes zwischen den Nachrichtendiensten des ehemaligen Ostblocks in besonderem Maße erpreßbar, da die für ihre Reaktivierung nötigen Erkenntnisse teilweise auch den neuen Geheimdiensten zur Verfügung stehen. Bereits 1990 wurde festgestellt, daß Agenten des früheren MfS durch die Nachfolgedienste des KGB in den GUS-Staaten übernommen worden sind. Auch Staaten in der Dritten Welt, im Mittleren Osten oder z. B. Kuba, zu denen die ehemalige DDR enge Beziehungen auch nachrichtendienstlicher Art unterhalten hat, kommen hierfür in Betracht.

5. Ausblick

Trotz aller Entspannung im Ost-West-Verhältnis wird die Bedrohung Deutschlands durch fremde Nachrichtendienste andauern. An die Stelle des früheren aggressiven Vorgehens tritt jetzt vorsichtiges Agieren, um die Annäherung bzw. die guten nachbarschaftlichen Beziehungen nicht zu stören.

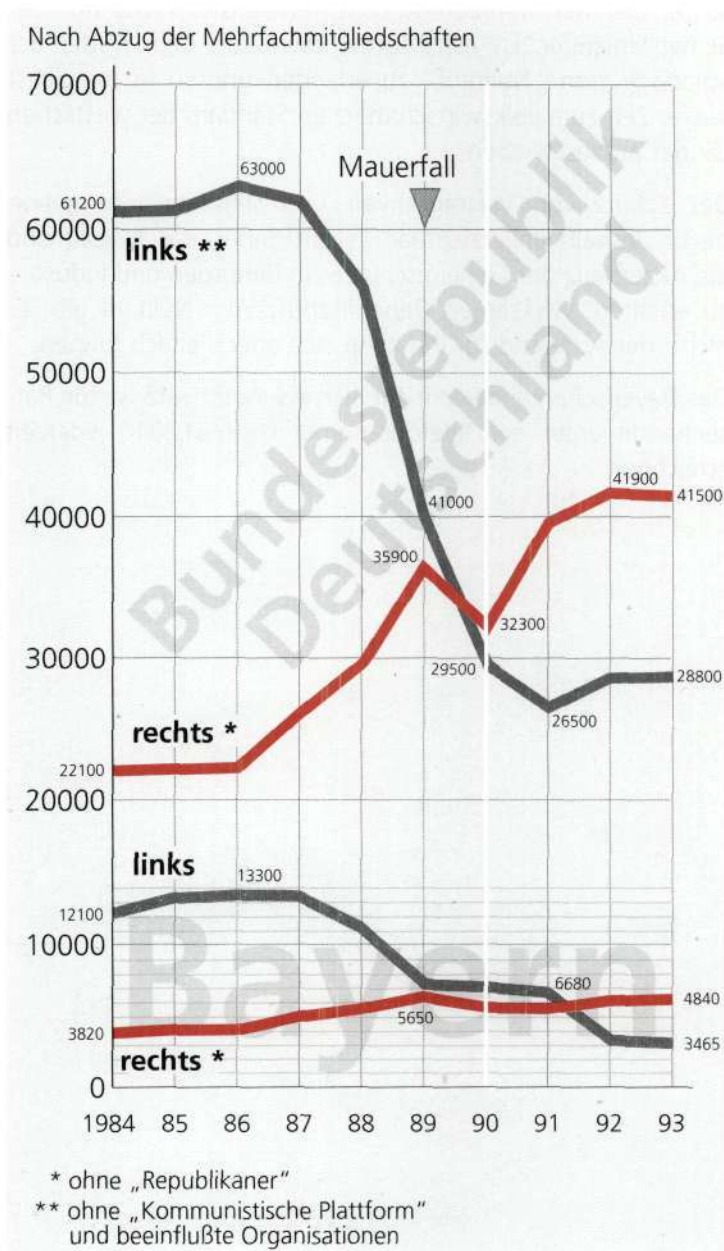
Die Verschiebung des Schwerpunktes der Interessen der Geheimdienste hin zum Wirtschaftsbereich ist eine wichtige Erkenntnis, die voll in das allgemeine Bewußtsein rücken sollte. Ziel der fremden Nachrichtendienste, nicht nur der Schwellenländer, ist es, Informationen mit dem Mittel der Spionage zum „Nulltarif“ zu erlangen und so in möglichst kurzer Zeit zum volkswirtschaftlichen Standard der westlichen Länder aufzuschließen.

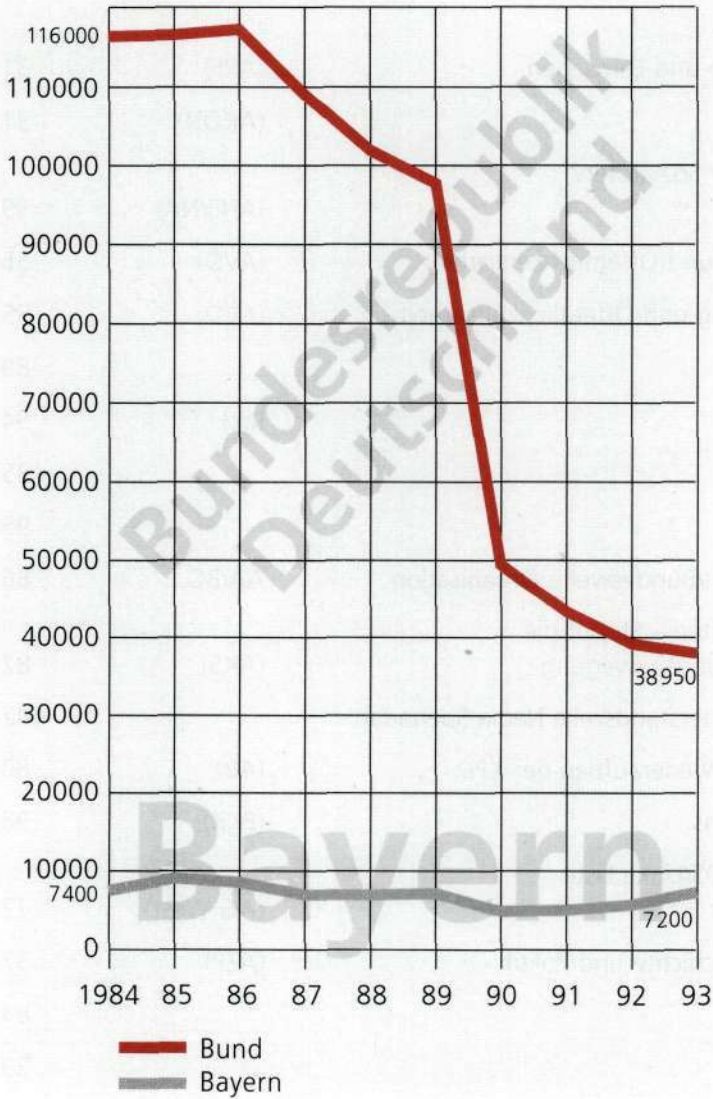
Der Schutz von Vertraulichkeit und sensibler Information bleibt deshalb unverzichtbar. Es gilt daher, das Niveau und die Akzeptanz des Geheimschutzes in Behörden und Industrie zu erhalten. Wirksamen Geheimschutz zum Nulltarif gibt es nicht; der Aufwand für ihn kann sich aber vielfach lohnen.

Das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz ist für Rat-suchende unter der Telefonnummer 0 89/312010 jederzeit erreichbar.

Anhang 1

Entwicklung des rechts- und linksextremistischen Mitgliederpotentials im Bundesgebiet und in Bayern in den letzten zehn Jahren





Mitglieder
extremistischer
bzw. extremistisch
beeinflußter
Ausländerorgani-
sationen im
Bundesgebiet und
in Bayern in den
letzten zehn
Jahren

Anhang 2

Stichwortverzeichnis

◦ Aktion deutsches Radio und Fernsehen	(ARF)	31
Aktion Oder-Neiße	(AKON)	31
Aktionsfront Nationaler Sozialisten/ Nationale Aktivisten	(ANS/NA)	39
Althans Vertriebswege und Öffentlichkeitsarbeit	(AVÖ)	55
Amt für Volksaufklärung und Öffentlichkeitsarbeit	(AVÖ)	55
an alle		89
analyse & kritik	(ak)	94
Anti-Antifa-Bewegung		35
antifa-rundschau		95
Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation	AA/BO	86
Antifaschistisches Komitee – Stoppt die schwarzbraune Sammlungsbewegung	(AKS)	82
Antiimperialistische Widerstandszelle Nadia Shehadah		142
Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD	(AB)	80
Arbeiterpartei Kurdistan	(PKK)	98
Arbeitsgemeinschaft PDS/Linke Liste westliche Bundesländer	(AG West)	77
Arbeitskreis für Zeitgeschichte und Politik	(AZP)	57
Autonome		84
◦ Bayern-Stimme		23
Bolsevik Partizan		106
Bund Westdeutscher Kommunisten	(BWK)	94
◦ CLASH – Zeitung für Widerstand in Europa		89

◦ Das Freie Forum		49
Das Informationsforum der PDS/Linke Liste		93
Demokratische Front für die Befreiung Palästinas	(DFLP)	116
Demokratischer Informationsdienst	(DID)	95
Denk mit!		64
Denk mit!-Verlag		64
Der Aktivist		61
Der Scheinwerfer		64
Deutsche Alternative	(DA)	18
Deutsche Kommunistische Partei	(DKP)	68
Deutsche Kulturgemeinschaft	(DKG)	49
Deutsche Liga für Volk und Heimat	(DLVH)	32
Deutsche National-Zeitung	(DNZ)	50
Deutsche Rundschau		33
Deutsche Stimme		61
Deutsche Volksunion	(DVU)	25
Deutsche Volksunion e.V.	(DVU)	31
Deutsche Wochen-Zeitung	(DWZ)	50
Deutscher Anzeiger	(DA)	50
Deutscher Block	(DB)	63
Deutscher Schutzbund für Volk und Kultur		31
Devrimci Sol (Revolutionäre Linke)		108
Devrimci Sol Gücler (Revolutionäre linke Kräfte)		109
Die Deutsche Freiheitsbewegung	(DDF)	41
Druckschriften- und Zeitungsverlag GmbH	(DSZ-Verlag)	50
◦ Edelweißpiraten		86

Ehrenbund Rudel – Gemeinschaft zum Schutz der Frontsoldaten		31
Eidgenoss		60
Einheit und Kampf		61
◦ Fight the power		89
Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e.V.	(ATIF)	106
Föderation der patriotischen Arbeiter- und Kulturvereinigungen aus Kurdistan in der Bundesrepublik Deutschland e.V.	(FEYKA- Kurdistan)	100
Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Europa e.V.	(ADÜTDF)	110
Förderverein Vereinigte Rechte		34
Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei	(FAP)	37
Freiheitlicher Buch- und Zeitschriftenverlag GmbH	(FZ-Verlag)	50
Freundeskreis Ulrich von Hutten		49
◦ Gegenstandspunkt		94
Germania-Rundbrief		59
Gesellschaft für Freie Publizistik	(GFP)	48
Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front	(GdNF)	61
Gruppe K		94
◦ Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.	(HNG)	62
Hizb Allah		116
Huttenbriefe		49
◦ Infoläden		88
Initiative für Ausländerbegrenzung	(I.f.A.)	31
Initiative für die Vereinigung der revolutionären Jugend	(IVRJ)	82
Initiative gegen Ausländerhaß und Rassismus		92
Institut für Marxistische Studien und Forschungen	(IMSF)	73

Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung	(isw)	73
INTERIM		89
Iranische Moslemische Studenten-Vereinigung Bundesrepublik Deutschland e.V.	(IMSV)	114
Islamische Widerstandsbewegung	(HAMAS)	112
◦ Junge Nationaldemokraten	(JN)	24
◦ KB-Mehrheit		94
Komala-Kurdistan – Kurdische Unabhängigkeit – Internationale Freundschaft e.V.		103
Komitee für Staatssicherheit	(KGB)	144
KOMKAR – Verband der Vereine aus Kurdistan e.V.		105
Kommunistische Arbeiterzeitung	(KAZ)	82
Kommunistische Partei Deutschlands	(KPD)	73
Kommunistische Partei Deutschlands	(KPD/DDR)	76
„Kommunistische Plattform“ in der PDS	(KPF)	75
Kommunistischer Bund	(KB)	94
Kommunistischer Hochschulbund	(KHB)	95
Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa	(ATIK)	106
Kurdistan-Arbeitervereinigung in Nürnberg e.V.		105
Kurdistan-Komitee		100
Kurdistan Kultur Zentrum e.V. , Ingolstadt		103
Kurdistan Kulturzentrum in Nürnberg e.V.		105
Kurdistan Kunst- und Kulturzentrum Nürnberg und Umgebung e.V.		103
Kurdistan Solidarität Nürnberg-Erlangen		104
◦ Lernen und kämpfen	(luk)	93
Leuchter-Bericht		54
◦ Marx-Engels-Stiftung	(MES)	73
Marxistische Blätter		93

Marxistische Gruppe	(MG)	94
Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands	(MLPD)	82
Mensch und Maß		63
Ministerium für Staatssicherheit	(MfS)	150
Mitteilungen		96
Münchener Bündnis gegen Rassismus		92
Mufkons gegen Rechts		86
◦ NA UND		89
Nachrichten der HNG		62
Nationaldemokratische Partei Deutschlands	(NPD)	19
Nationaldemokratischer Hochschulbund	(NHB)	61
Nationale Befreiungsfront Kurdistans	(ERNK)	99
Nationale Heilspartei	(MSP)	113
Nationale Info-Telefone		36
Nationale Offensive	(NO)	18
Nationaler Block	(NB)	40
Nationalistische Arbeitspartei	(MCP)	111
Nationalistische Front	(NF)	18
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei	(NSDAP)	37
Nation und Europa – Deutsche Monatshefte		51
Nation Europa Verlag GmbH		51
Nation Europa – Freunde		51
Neue Nation		62
Nordbayerischer Landbote		70
NSDAP-Auslands- und Aufbauorganisation	(NSDAP-AO)	58
NS Kampftruf		58
Nürnberger Aktionsbündnis gegen Rassismus		92

◦ Odal-Verlag		64
◦ Partei der Nationalen Bewegung	(MHP)	110
Partei des Demokratischen Sozialismus	(PDS)	74
PDS-Arbeitsgemeinschaft „Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“		80
PDS/Linke Liste	(PDS/LL)	77
Politische Berichte		94
position		95
◦ radikal		89
Rebell		95
Recht und Wahrheit		62
Regionale Aktionsgruppe	(RAG)	25
Remer-Depesche		57
Revisionismus		53
Revolutionäre Zellen	(RZ)	143
Rote Armee Fraktion	(RAF)	138
Rote Fahne		93
RVG-Verlag		33
◦ Samisdat Publishers Ltd.		59
Schwarze Katze		86
Sieg		59
Skinheads		42
Sozialistische Arbeitergruppe	(SAG)	94
Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend	(SDAJ)	95
Sozialistische Einheitspartei Deutschlands	(SED)	74
Sozialistische Zeitung	(SoZ)	94
Standarte		62
◦ Türkische Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee	(TIKKO)	106

Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten	(TKP/ML)	106
◦ Union der patriotischen Arbeiter Kurdistans	(YKWK)	100
Union der patriotischen Frauen Kurdistans	(YJWK)	100
Union der patriotischen Intellektuellen Kurdistans	(YRWK)	100
Union islamischer Studentenvereine in Europa	(U.I.S.A.)	116
Unsere Zeit	(UZ)	68
◦ Verband der Islamischen Vereine und Gemeinden e.V. Köln	(ICCB)	111
Verein patriotischer Künstler Kurdistans in der Bundesrepublik Deutschland e.V.	(HUNERKOM)	117
Vereinigte Sozialistische Partei	(VSP)	94
Vereinigung der neuen Weltsicht in Europa e.V.	(AMGT)	113
Vereinigung der patriotisch-revolutionären Jugend Kurdistans	(YCK)	118
Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten	(VVN-BdA)	95
Verlag Hohe Warte – Franz von Bebenburg KG		63
Verlagsgesellschaft Berg		64
Verlag Samisdat Publishers Ltd.		59
Volksbefreiungsarmee Kurdistans	(ARGK)	99
Volksbewegung für Generalamnestie	(VOGA)	31
Volksfront für die Befreiung Palästinas	(PFLP)	116
Volksfront für die Befreiung Palästinas – Generalkommando	(PFLP-GC)	116
Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg	(VOLKSFRONT)	96
Vorderste Front		61
◦ wie weiter		88
Wikinger		62
Wiking-Jugend	(WJ)	47
Wohlfahrtspartei	(RP)	113

